





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wie alle Rheinländer ist der Kölner bekannt für eine gewisse Leichtigkeit des Seins. Ja, er ist geradezu ein Meister der angewandten Philosophie, wenn es darum geht, Vertrauen in die Zukunft zu bekunden oder – im schlimmsten Fall – sein Haupt in fatalistischer Demut zu beugen. Et hätt noch immer jot jejange (Es ist noch immer gut gegangen) und Et kütt wie et kütt (Es kommt alles so, wie es kommen soll) sind die vielleicht populärsten seiner zehn Lebensweisheiten und mittlerweile – wenn auch manchmal arg artikulationsverfremdet – weit über den Schatten hinaus bekannt, den die Türme des Kölner Doms ins Umland werfen. Knapp außerhalb des Schattens dieser Türme liegt die Wiege des deutschen Bevölkerungsschutzes. Hier, an Rhein und Ahr, konzentrieren sich seit etwa einem halben Jahrhundert alle einschlägigen Behörden des Bundes. Gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und privaten Hilfsorganisationen haben sie ein nationales Schutzsystem geschaffen, das sich in der Vergangenheit allen Herausforderungen gewachsen gezeigt hat. Eines aber haben sie bisher nicht geschafft: Den Nachweis zu erbringen, dass dies auch in Zukunft nach menschlichem Ermessen so sein wird. Denn dazu bedarf es einer klassischen Risikoanalyse. Warum diese in fünf Jahrzehnten Bevölkerungsschutz noch nicht erstellt wurde, ist eine berechnete Frage. Sicher ist, dass nicht die angewandte Philosophie unserer Kölner Nachbarn hierfür maßgeblich war, denn der Schatten der Domtürme reicht wie gesagt nicht bis Bonn. Vielleicht war es das empirisch gewachsene Wissen um die Leistungsfähigkeit unseres Systems, das eine solche Analyse lange Zeit verzichtbar erscheinen ließ. Aber das war, bevor der Terror Amerika traf, bevor an der

Elbe Land unter war, bevor uns bewusst wurde, wie kritisch die kritischen Infrastrukturen tatsächlich sind und bevor aus der eher als abstrakt empfundenen Gefahr eines Klimawandels eine sehr konkrete, wenn auch langfristige Bedrohung wurde. Bund und Länder wollen nun genau wissen, worauf sie sich einzustellen haben, um ihre Bevölkerung auch vor neuen Gefahren dauerhaft zu schützen.

2002 haben sie gemeinsam begonnen, die Risiken in Deutschland zu analysieren. Dieses Heft informiert Sie über den Stand der Dinge.

Auch für ein zweites wichtiges Thema dieser Ausgabe können wir eine philosophische Anleihe in der Domstadt machen: Nix bliev wie et wor (Sei offen für Neuerungen). Ihr „Bevölkerungsschutzmagazin“ führt – übrigens das erste Mal in den 35 Jahren seines Erscheinens – eine Leserbefragung durch. Lassen Sie uns wissen, ob unser redaktionelles Konzept stimmt, wie Sie unsere Zeitschrift nutzen und beurteilen und was wir ggf. in Ihrem Sinne wie verbessern können. Bitte nehmen Sie sich doch die Zeit, den Fragebogen auf Seite 27 auszufüllen und anonym als Brief oder Fax an uns zu senden. Sie finden ihn übrigens auch online unter www.bbk.bund.de/leserbefragung (falls jemand schneller war als Sie und den Bogen Ihrem Heft bereits entnommen hat). Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Mitwirkung und versprechen Ihnen, dass wir offen sind für Neuerungen.

Ihr Redaktionsteam

NACHRICHTEN

Rundblick	53
-----------	----

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Warum Risiko? Vom Sicherheitsdenken zur Risikokultur	2
Risikoanalyse Risiken erkennen und vergleichen	5
Risikobewertung — halb voll oder halb leer?	9
Maßnahmen zur Risikominimierung Planungsgrundlagen und Risikowahrnehmung	11
Rechnergestützte Risikoanalysen Unterstützungsmöglichkeiten durch deNIS II ^{plus}	14
Das internationale Crisis and Risk Network (CRN) Plattform für die Unterstützung von Risikoanalysen in einer komplexen Welt	19
Bevölkerungsschutz — ein Kinderspiel Oder: Der große böse Wolf, die drei kleinen Schweinchen und die Vulnerabilität	23
Leserbefragung	27

ZIVIL-MILITÄRISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Neuordnung der territorialen Führungsstrukturen Interview mit Generalleutnant Kersten Lahl	31
--	----

KRISENMANAGEMENT

Sturmtief über Europa Orkan „Kyrill“ richtet erhebliche Schäden an	35
---	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	38
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	40
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	43
Deutscher Feuerwehrverband	45
Deutsches Rotes Kreuz	47
Johanniter-Unfall-Hilfe	40
Malteser Hilfsdienst	49
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	51

RUBRIKEN

Termine	54
Impressum	54
Register 2006	55

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Warum Risiko?

Vom Sicherheitsdenken zur Risikokultur

Von Peter Lauwe und Christoph Riegel

Risiko und Risikomanagement sind derzeit viel gebrauchte Begriffe, auch im Bevölkerungsschutz in Deutschland. Die Methode des Risikomanagements, also der Umgang mit dem Risiko, ist wohl dem unternehmerischen Umgang mit finanziellen Unsicherheiten entlehnt. Daher stellt sich für den Bevölkerungsschutz die Frage, ob die Anwendung dieser Methode auf die eigenen Belange lediglich Ausdruck einer aktuell anhaltenden Mode ist. Vielleicht steht der Umgang mit Risiken aber tatsächlich für einen neuen Weg, Sicherheit aus dem Blickwinkel des Bevölkerungsschutzes neu zu definieren. Wenn ja, wozu ist dies überhaupt notwendig?

Rahmenbedingungen

Mit Risiken umgehen bedeutet, Unsicherheiten in das Denken und Handeln bewusst einzubeziehen. Diese Unsicherheiten resultieren aus sich verändernden Rahmenbedingungen, die vom Menschen immer unzureichender erfasst werden können. Der Bevölkerungsschutz in Deutschland steht sowohl auf Bundesebene, aber auch in den Ländern und Kommunen aus drei Gründen vor einer solchen Situation der zunehmenden Unsicherheit:

1. Die Gefahren, die auf die Bevölkerung einwirken, verändern sich schnell und stetig und nehmen in vielerlei Hinsicht zu.

Die rapiden Veränderungen der Gefahrenlagen in Deutschland in den letzten Jahren resultieren aus Entwicklungen, von denen zu erwarten ist, dass sie sich mittel- und langfristig noch verschärfen werden. Einige Beispiele:

- Aufgrund des Klimawandels werden extreme, Wetter bezogene Naturgefahren häufiger auftreten und

an Intensität gewinnen. Diese Intensivierung vollzieht sich viel schneller als noch vor einigen Jahren angenommen. Selbst bei einer signifikanten und nachhaltigen Reduzierung des weltweiten CO₂-Ausstoßes in den kommenden Jahren würde die Atmosphäre noch Jahrzehnte auf die bereits existierende Konzentration von Treibhausgasen reagieren (Lloyds 2006, S.9).

- Das weltweite Reiseaufkommen ist in den letzten Jahrzehnten enorm angestiegen. Mobilität wird immer mehr zu einem wirtschaftlichen Erfolgsfaktor in einer globalisierten Weltwirtschaft. Diese Entwicklung birgt die Gefahr, dass sich Krankheitserreger heute weltweit in kürzester Zeit ausbreiten können. Eine Mutation des H5N1-Erregers der Vogelgrippe in Asien und ein damit verbundener massiver Befall von Menschen dort, würden beispielsweise auch in Deutschland innerhalb kurzer Zeit zu einer signifikanten Erkrankungsrate führen.
- Neben den Veränderungen im Bereich der Naturgefahren scheint Deutschland auch zunehmend in das Visier terroristischer Vereinigungen zu geraten. Die beiden fehlgeschlagenen Bombenanschläge auf den Personennahverkehr der Deutschen Bahn Ende Juli 2006 haben deutlich gemacht, dass lose terroristische Vereinigungen nicht nur aus Deutschland heraus agieren, sondern Deutschland nunmehr auch als Ziel von Anschlägen auswählen.

2. Die potenziellen Schäden in der Gesellschaft nehmen kontinuierlich zu.

Durch die Konzentration von Menschen, Infrastrukturen und sonstigen Vermögenswerten in Agglomerationsräumen kann es zu steigenden Schäden kommen, wenn diese Gebiete Gefahren tatsächlich ausgesetzt werden. Die steigende Komplexität von Infrastruktursystemen und die steigende Abhängigkeit solcher Systeme von vitalen Dienstleistungen wie

beispielsweise der Strom- oder Wasserversorgung machen die Gesellschaft immer verwundbarer. Die Sensibilität hinsichtlich dieser Verwundbarkeit ist hingegen häufig nur teilweise vorhanden.

3. Der Bevölkerungsschutz muss sich der Konkurrenz um begrenzte und schrumpfende Haushaltsmittel stellen.

Der Zustand der öffentlichen Haushalte auf allen Verwaltungsebenen ist allgemein bekannt. Auch der Bevölkerungsschutz kann sich diesen Sparanstrengungen nicht entziehen und muss auf sie angemessen reagieren. Gleichzeitig unterliegt das Themenfeld des Bevölkerungsschutzes „konjunkturellen Schwankungen“, die aber von der zufälligen zeitlichen und räumlichen Verteilung besonders gravierender Katastrophen abhängig sind. Dies bedeutet, dass die Politik nach extremen Ereignissen (Elbehochwasser, 11. September, Tsunami, etc.) schnell geneigt ist große Mengen zusätzlicher Mittel bereit zu stellen, während in Zeiten relativer Ruhe die Mittel für den Bevölkerungsschutz tendenziell schrumpfen. Dieses Phänomen ist eng mit dem „Aufmerksamkeitsparadoxon der Risiko- und Krisenvorsorge“ verbunden: Je mehr Aufmerksamkeit der Bereich der Katastrophenvorsorge erfährt und je mehr dies zur Verminderung von Risiken und realen Extremereignissen beiträgt, desto mehr wird die Notwendigkeit und der Nutzen von Vorsorgepolitik in Frage gestellt. (Rosenthal 1992, S.74).

Folgerungen

Es wird deutlich: Gefährdung und Verwundbarkeit der Gesellschaft nehmen zu und trotz aller Sicherheitsbemühungen ist ein vollkommener Schutz für die Bevölkerung in Deutschland nicht zu gewährleisten. Weder die staatlichen Bemühungen noch das Selbsthilfepotential der Bevölkerung und das Zusammenwirken aller öffentlichen und privaten Maßnahmen werden alle Risiken vollkommen ausgleichen können. Die aus diesen Feststellungen abzuleitenden Schlussfolgerungen lassen sich wie folgt umreißen:

a. Es muss ein Schutzniveau definiert werden, das durch staatliche Mittel erreicht werden soll.

Wenn man akzeptiert, dass es keinen umfassenden Schutz vor allen denkbaren Gefahren geben

kann, muss sich die Gesellschaft Gedanken darüber machen, durch welche Gefahren sie in besonderer Weise bedroht ist und gegen welche Gefahren sie einen ebenfalls zu definierenden Kanon von Schutzgütern schützen will. Grundlage hierfür sind gesellschaftliche Grundwerte, die u.a. aus dem Grundgesetz oder auch dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung (Ziel: Katastrophenresistenz) abgeleitet werden können. Auf der Basis der Ermittlung von Gefährdungen und gesellschaftlichen Anfälligkeiten muss dann abgewogen werden, ob die Mittel für den Bevölkerungsschutz gegebenenfalls zu erhöhen oder die Schutzziele anzupassen sind. In manchen Fällen wird auch die Entscheidung möglich sein, ein Risiko gar nicht erst einzugehen. Für den Fall, dass ein stärkeres als das in der Bemessung der staatlichen Schutzmaßnahmen angenommene Ereignis eintritt, besteht dann ein Restrisiko, das man anhand von Szenarien durchaus annäherungsweise abschätzen kann. Dieser Prozess der Risikobewertung und das verbleibende Restrisiko sind offen zu kommunizieren, damit potenziell betroffene Gruppen oder Einzelpersonen entscheiden können, ob sie selbst weitere Mittel aufwenden wollen, um ihr persönliches Risiko weiter zu vermindern.

b. Es besteht die Notwendigkeit, die begrenzten Mittel effektiv und effizient einzusetzen.

Hierzu wird eine möglichst objektive Entscheidungsgrundlage benötigt, die die Gesellschaft und ihre Entscheidungsträger in der Politik in die Lage versetzt, aus dem Korb der zur Verfügung stehenden Maßnahmen (Anpassung an langfristige Entwicklungen, Vorbereitung auf Extremereignisse, Minderung zu erwartender Schäden, Stärkung der Reaktionsfähigkeit und von Bewältigungskapazitäten) die optimale Mischung im Sinne des Verhältnisses von Kosten und Nutzen zu finden.

c. Sensibilität und Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung müssen weiter gestärkt werden.

Die Sensibilität der Gesellschaft gegenüber realen Gefährdungen ist derzeit offensichtlich nicht besonders ausgeprägt. Dies zeigt sich immer wieder bei Extremereignissen wie Überschwemmungen oder Stromausfällen. In der Regel rechnen die Bürger nicht damit, dass es sie selbst auch einmal hart treffen kann. Die Erfahrung lehrt, dass letztlich nur jene, die in nicht allzu ferner Vergangenheit von einer

Katastrophe betroffen waren, bei einem neuen Ereignis glimpflicher davonkommen. So dürften die Schäden des letzten Elbe-Hochwassers im März 2006 auch deshalb wesentlich geringer ausgefallen sein, weil in den von der Flutkatastrophe im Sommer 2002 betroffenen Regionen in der Zwischenzeit ein wesentlich höheres Schutzniveau realisiert worden ist.

Diese und andere Aspekte stehen in engem Zusammenhang mit der vom Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) aufgegriffenen Parole „Vom Sicherheitsdenken zur Risikokultur“ (DKKV 2003, S. 9). Diese Risikokultur sei dadurch geprägt, dass „Risiken und deren Veränderungen sowie Vorsorgemaßnahmen transparent und über Fachgrenzen hinweg darzustellen und zu beurteilen [sind]. Dies beinhaltet die Fähigkeit, kollektiv mit Unsicherheit umgehen zu können. Das setzt Risikokompetenz voraus, nämlich die Fähigkeit, das Gefahrenpotenzial richtig einzuschätzen und nach einer gesellschaftlichen Abwägung reduzieren zu können.“

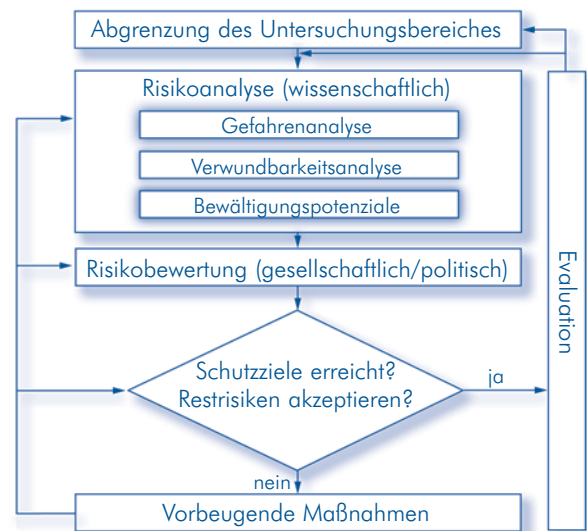
Die Fragestellung lautet also nunmehr: Welche Sicherheit vor häufigen und auch seltenen Gefahren ist langfristig zu welchem Preis erreichbar? Hierzu sind interdisziplinäre Untersuchungen anzustellen, die die Wirklichkeit vergleichbar erfassen und auch die Akzeptanz der Gesellschaft in eine aktive Prioritätensetzung aus der Gesamtschau möglichst vieler Gefahren mit einbezieht (DKKV 2003, S.14).

Ist Risikomanagement nur eine Mode?

Der bereits beschriebene Paradigmenwechsel vom Sicherheitsdenken zur Risikokultur kann nur vollzogen werden, wenn es gelingt, eine Risikomanagement-Strategie zu entwickeln, die Grundlage eines langfristigen und auf Vorbeugung orientierten Handelns ist. „Strategie“ bedeutet in diesem Zusammenhang ein übergeordnetes Vorgehen zum Einsatz von Instrumenten, Methoden, Verfahren und Maßnahmen, das dazu dient, gegebene Ziele zu erreichen. Dabei sind verschiedene Faktoren und Akteure mit abweichenden Zielvorstellungen einzukalkulieren und Regelungen zum Umgang mit schwierigen Situationen zu treffen. Dies setzt eine geeignete Organisationsstruktur und Verfahrensregelungen voraus (vgl. Greiving 2002, S.195).

Risikomanagement ist ein iterativer Prozess, der vielfach auch schematisch als Kreislauf darge-

stellt wird, wobei jedoch vermieden werden muss den Eindruck zu vermitteln, Risikomanagement brauche als treibende Kraft immer wieder eine Katastrophe, die das Rad in Schwung hält. Vielmehr geht es um eine Reihe von Schritten, die zur Übersicht in der folgenden Abbildung zusammengefasst sind.



Ablaufschema eines Risikomanagement-Prozesses.

Eine Strategie für wen?

Eine Risikomanagementstrategie kann und sollte auf allen Ebenen und durch alle Beteiligten des Bevölkerungsschutzes etabliert werden. Hierzu zählen die Bundesebene, die Landesebene sowie die lokale Ebene, also die Landkreise, Städte und Gemeinden. Da der Einfluss staatlicher Institutionen an einigen Stellen, wie zum Beispiel den Kritischen Infrastrukturen, an Grenzen stößt, müssen auch Wirtschaftsunternehmen für diese Zusammenhänge sensibilisiert werden. Sie werden in vielen Fällen in diese Prozesse zu integrieren sein. Deshalb kommt kooperativen Ansätzen eine herausragende Bedeutung zu, die sich auf die zu erwartenden ökonomischen Vorteile von präventiven Ansätzen stützen.

Quellen

- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) (2003): Lessons learned, Schriftenreihe Nr. 29.
- Greiving (2002): Raumplanung und Risiko.
- Lloyds (2006): Climate Change – Adapt or Bust.
- Rosenthal, Uriel. (1992): Crisis management: on the thin line between success and failure, Asian Review of Public Administration, Vol. IV No.2.

Risikoanalyse

Risiken erkennen und vergleichen

Von Christoph Riegel

Die Welt steckt voller Risiken. Den so genannten Alltagsrisiken ist jeder Teilnehmer am öffentlichen Leben zwangsläufig ausgesetzt. In manchen Fällen ist es möglich, sich bewusst für oder gegen ein Risiko zu entscheiden, zum Beispiel, welches Verkehrsmittel man wählt, ob man einen Fahrradhelm aufsetzt oder an einem unbewachten Strand im Meer badet. Die Entscheidung über andere Risiken wird der Einzelperson von Anderen abgenommen, zum Beispiel die politische Entscheidung über den Standort eines atomaren Endlagers. Hier müssen dann die Entscheidungsträger stellvertretend für die Gesellschaft die Chancen gegen die Risiken abwägen und eine Entscheidung treffen. Drittens ist es auch möglich, dass de facto gar keine Entscheidungsmöglichkeit existiert, wie beispielsweise beim Risiko eines Meteoriteneinschlags.

Dort aber, wo bewusste und unbewusste Entscheidungsprozesse über das Eingehen von Risiken stattfinden, sind diese grundlegend von der subjektiven Risikowahrnehmung jedes Einzelnen und der Gesellschaft abhängig. Und diese Risikowahrnehmung muss nicht immer mit der tatsächlichen Risikosituation übereinstimmen. Verschiedene Einflussfaktoren sorgen dafür, dass die Risikowahrnehmung des Einzelnen verzerrt wird:

- Die Gewöhnung an bestimmte Risiken bewirkt, dass sich die von ihnen ausgehende Bedrohung relativiert.
- Die Absicherung von Risiken, beispielsweise durch deren Abwälzen auf Versicherungen hilft Privatleuten, Unternehmen, und Behörden, besser mit Risiken umzugehen und die eigene Existenz im Schadensfall zu sichern.

Aus der Sicht des Bevölkerungsschutzes sind unter anderen die folgenden Gründe von Bedeutung:

- Die tatsächliche Risikosituation der Gesellschaft unterliegt ständigen Veränderungen: Der Klimawandel wird immer wieder für das gehäufte Auftreten extremer Naturereignisse verantwortlich gemacht. Häufigkeit und Intensität dieser Ereignisse nehmen anscheinend zu. Auch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Terroranschlägen hat sich seit einigen Jahren offensichtlich drastisch erhöht. Gleichzeitig verändert sich auch die Verwundbarkeit der Gesellschaft, sie erhöht sich allein schon durch die fortschreitende Vernetzung der verschiedenen Infrastrukturen, weil schon ein kleinräumiger Ausfall im europäischen Stromnetz weit reichende und im Einzelfall nicht genau prognostizierbare Dominoeffekte verursachen kann. Andererseits ist es durchaus auch möglich, dass Verwundbarkeit bewusst oder unbewusst reduziert wird, zum Beispiel indem Hochwasserschutzanlagen errichtet werden oder das richtige Verhalten bei Katastrophen in der Schule unterrichtet wird.
- Die gesellschaftliche Bewertung von Risiken unterliegt zeitlichen Veränderungen. Zur Zeit des Kalten Krieges wurden Risiken im Zivilschutz, dem Vorläufer des heutigen Bevölkerungsschutzes, vollkommen anders beurteilt und gewichtet. Die damals getroffenen Maßnahmen wären aus heutiger Sicht kaum mehr vorstellbar. Allerdings muss man sich fragen: Haben bestimmte Risiken, die heute als vorrangig angesehen werden, damals objektiv nicht bestanden? Und gleichzeitig: Können wir sicher sein, dass die damals für bedeutsam gehaltenen Risiken heute und auf lange Sicht die ihnen nun zugewiesene untergeordnete Rolle spielen werden?
- Risiken werden in der Berichterstattung der Medien unterschiedlich transportiert: Nach extremen Katastrophen werden zuvor unterbewertete Risiken in ebenso wenig rationaler Weise überschätzt. Für eine gewisse Zeit wird jedes für sich noch so

unbedeutende Ereignis ähnlicher Art gemeldet, so dass der Eindruck entsteht, diese Ereignisse häuften sich plötzlich. Anschließend verschwindet das Thema wieder in der relativen Bedeutungslosigkeit.

Wozu Risikoanalysen?

Die Anwendung von Risikoanalysen kann dazu beitragen, in begrenztem Maße eine objektive und vergleichbare Bewertung von Risiken vorzunehmen. Es sind dabei grundsätzlich zwei Perspektiven denkbar:

- die Beobachtung der Bedeutung eines Risikos über die Zeit, wobei auch die Wirkung ergriffener Schutzmaßnahmen überprüft werden kann, und
- der Vergleich verschiedener Risiken zu einem bestimmten Zeitpunkt, entweder bezüglich einer Gefahr und deren Auswirkung auf mehrere Risikoelemente (= Objekte, Systeme, Personen(gruppen), deren Risiko bestimmt werden soll) oder aber die Auswirkungen mehrerer Gefahren auf ein spezielles Risikoelement, das detailliert betrachtet werden kann.

Je nach Art und Umfang der Risikoanalyse kann dann eine mehr in die Tiefe oder mehr in die Breite gehende Aussage zur Risikosituation des Untersuchungsgegenstandes gemacht werden. Die detaillierte Untersuchung der Auswirkung von vielen verschiedenen Gefahren auf ebenso viele Risikoelemente ist aufwändig und läuft tendenziell Gefahr, unübersichtlich zu werden.

Risikoanalyse – aber wie?

Unter „Risiko“ wird i. Allg. die „Möglichkeit, einen Schaden zu erleiden“ verstanden. Es lässt sich einerseits mit den beiden Aspekten Eintrittswahrscheinlichkeit und Größe des Schadens sowie mit der Interaktion von Gefährdung und Vulnerabilität (Anfälligkeit) näher fassen (DKKV 2003, S.9). Dazu kommt das Bewältigungspotenzial, denn je besser eine gefährdete Einheit selbst in der Lage ist, auf ein eingetretenes Extremereignis zu reagieren, desto geringer werden die Schäden ausfallen. Unter den drei Oberbegriffen Gefährdung, Vulnerabilität und Bewältigungspotenzial sind folgende Aspekte zu untersuchen:

Die **Gefährdungsanalyse** hat das Ziel, die Bedeutung verschiedener Gefahren für ein bestimmtes Risikoelement an einem konkreten Ort (Exposition) hinsichtlich ihrer Frequenz (Eintrittswahrscheinlichkeit) und Intensität (Stärke) abzuschätzen. Je nach Aufgabenstellung ist es sinnvoll zunächst von einem All-hazards-Ansatz auszugehen, um nicht von vornherein wichtige Gefahren zu vergessen. Allerdings kann schon nach der Gefährdungsanalyse eine Auswahl stattfinden, bei der weniger bedeutsame Gefahren für den weiteren Verlauf der Risikoanalyse herausgenommen werden. Dies könnte für die (theoretisch) denkbaren Gefährdungen mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit und sehr geringen erwarteten Auswirkungen gelten. Allerdings sollte im Allgemeinen darauf geachtet werden, dass nicht nur relativ häufige und moderat verlaufende Ereignisse, wie etwa das klassische Winterhochwasser, sondern auch sehr seltene Ereignisse mit extremen potenziellen Schäden, wie zum Beispiel ein Erdbeben der Stärke 6,5 im Rheinland, Gegenstand der Analyse sind.

Viele Gefährdungen aus dem naturwissenschaftlichen Bereich lassen sich heute mit wissenschaftlichen Methoden sehr gut modellieren und deren Eintrittswahrscheinlichkeit, Verlauf und Ausmaß simulieren. Andere Gefahren, z.B. Terroranschläge, können mit diesen Methoden nur sehr schwer oder gar nicht prognostiziert werden. Aus diesem Grund ist es mitunter sinnvoll, Szenarien zu formulieren, die eine realistische Beschreibung der Gefährdung enthalten, ohne genaue Angaben zur erwarteten Eintrittswahrscheinlichkeit machen zu müssen.

Die **Vulnerabilitätsanalyse** hat das Ziel, die Verletzbarkeit oder auch Anfälligkeit des Untersuchungsobjektes gegenüber Gefährdungen zu untersuchen. Hierzu gehören verschiedene Aspekte, wie die potenziellen Schäden, die durch ein Ereignis entstehen können, wobei diese nicht nur materieller Art sein müssen. Denkbar sind beispielsweise auch Schäden der menschlichen Gesundheit, der Verlust von Kulturgütern oder der Funktionsverlust lebensnotwendiger Versorgungsstrukturen. Die Verletzbarkeit eines Risikoelements wird zudem von der Qualität der Vorsorge bestimmt, denn durch bewusste Schutzmaßnahmen oder die Schaffung redundanter Einrichtungen kann die Wahrscheinlichkeit eines Funktionsverlustes meist schon erheblich gemindert werden.

Das **Bewältigungspotenzial** hat zwei wichtige Komponenten: Die unmittelbare (Krisen-) Reakti-

onsfähigkeit im akuten Ereignisfall, um die Funktionsfähigkeit eines Risikoelementes zu erhalten oder schnellstmöglich wieder herzustellen. Hinzu kommt die Einschätzung der Fähigkeit, nach dem Ende des extremen Ereignisses den ursprünglichen Zustand in baulicher, funktionaler, betriebswirtschaftlicher oder anderer Hinsicht wieder herzustellen.

Unter bestimmten Fragestellungen können auch noch weitere Aspekte in eine Risikoanalyse mit einbezogen werden. So ist es bei Risikoanalysen, die ihren Fokus auf den Schutz Kritischer Infrastrukturen legen, sinnvoll, auch die Kritikalität, d.h. die Bedeutung einzelner Funktionen und Prozesse für die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems, zu bewerten und die noch vor der Gefährdungsanalyse vorzuneh-

men. Zudem kann damit eine weitere Eingrenzung des Untersuchungsbereiches vorgenommen werden, indem eine Prioritätensetzung der wichtigsten Funktionen vorgenommen wird und nicht kritische Elemente aus dem weiteren Verlauf der Risikoanalyse herausgenommen werden.

Methodische Anforderungen

In der Literatur finden sich diverse methodische Vorschläge zur Durchführung von Risikoanalysen, allerdings kann darin wohl nur in den seltensten Fällen ein universales Muster für die Durchführung einer eigenen Analyse gefunden werden. In der

Gefahr	Gefährdung			Verletzbarkeit			Bewältigungspotenzial			Risiko
	A	B	C	D	E	F	G	H	I	K
Überschwemmung	4	4	4	5	3	4	2	3	3	4
Sprengstoffanschlag	1	5	3	5	5	5	1	3	2	5
Influenzaepidemie	5	3	4	2	5	4	3	4	4	4
Ausfall der Energieversorgung	4	4	4	2	2	2	1	1	1	3
Ausfall der Informations- und Kommunikationstechnik	3	1	2	1	1	1	1	1	1	1

Bewertungsmuster		
Position	Indikatoren	Klassen/Bewertungs-/Aggregationsvorschriften
A	Wahrscheinlichkeit	5 (sehr hoch) bis 1 (sehr gering)
B	Auswirkung	5 (katastrophal) bis 1 (unbedeutend)
C	(Zusammenfassung: Gefährdung)	Mittelwert A und B
D	Materielle Schäden	5 (extreme Verluste) bis 1 (keine)
E	Auswirkung Gesundheit	5 (Tote bzw. Schwerverletzte) bis 1 (keine)
F	(Zusammenfassung: Verletzbarkeit)	Mittelwert D und E
G	Reaktionsfähigkeit	5 (kein Notfallplan) bis 1 (perfekte Planung)
H	Regenerationsfähigkeit	5 (Zustand langfristig nicht wieder herstellbar) bis 1 (unmittelbar wieder herstellbar)
I	(Zusammenfassung: Bewältigungspotenzial)	Mittelwert G und H
K	Ermittlung des Gesamtrisikos	5: mind. ein Zwischenergebnis 5; 4: mehr als zwei Zwischenergebnisse größer oder gleich 4; 3: mehr als zwei Zwischenergebnisse größer oder gleich 3 oder ein Zwischenergebnis 4; 2: mehr als zwei Zwischenergebnisse größer oder gleich 2 oder ein Zwischenergebnis 3; 1: weniger als 2 Zwischenergebnisse größer oder gleich 2

Ergebnis der Mittelwert keine ganze Zahl, so wird die nächst höhere Klasse gewählt. Beispiel: 1 und 4 = 2,5 ➡ Zuordnung zu 3

Regel wird eine inhaltliche und methodische Anpassung nötig sein.

Der erforderlichen Detailstufe und Breite und der Verfügbarkeit von Informationen und Daten entsprechend können Risikoanalysen qualitativ, semi-quantitativ oder quantitativ ausgeführt werden: Bei einer qualitativen Analyse werden die Risikofaktoren grob abgeschätzt und beschrieben, ohne dass eine eindeutige Vergleichbarkeit hergestellt wird. Semi-quantitative Analysen bedienen sich nutzwertanalytischer Methoden, um die relative Bedeutung der entsprechenden Kriterien zueinander abzuschätzen. Quantitative Analysen ermitteln die Werte für die Risiko-



Die extremen Hochwasserlagen der jüngeren Vergangenheit haben zur einer Änderung der Risikowahrnehmung in weiten Teilen der Bevölkerung geführt.

(Foto: Pressestelle Wehrbereichskommando I, Kiel)

faktoren mathematisch, zum Beispiel auf der Basis von Zeitreihenanalysen oder mit Hilfe von Simulationsmodellen.

Die Herausforderung bei der Erarbeitung einer Risikoanalysemethode, die auf eine genau definierte Fragestellung (Risikoelemente, räumliche Ebene, De-

taillierungsgrad, Gefahrenszenarien, etc.) zugeschnitten ist, besteht darin, eine sinnvolle und nachvollziehbare Auswahl an Bewertungskriterien und Aggregationsschritten herzuleiten, die das Verhältnis von Gefährdung, Verletzbarkeit, Bewältigungspotenzial (und gegebenenfalls Kritikalität) ausgewogen abbilden. Nicht immer wird der Untersuchungsgegenstand so kompakt sein und sich so klar abgrenzen lassen, dass tatsächlich eine umfassende quantitative Analyse durchgeführt werden kann. In anderen Fällen wird man sich auf die Anwendung semi-quantitativer Methoden beschränken müssen. Hierfür sind geeignete Indikatoren („Anzeiger“) zu suchen, die stellvertretend die realen Bedingungen nachvollziehbar, überprüfbar und dauerhaft abbilden. Anschließend wird eine Bewertungsmatrix erstellt, in die mit Hilfe von drei-, fünf- oder anderweitig gestuften Klassen und geeigneten Bewertungsvorschriften die verschiedenen Kriterien und Aspekte in angemessener Weise berücksichtigt und gewichtet werden. Es muss dabei an jeder Stelle der Risikoanalyse klar sein, dass gerade die Einteilung von Klassen und die Zuteilung von Gewichten ein mehr oder weniger kreativer Akt der Verfasser ist. Nach Möglichkeit sollten hierbei externe Experten oder Entscheidungsträger mit einbezogen werden und die Ergebnisse der Risikoanalyse mit einer Sensitivitätsanalyse überprüft werden. Die Tabelle auf S. 7 zeigt an einem fiktiven Beispiel und in stark vereinfachter Form, wie eine solche Analyse aussehen könnte. Sie ist Grundlage der Risikobewertung die über die Definition von Schutzziele Vorgaben für den Umfang Risiko mindernder Maßnahmen macht.

Fazit

Risikoanalysen können dazu beitragen, ein objektiveres Bild der Risikosituation zu bekommen. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für die sich anschließende Risikobewertung und die Auswahl von bzw. die Abwägung zwischen geeigneten Schutzmaßnahmen. Die passende Analysemethode ist in der Regel individuell an die konkrete Fragestellung anzupassen, die Ergebnisse sollten vor einer vorbehaltlosen Verwendung kritisch überprüft werden. Auf der Grundlage der Risikoanalyse könne die sich anschließenden Risikomanagementschritte durchgeführt werden.

Risikobewertung — halb voll oder halb leer?

Von Giulio Gullotta

Risikomanagement beinhaltet unter anderem Risikoanalysen und -bewertungen. Letztere sind zugleich Ausgangs- und Endpunkt eines Managementzyklus¹. Während die Analyse ein nüchterner, wissenschaftlicher Prozess ist, ist die Bewertung von Risiken und die daraus folgende Abwägung und Auswahl von risikobegrenzenden Maßnahmen in erheblichem Umfang von politischen und gesellschaftlichen Aspekten mitbestimmt (Risikokommission 2003, S. 7).

Ausgehend von der empfundenen Bedrohung für ein Gut, das einer Person/Personengruppe wichtig ist, wird im Rahmen der Analyse geprüft, welche Elemente die Bedrohung beinhaltet und zu welchen Schäden sie führen kann. Die erwarteten Schäden sind für die Bewertung des Risikos durch Individuen und Gesellschaft maßgeblich – oft auch ohne Relation zur Eintrittswahrscheinlichkeit. So hat allein das mögliche Schadensausmaß die Bundesregierung seinerzeit zum vollständigen Ausstieg aus der Atomstromproduktion bewogen (www.bmu.de).

So wie sich die Bedeutung eines Schadens aus der Perspektive des Betrachters bestimmt, legt auch jeder Mensch die relevanten (Schutz)Güter, die für eine Bewertung von Risiken herangezogen werden sollten, individuell fest. Für einen Staat bedeutet dies, dass die Grundlage der gesellschaftlichen Bewertung von Risiken stets ein Kompromiss, der kleinste gemeinsame Nenner, der Auffassungen seiner Bürger ist.

Schutzziele – abstrakt bis konkret

Die liberalen Grundrechte und die Staatsbürgerrechte des Grundgesetzes erscheinen als gute Ausgangsposition, wenn es um die Bestimmung von Schutzgütern in Deutschland geht. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1951 festgestellt, dass es sich beim Grundrechtekanon um eine

objektive Wertordnung handelt, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Rechts gilt². Der generelle Konsens der schützenswerten Güter (Artikel 1-20A des Grundgesetzes) muss also lediglich in Schutzziele übersetzt werden.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 (2) GG) könnte beispielsweise als „Schutz von Menschenleben“ gefasst werden. Als allgemeines Leitbild, als Idealvorstellung, ist dieses Schutzziel gut geeignet. In der Friedenswirklichkeit der Bundesrepublik, im Alltag, ist es in der Regel auch kompromisslos zu erreichen. Bei einer Gefahr, die große Teile der Gesellschaft bedroht und die die alltägliche Gefahrenabwehr absehbar überfordert, sind möglicherweise Abstriche erforderlich – 100%iger Schutz ist in der Regel nicht erreichbar/bezahlbar.

Dass die gesellschaftliche Verhandlung von Schutzzielen und Schutzmaßnahmen durchaus schwierig ist, hat zuletzt die Debatte um das Luftsicherheitsgesetz gezeigt. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass auch in Extremsituationen Menschenleben nicht gegeneinander aufgewogen werden dürfen (BVerfG, 1 BvR 357/05 vom 15.02.2006, Leitsatz 3). Es bleibt abzuwarten, ob die Neufassung des Gesetzes Bestand haben wird.

Für den Praktiker der Gefahrenabwehr muss ein Schutzziel jedoch konkret sein. Nur durch messbare Vorgaben können Vorsorgemaßnahmen und Bewältigungsstrategien umgesetzt, überprüft, diskutiert und angepasst werden. Es ergibt sich demnach eine Hierarchie von Schutzzielen, die von einer allgemeinen, eher abstrakten Metaebene, bis hin zu kon-

¹ Zur Diskussion des Begriffs „Risikomanagement“ siehe Schutzkommission 2003, Anhang 5, S. 1.

² BVerfG, 1 BvR 400/51 vom 22.11.1951, Leitsatz 1 sowie Abs. 25f.

kreten (messbaren) Maßnahmen reicht (für eine Übersicht verschiedener Schutzzielhierarchien siehe Fleischhauer 2004, S. 244).

Das gesellschaftlich vereinbarte Schutzniveau, das mittels staatlicher Regulation (Gesetze, Auflagen, Vorsorge ...) erreicht wird, kann an Hand nachvollziehbarer Größen durch die Bürger bewertet werden. Gleichzeitig ist damit auch für jedermann feststellbar, welches Ausmaß an Risiko nach den staatlichen Maßnahmen verbleibt.

Restrisiko

Dass es keine absolute Sicherheit gibt, ist eine Binsenwahrheit. Dennoch streben die meisten Menschen nach einem möglichst hohen Maß an Sicher-

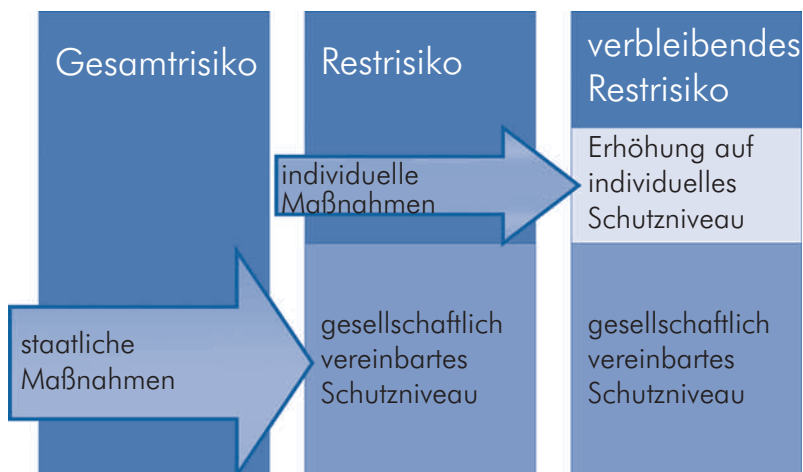


Abb. 1
(Grafik: Gullotta/BBK)

heit. Das gilt übertragen auch für die meisten Staaten, denn die vornehmste Aufgabe des Staates ist der Schutz seiner Bürger. Diese sind in der Demokratie ohnehin der Souverän und bestimmen damit das staatliche Handeln.

Die gesellschaftlich ausgehandelten Schutzziele stellen, wie zuvor beschrieben wurde, einen Kompromiss dar. Der Staat reguliert soweit, bis das vereinbarte Schutzniveau erreicht ist. Dieses Niveau ist für alle bedrohten Objekte gleich. Denjenigen, denen das immer noch verbleibende Restrisiko zu groß ist, steht es frei, individuelle Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu ergreifen. Welche Risiken drohen, welches Schutzniveau vereinbart wurde, welche Maß-

nahmen ergriffen wurden – all das muss bekannt gemacht werden. Es handelt sich dabei um legitimierende soziale Verhandlungen (Evers 1993, S. 364).

Risikokommunikation

Eine Diskussion von Schutzgütern, Schutzzielen, Risikominderung, Schutzniveau und Restrisiko kann nur erfolgen, wenn die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Behörden öffentlich und verständlich sind. Dabei muss allen Beteiligten deutlich gemacht werden, welche Erkenntnisse bewiesen und belastbar sind und welche noch auf Annahmen beruhen. Luhmann (2003, S. 166) stellt nüchtern fest, das Typische an Risikolagen sei, dass man nicht genug wisse. Die Annahmen, die bei Entscheidungen zu Grunde gelegt werden, können selbstverständlich in Zweifel gezogen werden und überholen sich möglicherweise im Laufe der Zeit. Letztlich geht es darum zu entscheiden, mit welchem Ausmaß an Ungewissheit die (Mehrheit der) Gesellschaft leben kann. Deshalb darf Risikokommunikation auch nicht als bloße Informationsbereitstellung missverstanden werden. Im Idealfall, wie Hertel/Henseler (2005) ihn beschreiben, erfolgt der Abgleich von Informationen und Argumenten zwischen Bürgern, Behörden und Wissenschaft in einem offenen Prozess.

Quellen

- Evers, Adalbert: Umgang mit Unsicherheit. Zur sozialwissenschaftlichen Problematisierung einer sozialen Herausforderung, in: Bechmann (Hrsg.): Risiko und Gesellschaft, Grundlagen und Ergebnisse Interdisziplinärer Risikoforschung, 2. Aufl., Opladen 1993, S. 339-374
- Fleischhauer, Mark: Klimawandel, Naturgefahren und Raumplanung — Ziel und Indikatorenkonzept zur Operationalisierung räumlicher Risiken, Dortmund 2004
- Luhmann, Niklas: Soziologie des Risikos, Berlin 2003
- Risikokommission (ad hoc-Kommission „Neuordnung der Verfahren und Strukturen zur Risikobewertung und Standardsetzung im gesundheitlichen Umweltschutz der Bundesrepublik Deutschland“): Abschlussbericht der Risikokommission, Salzgitter 2003
- www.bmu.de/ueberblick/atomenergie_strahlenschutz/aktuell/35114.php, Zugriff 11.12.06, 1346)

Maßnahmen zur Risikominimierung

Planungsgrundlagen und Risikowahrnehmung

Von Angela Queste

Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser? Nicht ganz. Die Erfahrung hat gezeigt, dass nach einem Hochwasserereignis ein neues Hochwasser die Bevölkerung und wichtige Infrastruktureinrichtungen in der Regel nicht so stark trifft. Das zeigt sich eindrucksvoll an den beiden Rheinhochwassern im Dezember 1993 und Januar 1995. Innerhalb eines Jahres wurden zahlreiche bauliche Maßnahmen durchgeführt, wie z.B. die Sicherung von Öltanks und die Verlegung von Heizungsanlagen und elektrischer Verteiler in höher liegende Gebäudeteile. So reduzierte sich allein in Köln die Anzahl an Ölunfällen im Jahr 1993 von 100 auf nur 6 im Jahr 1995 (Engel 1999).

Welche Schutzmaßnahmen präventiv oder nach einem Extremereignis umgesetzt werden, hängt in erster Linie von der Risikowahrnehmung ab. Oft werden nach einem Ereignis auch solche Schutzvorkehrungen umgesetzt, die mit staatlichen Vorgaben oder Empfehlungen, aus versicherungstechnischen Gründen oder durch Aufklärungsarbeit alleine nie erreicht worden wären.

Welche Maßnahmen zur Risikominimierung gibt es?

Je nach Risiko und Ereignisart gibt es unterschiedliche Arten präventiver Maßnahmen. Der Katalog reicht von der Raumplanung über den Gebäudeschutz bis zu persönlichen Schutzmaßnahmen. Alle diese Maßnahmen haben gemeinsam, dass durch sie die Vulnerabilität reduziert werden kann und die Abwehrpotenziale gestärkt werden. Es gibt auch Maßnahmen, durch die die Eintrittswahrscheinlichkeit für ein Ereignis gemindert werden kann.

Raumplanerische Maßnahmen

Raumplanerische Maßnahmen greifen vor allem im Bereich des Hochwasserschutzes. Ausgewiesene Überflutungsflächen können hier raumplanerische Entscheidungen beeinflussen. Mit einer risikoangepassten Raumplanung kann verhindert werden, dass hochwassergefährdete Baugebiete, wie z.B. Röderau-Süd, das im Bereich der Elbaue gebaut und während des Sommerhochwassers 2002 vollständig überflutet wurde, als solche ausgewiesen und genutzt werden (www.sachsen.de).

Rechtliche Vorgaben für die raumbezogene Hochwasservorsorge enthält das am 10. Mai 2005 in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Wichtige Elemente raumplanerischer Maßnahmen zum Hochwasserschutz sind ein natürlicher Wasserrückhalt in den Einzugsgebieten sowie Vorkehrungen aus dem Bereich des technischen Hochwasserschutzes, wie Deiche und Dämme. Ziel ist, Flüssen mehr Raum zu geben und vor allem Flächennutzungen stärker an Hochwassergefahren zu orientieren. Ein wichtiger Faktor ist die Anlage von Retentionsflächen, d.h. Rückzugsflächen für die Ausuferung des Hochwasser führenden Flusses. Diese Flächen müssen von schadensanfalligen Nutzungen freigehalten werden.

Hierzu gehört auch, dass in Überschwemmungsgebieten keine neuen Bau- und Gewerbegebiete entstehen dürfen, wodurch zusätzlich auch die Summe der Gesamtschäden minimiert wird. Die landwirtschaftliche Bodennutzung muss sich an Hochwassergefahren orientieren und ab 2013 darf Ackerbau nicht mehr in den Abflussbereichen der Überschwemmungsgebiete betrieben werden. Ausnahmen für Baugebiete in Überschwemmungsgebieten wer-

den nur erteilt, wenn keine andere Siedlungsentwicklung möglich ist, ein Anschluss an vorhandene Bauflächen besteht, keine nachteilige Beeinflussung von Hochwasserabfluss, Hochwasserstand, Hochwasserrückhaltung und vorhandenem Hochwasserschutz zu erwarten ist und wenn bauliche Schäden bis zum hundertjährigen Hochwasser (HQ 100) ausgeschlossen werden.

Gesetzlich geregelt ist auch, dass hinter Hochwasserschutzanlagen überschwemmungsgefährdete Gebiete ausgewiesen werden müssen, wodurch sich eine Pflicht zur privaten Vorsorge ergibt.

Der Bericht „Was Sie über vorsorgenden Hochwasserschutz wissen sollten“ des Umweltbundesamtes (Hornemann & Rechenberg 2006) nennt weitere Maßnahmen, die Hochwasserrisiken aus raumplanerischer Sicht minimieren können. Schutzvorkehrungen sollten



Steigt in Mitteleuropa das Risiko verheerender Unwetter? Orkan „Kyrill“ war einer der stärksten seit langer Zeit. (Foto: THW)

z.B. immer grenzüberschreitend angelegt sein, wodurch das gesamte Einzugsgebiet des Flusses auch über administrative Grenzen hinweg erfasst werden sollte.

Im Bereich der Versicherungswirtschaft wird das „Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen“ (ZÜRS) eingesetzt, um Tarifzonen für die Elementarschadenzusatzdeckung zu erhalten (www.gdv.de). Hier werden deutschlandweit die Überflutungsflächen für verschiedene Hochwasserszenarien (HQ10, HQ50, HQ200) angegeben und der Versicherungstarif richtet sich danach in welcher der 4 Gefährdungsklassen (stark hochwassergefährdet bis schwach hochwassergefährdet und übrige Gebiete) sich das zu versichernde Objekt befindet. 94% aller

Objekte sind nach ZÜRS versicherbar, nur 6% aller Objekte sind zu stark hochwassergefährdet und daher nicht versicherbar. Die Versicherungsquote liegt jedoch nur bei 3,5%, was auf zu hohe Kosten der Versicherungsprämie gekoppelt mit einem niedrigen Risikobewusstsein der Bevölkerung und dem Verlass auf die Zahlung staatlicher Hilfen im Ereignisfall zurückgeführt wird (Hornemann & Rechenberg 2006). Wäre eine derartige Versicherung in Hochwasser gefährdeten Gebieten Pflicht, würde sie in die Kosten-Nutzen-Rechnung vor dem Bau/Erwerb neuer Immobilien an diesen Orten eingehen. Kommunen würde durch die Nutzung eines derartigen Zonierungssystems auch die Entscheidung leichter fallen, auf die Ausweisung von Baugebieten in gefährdeten Bereichen zu verzichten.

Objektschutz

Gebäude, die sich in gefährdeten Zonen für z.B. Hochwasser, Stürme, Erdbeben befinden, können durch einen angepassten Gebäudeschutz gegenüber diesen Risiken gesichert werden.

Vorgaben für erdbebensicheres Bauen enthält Eurocode 8 „Auslegung von Bauwerken gegen Erdbeben“, der bis 2010 umgesetzt werden muss. Die Eurocode 8-Normen gelten für die Bemessung und Konstruktion von Bauwerken des Hoch- und Ingenieurbaus in Erdbebengebieten. Ziel ist der Schutz menschlichen Lebens, die Schadensbegrenzung und die Erhaltung der Funktionstüchtigkeit wichtiger Bauwerke zum Schutz der Bevölkerung (www.eurocode-online.de). Eurocode 8 soll die derzeit geltende DIN 4149: 2005-04 über „Bauten in deutschen Erdbebengebieten, Lastannahmen, Bemessung und Ausführung üblicher Hochbauten“ ersetzen, die die Auslegung von Massivbauwerken gegen Erdbeben beinhaltet. Diese Norm gilt nicht für bauliche Anlagen, von denen im Erdbebenfall zusätzliche Gefahren ausgehen können wie z.B. kerntechnische Anlagen, chemische Anlagen, Staudämme, etc.. Aber sie beinhaltet wie Eurocode 8 auch vier Bedeutungskategorien, die sich anhand ihrer Nutzung unterscheiden. Gewöhnliche Hochbauten sind in Bedeutungskategorie II eingestuft, wobei von einer Wiederkehrperiode eines Erdbebens von 475 Jahren ausgegangen wird. Krankenhäuser, Feuerwehrhäuser und andere Bauwerke, deren Unversehrtheit im Erdbebenfall wichtig für den Schutz der Allgemeinheit sind, werden der Bedeutungskategorie IV zugeordnet, Schulen und Krankenhäuser fallen unter Kategorie III und Gebäude mit geringer Bedeutung

für die öffentliche Sicherheit zählen zu Kategorie I (Meskouris, K. 2005).

Das vom BMI 2005 publizierte Basisschutzkonzept zum Schutz Kritischer Infrastruktur-Einrichtungen enthält im Bereich „Objektschutz“ Hinweise in Form einer Checkliste, welche Maßnahmen präventiv umgesetzt werden können, um Bauwerke v.a. gezielt vor absichtlich herbeigeführten Ereignissen zu schützen. Hierzu gehören Maßnahmen, die sich mit dem Außenschutz beschäftigen, wie z.B. Zäune, Videokameras, und solche, die für einen effektiven Innenschutz sorgen, wie z.B. Zutrittskontrollen. Zu Vulnerabilität minimierenden Maßnahmen gehören z.B. auch Hinweise auf eine Notstromversorgung, sowie Mitarbeiterschulungen in Sicherheitsfragen.

Die „Hochwasserschutzfibel“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (www.bbr.bund.de) enthält wertvolle Hinweise zum Schutz von Objekten vor Hochwassergefahren. Bei Hochwasserereignissen sind Gebäude nicht nur vor dem Hochwasser selbst zu schützen, sondern auch vor eindringendem Grundwasser sowie vor Rückstauwasser durch die Kanalisation. Im Bereich der Bauvorsorge empfiehlt sie daher z.B. wertvolle Gegenstände hoch zu lagern, Untergeschosse wasserdicht abzudichten oder ganz auf sie zu verzichten, Fenster und Türen mit mobilen Wänden zu versehen, wasserbeständige Baustoffe für Wände und Böden zu verwenden, Hausinstallationen in oberen Stockwerken unterzubringen sowie Öltanks zu sichern.

Bildung und Erziehung

Dem Bereich der Bildung und Erziehung kommt eine tragende Rolle im Bereich präventiver Maßnahmen zu. Es ist schwer vorstellbar, dass Risiko mindern- de Maßnahmen umgesetzt werden, ohne dass Betreiber wichtiger Infrastruktureinrichtungen oder die Bevölkerung über das notwendige Risikobewusstsein verfügen. Konkrete Verhaltensmaßnahmen zur Vorbereitung auf ein Hochwasserereignis sind u.a. in der oben bereits genannten „Hochwasserschutzfibel“ enthalten. Die Weißeritz-Regio (www.innovations-report.de) hat z.B. im Zuge des Sommerhochwassers 2002 am 3. Jahrestag eine Broschüre für die Bürger herausgegeben, die konkrete Handlungshinweise zur Hochwasservorsorge enthält. Inhalte sind die Vorbereitung auf den Notfall, Bau- und Flächenvorsorge und Grundwissen über weitere wichtige Informationen zur privaten Eigenvorsorge (z. B. Gefahrenkarten).

Weitere ereignisunabhängige Vorsorgemaßnahmen können zudem der Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“ des BBK entnommen werden.

Im Bereich der Erziehung an Schulen erschien im Januar 2007 das Heft „Praxis Schule“ zu Umwelt- und Naturkatastrophen inklusive einer Dokumentation zur Katastrophenvorsorge (www.praxischule.de). Anregungen für Lehrer können so zu einer Sensibilisierung der Schüler beitragen, im späteren Alter eigene Präventionsmaßnahmen umzusetzen.

Fazit

Dieser Beitrag verdeutlicht anhand diverser Beispiele, welche präventiven Maßnahmen eingesetzt werden können, um Risiken zu minimieren. Ein wesentlicher Punkt für die Umsetzung aller Maßnahmen ist das Vorhandensein eines Risikobewusstseins. Daher ist gerade im Bereich der Bildung und Erziehung verstärkt auch das Katastrophenbewusstsein zu fördern, um langfristig Risiko minimierende Maßnahmen umsetzen zu können.

Quellen

- BMI: Schutz Kritischer Infrastrukturen – Basisschutzkonzept. 2005, http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2005/Basisschutzkonzept_kritische_Infrastrukturen_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Basisschutzkonzept_kritische_Infrastrukturen_de.pdf
- Engel, H. (Hrsg.): Internationale Kommission für die Hydrologie des Rheingebietes. Eine Hochwasserperiode im Rheingebiet. Extremereignisse zwischen Dez. 1993 und Febr. 1995. Bericht Nr. I-17 der KHR. 1999.
- Hornemann, Corinna, Jörg Rechenberg: Was sie über vorsorgenden Hochwasserschutz wissen sollten, Umweltbundesamt, Dessau 2006, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3019.pdf>.
- http://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Publikationen/Brosch_C3_BCren_und_Faltbl_C3_A4tter_20Download/Broschue-re_20Notfall,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Broschue-re%20Notfall.pdf
- http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22178/DE/ForschenBerten/Bauwesen/Hochwasserschutz/Hochwasserschutzfibel/Hochwasserschutzfible,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Hochwasserschutzfible.pdf
- <http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/hochwasserschutzgesetz.pdf>
- <http://www.eurocode-online.de/cmd?level=tpl-gefsuchergebnis>
- <http://www.gdv.de/Hauptframe/index.jsp?oid1=11338&oid2=13342&oid3=13344&contentUrl=/Themen/Schadenverhuetung/Hintergrundinformationen/inhaltsseite.html>
- http://www.innovations-report.de/html/berichte/umwelt_natur-schutz/bericht-47736.html
- <http://www.praxischule.de>
- <http://www.sachsen.de/sadra/alt/index.html?1207.html>
- Meskouris, K.: Konzepte der DIN 4149. RWTH Aachen, Lehrstuhl für Baustatik und Baudynamik. 2005, http://www.vpi-bw.com/ingenieure/freudenstadt/FDS_2005-33-03.pdf

Rechnergestützte Risikoanalysen

Unterstützungsmöglichkeiten durch deNIS II^{plus}

Von Bernhard Corr, BBK

Heute finden in fast allen Lebensbereichen Analysen von Risiken statt und stellen damit ein wichtiges Mittel zur Bewertung von Vorhaben und Situationen dar. Der Prozess einer Risikoanalyse wird begleitet durch eine Risikoidentifizierung, eine Risikobewertung und letztlich dem Risikomanagement.

Im Vordergrund steht zunächst die Identifizierung der Risiken, mit denen man konfrontiert wird. Die Risikobewertung umfasst die Ermittlung von Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Höhe des Schadens. Die Bewertung des Risikos ist die schwierigste Phase des Gesamtprozesses, da hierbei positiv und negativ beeinflussende Faktoren, die sich teilweise dynamisch verändern, zu berücksichtigen sind. Abschließend erfolgt das Risikomanagement mit der Planung der Maßnahmen, die dazu beitragen, auf Risiken optimal reagieren zu können. Zum Risikomanagement gehören natürlich auch präventive Maßnahmen, die zur Reduzierung oder Beseitigung eines Risikos dienen.

Risikoanalysen sind daher auch Voraussetzung für einen effektiven Bevölkerungsschutz, der seine Hilfeleistungspotenziale effizient einsetzt. Es stellt sich nur die Frage, mit welchen Mitteln können die umfangreichen Daten verarbeitet werden, um die Prozesse der Risikoidentifizierung, der Risikobewertung und des Risikomanagements zu unterstützen.

Wenn es darum geht, umfangreiche Daten zu verarbeiten, braucht man die Informationstechnik zur Unterstützung und Beschleunigung von Arbeitsabläufen. In einer vernetzten Welt, die Informationen schnell gewinnt, verarbeitet und zielgerichtet weiterleitet, liegt es nahe, die Informationstechnik auch zur Unterstützung der Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz einzusetzen.

Ziel einer solchen IT-Unterstützung im Bevölkerungsschutz muss es sein:

- die Risikopotenziale zu erfassen und übersichtlich darzustellen,
- die bei der Bewertung des Risikos positiv und negativ beeinflussenden Faktoren zu integrieren,
- die schnelle Gewinnung eines umfassenden sich dynamisch verändernden Lagebildes einschließlich aktueller Messwerte und sonstiger Faktoren sowie
- die Unterstützung bei der Festlegung und Durchsetzung von Maßnahmen des Risikomanagements.

Im Folgenden wird dargestellt, inwieweit das vorhandene Informationssystem deNIS für diese Zwecke genutzt werden kann.

Ziel des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS II^{plus})

Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem in der neuen Ausbaustufe deNIS II^{plus} wurde vor dem Hintergrund der veränderten Bedrohungslage und der „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ realisiert. Diese neue Strategie beschreibt die Notwendigkeit, die Hilfeleistungspotenziale der Länder und des Bundes zur Bewältigung großflächiger Gefahrenlagen zu bündeln. Sie fordert daher neue Informations- und Koordinationsinstrumente. Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) ist ein wesentlicher Beitrag des Bundes, dieser Forderung gerecht zu werden.

deNIS richtet sich an die Lagezentren des Krisenmanagements bei großflächigen Gefahrenlagen.

Zurzeit sind die Lagezentren der Bundesressorts sowie die Lagezentren der Innenministerien der Länder als Nutzer an einen zentralen Datenserver des Bundes angeschlossen. Die strukturellen Veränderungen, die mit der Entwicklung von deNIS IIP^{plus} eingetreten sind, ermöglichen jetzt den Aufbau dezentraler eigenständiger Informationssysteme, die mit dem Bundessystem Daten austauschen. Der weitere Ausbau dieser Struktur ist auch ausgesprochenes Ziel der weiteren Entwicklung von deNIS. Mit dieser Technologie soll ein Netzwerk im Bevölkerungsschutz aufgebaut werden, um Daten über alle Ebenen der nicht-polizeilichen und nicht-militärischen Gefahrenabwehr auszutauschen. Auf diese Weise sollen künftig aktuelle Informationen zu aktuellen Schadenslagen sowie über eingesetzte Hilfeleistungspotenziale quasi in Echtzeit ausgetauscht werden.

Möglichst sollte dies mit der deNIS-Technologie erfolgen, um Probleme hinsichtlich der Kompatibilität klein zu halten. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass innerhalb von deNIS IIP^{plus} ein geographisches Informationssystem den Kern bildet, der ein erhebliches Ausbaupotenzial vor allem im Hinblick auf die Weiterentwicklung von deNIS IIP^{plus} zu einem Entscheidungsunterstützungssystem besitzt. Darüber hinaus ist ein Anschluss anderer Systeme an deNIS IIP^{plus} möglich, wenn diese interoperabel ausgelegt sind.

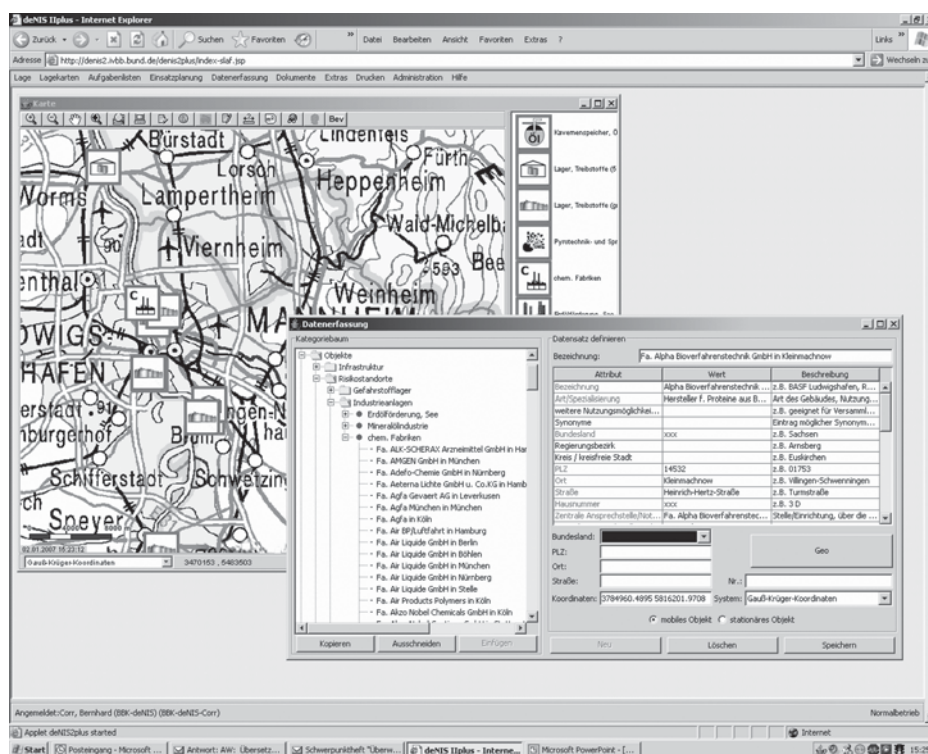
Der Vorteil für die Stabsarbeit

Mit deNIS IIP^{plus} wurde die Grundlage für einen Standard im Bereich der IT-Systeme zur Unterstützung der Stabsarbeit gelegt. Der Mehrwert für

die Nutzer liegt in der modernen Software-Technik (z.B. neueste Datenbanktechnologie von ORACLE) sowie dem Ausbaupotenzial eines geographischen Informationssystems.

Darüber hinaus profitieren die angeschlossenen Nutzer von dem Informationsangebot des Bundes, das künftig über deNIS IIP^{plus} zur Verfügung gestellt wird. Hierzu zählen im Einzelnen:

- das vom Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) eingestellte nationale Lagebild, das den angeschlossenen Nut-



Datenerfassung von risikobehafteten Anlagen.

zern einen Überblick über die Gesamtlage ermöglicht,

- die Risikoanalysen von Bund und Ländern in Form von Textdokumenten und Karten,
- aktuelle Satellitenfotos über Schadensgebiete in Deutschland, die aufgrund internationaler Vereinbarungen vom GMLZ bei Katastrophen angefordert werden können,
- aktuelle Wetterinformationen des Deutschen Wetterdienstes einschließlich Unwetterwarnungen sowie
- Daten der Gefahrenerfassungssysteme des Bundes. Hierzu zählen besonders die Messwerte der Um-

weltradioaktivität des Integrierten Mess- und Informationssystems des Bundesumweltministeriums, die Pegelstände der Bundeswasserstraßen und seismologische Messwerte.

Insbesondere die Bereitstellung der Daten aus den Gefahrenerfassungssystemen werden den Entscheidungsträgern in den Lagezentren einen umfassenden Überblick über die aktuelle Gefahrenlage ermöglichen. Es ist nicht mehr erforderlich, mehrere unterschiedliche „Spezialsysteme“ zu verfolgen, um einen Überblick zu erhalten. deNIS II^{plus} wird diese Vielzahl von wissenschaftlichen Daten auf ein verständliches Maß reduzieren und gebündelt auf einer Informationsplattform anbieten. Die Vorteile des geographischen Informationssystems bestehen darin, dass diese Gefahren Darstellungen mit anderen „Informationsschichten“ von deNIS II^{plus} (z.B. zu Hilfeleistungspotenzialen, wichtigen Objekten und Schadensereignissen) „verschnitten“ werden können, um so ein umfassendes Bild zur Lagebeurteilung zu erhalten.

Die Kernelemente von deNIS II^{plus}

Die Kernelemente von deNIS II^{plus} bilden drei Module, die das Lagemanagement, das Meldemanagement und das Ressourcenmanagement unterstützen. Weiterhin ist ein Basismodul vorhanden, das Werkzeuge für die Benutzerverwaltung, die Systemadministration, eine Volltextsuche sowie eine E-Mail-Funktion enthält.

Innerhalb des Moduls „Lagemanagement“ sind Werkzeuge vorhanden, um Lagen zu Schadensereignissen zu eröffnen, zu bearbeiten und abzuschließen. Die Erfassung des Schadensausmaßes hinsichtlich der eingetretenen Personen- und der materiellen Schäden erfolgt über Bildschirmmasken. Darüber hinaus können die bisher eingeleiteten Maßnahmen protokolliert und die Institutionen bzw. Funktionsplätze festgelegt werden, die diese Daten einsehen dürfen.

Ein im System frei konfigurierbares Rollen- und Rechtekonzept ist ein weiteres Kernelement von deNIS II^{plus}. Es ermöglicht jedem Nutzer, in Bezug auf seine Rolle und in Abhängigkeit des eingetretenen Ereignisses ein spezifisches Lagebild zur Verfügung zu stellen. So bekommt beispielsweise der Einsatzleiter der Polizei ein anderes – seiner Aufgabe entspre-

chendes – Lagebild zur Verfügung gestellt als der Leiter des Sachgebietes Presse- und Medienarbeit.

Im Rahmen der Vorbereitung auf Einsätze können bestimmte „Alarmierungsstichworte“ angelegt werden, die mit vorhandenen Informationen oder vorbereiteten Lagebildern verknüpft werden. So können beispielsweise zu dem Alarmierungsstichwort „Hochwasser“ bestimmte Einsatz- oder Alarmierungspläne sowie Lagebilder über zu erwartende Überschwemmungszonen im System hinterlegt werden. Darüber hinaus können auch zu möglichen Ereignisorten solche Dokumente im Rahmen einer präventiven Einsatzvorbereitung in deNIS II^{plus} eingestellt werden. Funktions- und rollenspezifisch können zusätzlich Aufgabenlisten zu den entsprechenden „Alarmierungsstichworten“ hinterlegt werden. Diese in Form von Checklisten aufgebauten Aufgabenlisten können mit einem Bearbeitungsstatus versehen werden und dienen zur Kontrolle aller durchzuführenden Aufgaben. Nach einem Einsatz oder der Durchführung einer Übung können diese Aufgabenlisten aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ergänzt oder verändert werden. Weiterhin können die rollenspezifischen Aufgabenlisten durch persönliche (nur auf den jeweiligen Benutzer bezogene) Aufgabenlisten ergänzt werden. Gerade dieser präventive Ansatz von deNIS II^{plus} bietet die Möglichkeit, sich umfassend auf einen möglichen Einsatz vorzubereiten und die Vorteile eines IT-gestützten Krisenmanagementsystems zu nutzen.

Zur Erstellung von Lagekarten stehen dem Nutzer die im System hinterlegten digitalisierten Karten in den unterschiedlichsten Maßstäben oder auch Luftbilder zur Verfügung. Über die Funktion „Ereignislayer“ können vor diesem geographischen Hintergrund Schadenslagen mit den unterschiedlichen geometrischen Figuren, Linien oder Punkten in verschiedenen Farben und Füllmustern gezeichnet werden. Darüber hinaus können auch festgelegte Symbole, z.B. für Landeplätze, Versorgungspunkte usw., in das Lagebild eingefügt werden.

Im Einsatzfall können nun die unter dem Alarmierungsstichwort oder mit Bezug auf den Ereignisort vorbereiteten Lagekarten abgerufen werden oder es wird ein neues Lagebild erstellt und im Verlauf des Ereignisses ständig aktualisiert.

Die weiteren Informationen zur Lageentwicklung erfolgen über das Meldemanagement. Hierzu stehen Formulare als Bildschirmmasken zur Verfü-

gung, die neben Meldungen auch konkrete Aufträge in deNIS IIP^{plus} erfassen können. In einer Meldeliste werden alle Meldungen und erteilten Aufträge zur Lage mit dem aktuellen Status (z.B. „Auftrag erledigt“) zusammenfassend dargestellt.

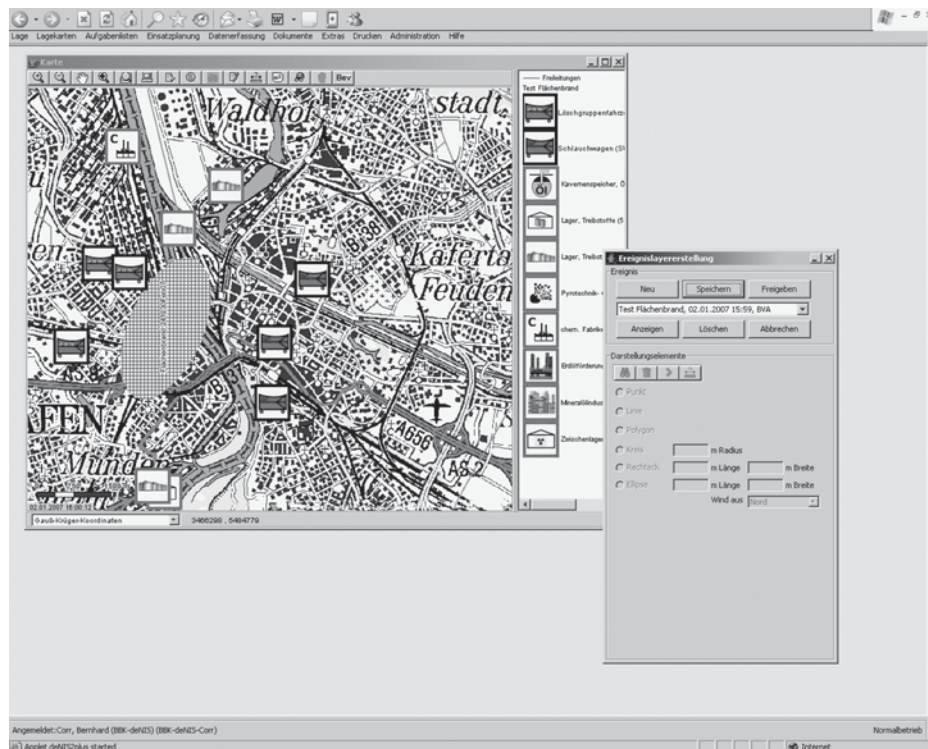
Zur Erfassung von personellen, materiellen und infrastrukturellen Hilfeleistungspotenzialen steht ein umfangreiches Werkzeug zur Verfügung (Ressourcenmanagement), das die Erfassung und Aktualisierung der Daten in der Datenbank sowie die automatische Übertragung der Daten an andere Institutionen ermöglicht. Die in der Datenbank erfassten Hilfeleistungspotenziale aber auch wichtige Objekte, wie risikobehaftete Anlagen oder „Kritische Infrastrukturen“, können als Sachdaten ausgewählt und zusätzlich zum Lagebild eingeblendet werden. Hierdurch wird mit einem Blick deutlich, in welcher Entfernung zum Ereignisort die Ressourcen verfügbar sind.

Darüber hinaus steht noch das elektronische Einsatztagebuch für die Dokumentation des Ablaufs zur Verfügung. Nach Abschluss des Einsatzes wird die Lage im System beendet und im Lagearchiv hinterlegt. Daher kann man im Rahmen der Einsatznachbereitung den Ablauf nachträglich analysieren und Rückschlüsse auf künftige Einsätze zu ziehen.

Nutzung der Fähigkeiten und Werkzeuge von deNIS IIP^{plus} zur Risikoanalyse

Über das Ressourcenmanagement lassen sich nicht nur Daten über Hilfeleistungspotenziale erfassen sondern auch Daten zu risikobehafteten Anlagen. Hierdurch erhalten die Nutzer die Möglichkeit,

Standorte von Anlagen und Einrichtungen elektronisch zu erfassen, von denen möglicherweise eine Gefahr ausgehen könnte oder die bei einer vorhandenen Gefahrenlage (z.B. Überschwemmungen oder Flächenbrände) zu einer Verschärfung der Gesamtlage beitragen könnten. Die Darstellung dieser risikobehafteten Anlage vor einem kartographischen Hintergrund lässt schnell eine Konzentration von Gefahrenpotenzialen erkennen. Neben risikobehafteten Anlagen lassen sich auch kritische Infrastrukturen, wie beispielsweise Versorgungsleitungen oder



Risikobewertung unter Berücksichtigung der Lagedarstellung in deNIS IIP^{plus}.
(Bildquelle: BBK)

Einrichtungen der Verkehrsinfrastruktur in deNIS IIP^{plus} darstellen.

Kernelement von deNIS IIP^{plus} ist ein geographisches Informationssystem. Es ermöglicht dem Nutzer diese unterschiedlichen Informationsebenen miteinander zu verschneiden. Hierdurch gelingt es beispielsweise, die Fläche einer Ausbreitungsprognose einer Schadstoffwolke mit der Bevölkerungsdichte in diesem Gebiet in Bezug zu setzen.

Wenn das Ziel, ein Netzwerk im Bevölkerungsschutz aufzubauen, in den kommenden Jahren erreicht wird, könnten aktuelle Informationen zu

einer Schadenslage sehr schnell ausgetauscht werden. Im Rahmen einer Risikobewertung könnte dann das Risiko beeinflussende positive und negative Faktoren schnell berücksichtigt werden. Messwerte aus Gefahrenerfassungssystemen (z.B. Umweltradioaktivität oder Pegelstände der Wasserstraßen) könnten zeitverzugslos in die Bewertung mit einfließen.

Für das Risikomanagement lassen sich die Werkzeuge der Einsatzplanung in deNIS IIP^{plus} nutzen, um die Ergebnisse der Ursachenidentifikation zu dokumentieren sowie Maßnahmen der Risikominderung in Form von rollenbasierten Aufgabenlisten in dem System zu hinterlegen.

Die moderne Technik von deNIS IIP^{plus} ermöglicht es, die Ergebnisse von Simulationen und Prognosen in das Informationssystem zu integrieren. Die präventiven Fähigkeiten von deNIS IIP^{plus} können künftig dadurch noch besser eingesetzt werden, wenn Simulationen zu Sturm-, Hochwasser- oder Erdbebenschäden im System verfügbar sind. Neben den Risikoanalysen der Länder und des Bundes kommen vor allem Risikokarten in Betracht, die auf wissenschaftlicher Basis erstellt wurden. Diese Risikokarten könnten beispielsweise neben den Gefährdungspotenzialen auch die Wertekonzentration in Deutschland visualisieren. Hierdurch würde auf einen Blick abgeschätzt werden, welche Regionen durch Erdbeben gefährdet sind oder wie viel Bevölkerung und welche Sachwerte z.B. bei einem Sturm mit Windstärke 8 betroffen sind.

Durch die Client-Server-Architektur bietet deNIS IIP^{plus} die Möglichkeit, „virtuelle Krisenstäbe“ aufzubauen. Da sich die Funktionsträger eines Krisenstabes auch von ihrem normalen Arbeitsplatz im System anmelden können, besteht nicht mehr die Notwendigkeit, während einer Schadenslage ständig im Lagezentrum anwesend zu sein. Durch die Anmeldung im System kann man auch außerhalb des Krisenstabes den Einsatz verfolgen und ggf. auch den Ablauf aktiv beeinflussen. Durch die Einrichtung eines „virtuellen Krisenstabes“ kann die Größe von Befehlstellen bzw. deren materielle Ausstattung künftig reduziert werden.

Bereitstellung der Software durch das BBK

Die Basis dieser Software wurde im Auftrag des Bundes realisiert. Um das Ziel eines möglichst um-

fassenden Netzwerkes im Bevölkerungsschutz zu erreichen, wird die Software durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) den Behörden und Organisationen zur Verfügung gestellt, die in Deutschland mit Sicherheitsaufgaben betraut sind (BOS). Die Innenministerien der Länder und bestimmte Bundesbehörden haben hierdurch die Chance, im Bereich der Gefahrenabwehr eigene Informationssysteme mit der deNIS IIP^{plus}-Technologie innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches aufzubauen. Die Software erhalten sie nach Abschluss einer Nutzungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. In der Nutzungsvereinbarung verpflichten sich die künftigen Betreiber eigener Informationssysteme zur Beschaffung und Wartung von Betriebslizenzen sowie zum Datenaustausch mit dem Bundessystem. Für die Beschaffung und Wartung der Betriebslizenzen steht ein Rahmenvertrag zur Verfügung.

Die neuen Herausforderungen erfordern ein besseres Zusammenwirken der Krisenstäbe in den Ländern und beim Bund. deNIS IIP^{plus} ist ein geeignetes Instrument, dies mit modernster Technik zu unterstützen. Wie die Beispiele zeigen, eignet sich dieses System auch zur Unterstützung bei der Risikoidentifizierung, der Risikobewertung und dem Risikomanagement. Darüber hinaus bietet es aufgrund seines geographischen Informationssystems ein enormes Ausbaupotenzial.

Aus diesem Grund ist es sinnvoll und wünschenswert, wenn möglichst viele Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben von dem Angebot des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Gebrauch machen, mit eigenen deNIS IIP^{plus}-Informationssystemen ihr Krisen- und Riskomanagement zu verbessern.

Das internationale Crisis and Risk Network (CRN)

Plattform für die Unterstützung von Risikoanalysen
in einer komplexen Welt

Von Myriam Dunn und Beat Habegger

Das internationale sicherheitspolitische Umfeld hat sich im letzten Jahrzehnt stark verändert. Die Zunahme von Naturkatastrophen, der immer höhere Grad der Technisierung aller Lebensbereiche und nicht zuletzt die Anschläge des 11. September 2001 machen deutlich, dass umfassende Risikoanalysen auf strategischer Ebene notwendiger sind denn je. Doch die drängendsten sicherheitspolitischen Themen unserer Zeit stellen in ihrer Komplexität nicht nur die gesellschaftlichen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft vor enorme Herausforderungen – auch für die Analysten ergeben sich zahlreiche Schwierigkeiten. Das Crisis and Risk Network (CRN), das in diesem Artikel näher vorgestellt wird, bietet eine Plattform zum internationalen Austausch und zur Entwicklung methodischen Wissens.

Von Bedrohungen zu Risiken

Bis zum Ende des Kalten Krieges wurden sicherheitspolitische Probleme in erster Linie als militärische und akteurbezogene „Bedrohungen“ verstanden. Diese zeichnen sich durch drei Eigenschaften aus, die das so genannte Bedrohungsdreieck bilden: Erstens existiert ein gegnerischer Akteur oder eine gegnerische Akteursgruppe; zweitens hegen diese Akteure feindliche Absichten, indem ein Angriff bevorsteht oder ein solcher vorbereitet wird; und drittens verfügt der Gegner über die Mittel, häufig militärischer Natur, um erheblichen Schaden anzurichten. Die Bedrohungslage des Kalten Krieges ließ sich damit recht präzise umschreiben: Die gegnerischen Staa-

tenblöcke, angeführt von den USA und der Sowjetunion, waren eindeutig identifizierbar, ihre feindlichen Intentionen offensichtlich und das militärische Potenzial zur gegenseitigen physischen Schädigung augenscheinlich.

Dieses relativ klare Bedrohungsbild hat sich nach 1989 verflüchtigt. Klassische zwischenstaatliche Kriege sind nicht länger strukturbestimmend für das internationale System. Gleichzeitig hat sich die inhaltliche Umschreibung dessen, was zur Sicherheitspolitik zählen soll, stark verändert. Angesichts der diffusen und schwierig zu bestimmenden Formen und Verläufe aktueller sicherheitspolitischer Herausforderungen erschien es nicht mehr angemessen, von Bedrohungen zu sprechen. Die Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges waren durch ein breit gefächertes Risikospektrum zu ersetzen, zu dem etwa ökologische Probleme, Migration, internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Ressourcenkonflikte, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder die vielfältigen Risiken des Informationszeitalters zählen.

Was ist neu an den „neuen Risiken“?

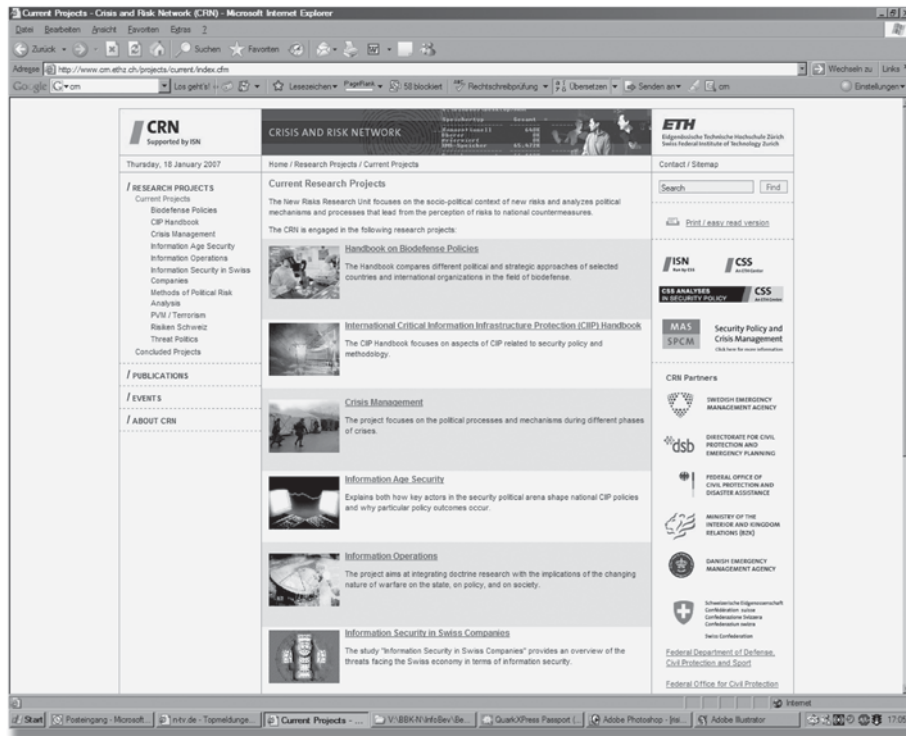
Bei vielen dieser „neuen Risiken“ handelt es sich natürlich nicht um grundsätzlich neue Probleme; sie wurden früher aber nicht als sicherheitspolitische Anliegen betrachtet oder sie beschäftigten die internationale Gemeinschaft in einem viel geringeren Ausmaß als heute. Drei eng miteinander verknüpfte Merkmale charakterisieren diese „neuen Risiken“: Transnationalität, Komplexität und Interdependenz.

Transnationalität: Bei den neuen Risiken handelt es sich um grenzübergreifende Probleme, die transnational sind in ihrer Ursache und ihrer Wirkung. Sie lassen sich nicht auf einen bestimmten Staat zurückführen und sie bleiben in ihren Auswirkungen ebenso wenig auf einen solchen begrenzt. Beispiele dafür gibt es zuhauf: Naturkatastrophen (z.B. Überschwemmungen), Industrieunfälle (z.B.

Terroristen zweifellos feindliche Absichten; die ihren verbrecherischen Absichten zugrunde liegende Motivation ist jedoch oft unklar und in vielen Fällen gar derart diffus, dass sich friedliche Konfliktlösungsstrategien kaum initiieren lassen. Schließlich bedienen sich diese Gruppierungen der Mittel „asymmetrischer Kriegsführung“, so dass sich die tatsächlichen Schadenpotenziale nicht ergründen oder gar errechnen lassen.

Interdependenz:

„Neue Risiken“ treten häufig nicht einzeln auf, sondern sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. So bilden etwa viele nationale Infrastrukturen wie Atomkraftwerke, Krankenhäuser, Informations- und Telekommunikationsnetzwerke oder Transportwege komplexe Systeme, in denen auch verhältnismäßig kleine Zwischenfälle schwer vorhersehbar und in ihren Folgen kaum abschätzbare Kettenreaktionen auslösen können. Zudem stehen sich auf dem internationalen Parkett eine zunehmende Anzahl von Akteuren gegenüber, die



www.crn.ethz.ch liefert qualitativ hochstehende, relevante und aktuelle Informationen.

Tschernobyl), Epidemien (z.B. Aids), Unternehmenszusammenbrüche (z.B. „dot-com crashes“), volkswirtschaftliche Krisen (z.B. Argentinien 2002).

Komplexität: Neue Risiken sind von hoher Komplexität, was sich in großer Unsicherheit bezüglich des „Wer?–Wie?–Was?–Wo?–Warum?“ zeigt. Sie sind weit schwieriger vorhersehbar als die „alten“ Bedrohungen, weil es häufig an gesicherten Daten fehlt und sich die Parameter des Bedrohungsdreiecks nicht identifizieren lassen, was sich eindrücklich am Beispiel des Terrorismus zeigen lässt: Laufend neu entstehende Gruppierungen und Zellen, die sich überdies häufig in entlegenen Gebieten organisieren, bereiten den Geheimdiensten große Schwierigkeiten, sich über die gegnerischen Akteure einen wirklichkeitsnahen Überblick zu verschaffen. Weiter hegen

oft unabhängig agieren oder sich gar Machtspiele liefern und Dynamiken auslösen, die sich der Kontrolle von Nationalstaaten entziehen.

Sicherheitspolitische Risikoanalyse als Herausforderung

Die Beschäftigung mit diesen „neuen Risiken“ ist eine Hauptaufgabe der Sicherheitspolitik. Um sie frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Bewältigung einzuleiten, werden weltweit Risikoanalysen durchgeführt. Gerade auch für die mit dem Bevölkerungsschutz beauftragten Institutionen ist es unerlässlich, Risikoanalysen durchzuführen, um ihre Kernaufgabe – den Schutz

der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen im Falle von Katastrophen, Notlagen und bewaffneten Konflikten – wirksam zu erfüllen.

Durch die weite Verbreitung von Risikoanalysen haben viele Praktiker diesbezüglich ein hohes Fach- und Methodenwissen entwickelt. Allerdings lassen sich auch einige typische Defizite erkennen: Die Vielfalt an eingesetzten Methoden ist begrenzt, weil sich die Anwender auf die ihnen bereits bekannten und bewährten Instrumente konzentrieren; der Wissenstransfer ist ungenügend, weil es an Erfahrungsaustausch unter Experten und Risikoanalysten mangelt; und der dominierende „technische Zugang“, wonach eine Risikoanalyse nur sinnvoll sei, wenn das Risiko quantifiziert werden könne, führt oft zu einer einseitigen Ausrichtung.

Methoden der strategisch-sicherheitspolitischen Risikoanalyse sind von denjenigen auf der Ebene der operativen Planung zu unterscheiden: In strategischer Hinsicht geht es oft weniger darum, Risiken „objektiv“ zu quantifizieren und zu messen, sondern sie in ihrem gesellschaftlichen, politisch-institutionellen, kulturellen oder ökonomischen Kontext zu erfassen und zu verstehen. Eine häufige, in der Praxis weiterhin zu wenig berücksichtigte Gefahr besteht nämlich darin, dass sich viele der „neuen Risiken“ mit quantifizierend-statistischen Methoden, die sich aus Erfahrungswerten speisen, gar nicht erfassen lassen. Was als sicher oder unsicher, als Bedrohung oder Risiko wahrgenommen wird, ergibt sich häufig nicht „aus der Sache selbst“, sondern ist Ausdruck von politischen und sozialen Kommunikationsprozessen, die verschiedene Personen oder Staaten ganz unterschiedlich ablaufen. Auch die Zuteilung von finanziellen oder personellen Ressourcen zur Prävention, Bewertung oder Minderung von Risiken widerspiegelt die individuelle Risikowahrnehmung der relevanten Entscheidungsträger, die gemäß ihren Wertvorstellung oder (politischen und ökonomischen) Interessen handeln.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass sich Risikoanalysen bisher häufig auf Einzelszenarien konzentriert haben. Angesichts der erwähnten Komplexität und Interdependenz neuer Risiken muss eine zukunftsorientierte sicherheitspolitische Analyse jedoch gerade ihre Verknüpfungen berücksichtigen. Die Zukunft der Risikoanalyse liegt deshalb neben der – zweifellos weiterhin notwendigen – kompetenten Einzelanalyse existentieller Risiken ins-

besondere darin, das Bewusstsein für die Charakteristika neuer Risiken zu schärfen, sozialwissenschaftliche Expertise beispielsweise zur Risikowahrnehmung oder -kommunikation zu nutzen und in ein ganzheitliches Risikomanagement einzubringen.

Das Crisis and Risk Network (CRN)

Zur Förderung eines solchen Prozesses wurde das Crisis and Risk Network (CRN) ins Leben gerufen. Im Herbst 1999 beschloss das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ein 1992 vom Bundesrat in Auftrag gegebenes Projekt zur Erfassung, Bewertung und Vergleich unterschiedlicher Risiken, die die Sicherheit der Schweiz existenziell gefährden können, stärker akademisch zu verankern und internationaler auszurichten. Zu diesem Zweck wurde das Projekt an die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik (Center for Security Studies CSS) der ETH Zürich übertragen. Inhaltlich wurde eine Ausrichtung auf die Methodik einer umfassenden Risikoanalyse angestrebt, wobei „umfassend“ doppelt zu verstehen ist: erstens soll ein breites Spektrum moderner Risiken und Gefahren berücksichtigt werden, und zweitens sollen sowohl naturwissenschaftliche als auch sozialwissenschaftliche Aspekte in die Betrachtung, Charakterisierung und Analyse von Risiken integriert werden.

Eine Institution der ETH Zürich bietet die Nähe zu den umfangreichen Forschungsressourcen von Universität und ETH Zürich zu naturbedingten, technischen, machtpolitischen oder zivilisatorischen Risiken. Die Mitarbeitenden des CRN verfügen über wissenschaftliche Expertise zu gegenwärtigen und künftigen sicherheitspolitischen Risiken im euro-atlantischen Umfeld und moderieren den diesbezüglichen Dialog zwischen Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in der Schweiz und auf internationaler Ebene. Zu diesem Zweck unterhält das CRN Team ein Beziehungsnetz zu Regierungsstellen und Expertengruppen in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, das es intensiv pflegt und kontinuierlich ausbaut.

Das Projekt ist stark auf die internationale Kooperation ausgerichtet. Gegenwärtig sind neben zahlreichen schweizerischen Bundesstellen verschiedene internationale Partner involviert. Neben dem Hauptprojektpartner, der Swedish Emergency Management

Agency (SEMA) sind das norwegische Directorate for Civil Protection and Emergency Planning (DSB), die dänische Emergency Management Agency (DEMA), das holländische Ministry of the Interior and Kingdom Relations (BZK) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zentrale Projektpartner. In den einzelnen Projekten des CRN

und Think Tanks, die für die CRN Initiative interessant sind, werden als Teilnehmer oder als Referenten eingebunden. Seit 2000 wurden insgesamt neun solcher Konferenzen durchgeführt. Seit 2005 organisiert das CRN Team zusätzlich eintägige Roundtables in Zürich, zu denen Regierungsstellen und Experten aus der angewandten Forschung eingeladen werden und die dazu dienen, sich gegenseitig Arbeiten auf dem Gebiet der Risikoanalyse vorzustellen, neue Impulse durch Referate zu erhalten und den intensiven Austausch unter Experten zu pflegen.

Schlussbemerkungen

Die Komplexität der sicherheitspolitischen Herausforderungen hat die Arbeit der Risikoanalysten beträchtlich erschwert. Angesichts des breiten Risikospektrums sind die Methoden, Instrumente und Konzepte der sicherheitspolitischen Risikoanalyse ständig zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Das Crisis and Risk Network (CRN) trägt durch sicherheitspolitische Forschung und internationalem Wissenstransfer wesentlich dazu bei. In einer offenen Atmosphäre lässt sich über gemeinsame Erfolge und Probleme diskutieren und von den Erfahrungen anderer lernen. Die im internationalen Dialog erarbeitete methodische Expertise ist direkt praktisch anwendbar – beispielsweise indem gemeinsam Risikoszenarien entworfen und den Verantwortlichen als notwendige Grundlage für die langfristige Planung zur Verfügung gestellt werden. Das CRN leistet somit einen wichtigen Beitrag, die durch Transnationalität, Komplexität und Interdependenz geprägten „neuen Risiken“ besser zu erfassen und für die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessene Lösungen zu entwickeln.

Dr. Myriam Dunn leitet den Forschungsbereich „Neue Risiken“ an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich (www.css.ethz.ch) und ist Koordinatorin des Crisis and Risk Network (CRN, www.crn.ethz.ch).

Dr. Beat Habegger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und im Forschungsbereich „Neue Risiken“ für den Bereich der politischen Risikoanalyse zuständig.



Teilnehmer des Roundtables vom November 2006.
(Foto: Gullotta/BBK)

Forscherteams bestehen darüber hinaus zahlreiche weitere Partnerschaften zu Regierungsstellen und Forschungseinrichtungen im In- und Ausland, die jederzeit nutzbar gemacht werden können.

Das Projekt erfüllt seinen Netzwerkauftrag durch die Vorbereitung und Durchführung von Workshops und Konferenzen im Bereich der strategischen Risikoanalyse, der Publikation von Handbüchern und den Unterhalt einer Website (www.crn.ethz.ch). Diese liefert qualitativ hochstehende, relevante und aktuelle Informationen zu neuen Risiken und zur strategischen Risikoanalyse. Die CRN Website wird auch von den Partnerinstitutionen als Medium genutzt, um z.B. relevante Publikationen einem breiten internationalen Publikum zur Verfügung zu stellen. Die Expertenkonferenzen werden abwechselnd und auf freiwilliger Basis von den verschiedenen Mitgliedern der CRN Initiative organisiert und in den Stammländern der CRN Mitglieder ausgetragen. Regierungsstellen

Bevölkerungsschutz — ein Kinderspiel

Oder: Der große böse Wolf, die drei kleinen Schweinchen und die Vulnerabilität.

Von Giulio Gullotta, BBK

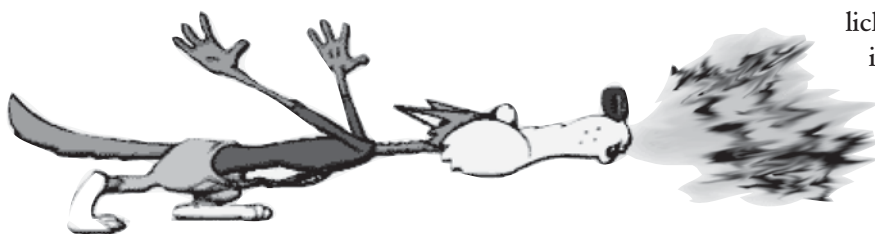
Kennen Sie die Geschichte vom bösen Wolf und den drei kleinen Schweinchen? Eine unbeschwerte Kindheitserinnerung? Erlauben Sie mir, Sie auf eine Reise mitzunehmen, die so manche Kurve beinhaltet und vielleicht einiges in neuem Licht erscheinen lässt.

Ein Bestandteil oder ein Merkmal einer Objektart, der/das bewirkt, dass eine Gefahr gleicher Intensität zu unterschiedlichen Schäden führt ist Kennzeichen der Katastrophenanfälligkeit, oder Vulnerabilität. Klingt ganz schön kompliziert. Ein Beispiel gefällig? Da gibt es den großen bösen Wolf, der gerne Häuser umpustet, um die darin lebenden Schweinchen zu vertilgen. Er ist die Gefahr. Sein Lungenvolumen und damit der Wind, den er produziert, bleiben gleich (Intensität). Die Häuser (Objektart) sind aus unterschiedlichen Materialien gefertigt: Eines aus Stroh, eines aus Lehm, eines aus Stein. Auch wenn sich die Wohnstätten des Borstenviehs äußerlich gleichen, so sind sie auf Grund ihrer Bestandteile in unterschiedlichem Maße verwundbar.

Sachverhalt: Alle Schweine wissen gleichermaßen um die Gefahr und bauen dennoch mit unterschiedlichen Materialien. Warum tun sie das? Jedes Schwein hat offenbar seine eigene Vorstellung von der Gefährdung durch den Wolf, obwohl sie objektiv identisch ist. Hier kommt die Vulnerabilität der Schweinchen ins Spiel. Parameter sind dabei unter anderem Alter, Erfahrung und Bildungsstand. Am Ende der Geschichte haben alle Schweinchen gleichermaßen das Wissen, dass sie lediglich durch einen Steinbau vor dem Wolf geschützt sind. Der Parameter Erfahrung ist damit bei allen dreien gleich.

Rückblick

Ich erinnere mich noch gut an die regelmäßigen Funktionsprüfungen der Sirenen während meiner Schulzeit. Auch an den Schutzraum im Keller meines Elternhauses, der zugleich die Vorratskammer war. Stromausfälle kamen gelegentlich vor, so dass es immer Kerzen im Haus gab. An Weihnachten bestand mein Opa darauf, dass neben dem Weihnachtsbaum ein gefüllter Wassereimer stand. „Die gar traurige Geschichte mit dem Feuerzeug“ aus dem Struwelpeter — die mit Paulinchen — habe ich bestimmt 1.000 Mal hören dürfen. Man muss schließlich nicht jede Erfahrung selbst machen. Es reicht, wenn man davon hört. Heute er-



mit freundl. Genehmigung von PBS online

Um nicht in die literaturwissenschaftliche Diskussion um die Geschichte der drei kleinen Schweinchen einsteigen zu müssen, folgende Annahmen zum

schließt sich mir, dass meine Vulnerabilität, die früher sicherlich nicht so hieß, verändert wurde. Ohne es zu merken wurde ich durch meine Umwelt auf das Leben und seine absehbaren Risiken vorbereitet. Absehbar auf Grund der damaligen Risikoanalyse, deren Betrachtungsgegenstand potenzielle schädigende Ereignisse und deren Ausmaß waren ($\text{Risiko} = \text{Schadensausmaß} \times \text{Eintrittswahrscheinlichkeit}$).

Ausflug in den Elfenbeinturm

Die Befassung mit Risiken setzt eine Vorstellung von der Zukunft voraus. Der gesellschaftliche, gesundheitliche, ökonomische oder ökologische Status quo soll entweder erhalten oder aber gemäß den eigenen Vorstellungen verändert werden. Eine Risikoanalyse bildet daher die Situation in der Zukunft gemäß unterstellter Annahmen ab. In der Regel werden dabei zunächst die bekannten Entwicklungsparameter fortgesetzt. Es handelt sich insoweit nicht um eine verlässliche Prognose, sondern um die bestmögliche Hypothese. So werden bei den Berechnungen für die Auswirkungen des Klimawandels zunächst die Emissionen im heutigen Ausmaß und auch das Wirtschaftswachstum im heutigen Umfang unterstellt. Vereinfacht: Wie sieht die Welt in der Zukunft aus, wenn wir so weiter machen, wie bisher?

Demzufolge dient jedwede Risikoanalyse letztlich dazu, die gewonnene Erkenntnis nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Als Beispiel sei auf die Prognosen zur Ausbreitung der Immunschwächekrankheit AIDS in den 80er-Jahren und die anschließenden erheblichen Anstrengungen zur Bekämpfung verwiesen.

Das wahre Leben

Bewusstseinsbildung war die Zauberformel bei HIV. Betroffenheit erzeugen und Verhaltensänderung bewirken. Offenbar ist die effektivste Möglichkeit, Gefährdungen zu begegnen, sich mit ihnen zu befassen. Dabei werden sie in ihre Bestandteile zerlegt und diese, wo immer möglich, bekämpft. Durch die Minimierung der Vulnerabilität des Einzelnen wird die Vulnerabilität der gesamten Gesellschaft reduziert. Mindestens werden durch entsprechende Informationen Entscheidungen bezüglich der Billigung eines Risikos erzwungen. Auf der Individualebene

etwa bezüglich des Rauchens, denn heutzutage kann sich niemand mehr darauf berufen, nichts von dessen schädlicher Wirkung gewusst zu haben. Auf gesellschaftlicher Ebene wird über das insgesamt akzeptierbare Restrisiko gestritten.

Wer dauerhaft eine robuste Gesellschaft möchte, muss bei den Kindern anfangen. Eltern schützen die Kleinsten durch technische und organisatorische Maßnahmen, wie Steckdosenschutz, abschließbare Fenstergriffe und Aufsicht.

Mit zunehmendem Alter werden die Kinder mit Gefahren in ihrer Umwelt vertraut gemacht. Der Herd ist heiß, die Schildkröte schnappt, beim Fahrradfahren schützt ein Helm, „Messer, Gabel, Schere, Licht ...“. Das Vorbild der Eltern und anderer Erwachsener beeinflusst dabei maßgeblich das Verhalten und die Gefahrenwahrnehmung der Kinder. Wie immer im Leben gilt, wer Wasser predigt und Wein trinkt erreicht kein Handeln aus Einsicht. Selber ohne Helm zu fahren und über die rote Ampel zu gehen („aber nur wenn's schnell gehen muss“), konterkariert alle Anstrengung.

In Kindergarten und Grundschule werden Themen wie Hygiene, Unfallverhütungsmaßnahmen und Erste Hilfe aufgegriffen. Zumindest ist das vorgesehen¹. Auch in den weiterführenden und berufsbildenden Schulen sollen Unterrichtsinhalte vermittelt werden, welche die Selbsthilfefähigkeit der Schüler erhöhen². Das belebende Moment des Föderalismus bewirkt unterschiedliche Wege, die sicherlich alle zum Ziel führen können³.

Aus Eigeninitiative, meist unterstützt von den Hilfsorganisationen, entstanden zwischenzeitlich zahlreiche Schulsanitätsdienste in Deutschland. Hier sind Schüler und Lehrer ehrenamtlich zum Wohl

¹ Bspw. finden sich in den aktuellen Richtlinien und Lehrplänen des Sachunterrichts für die Grundschule in Nordrhein-Westfalen die genannten Themen als Unterrichtsgegenstände. Bei den Aufgabenschwerpunkten finden sich Schulweg und Verkehrssicherheit, Umweltschutz sowie Konsumverhalten und Ökologie (MSJK 2003).

² Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) hat im Jahr 2002 beschlossen, die zuständigen Fachkonferenzen darum zu bitten „die Ausbildung zur Selbsthilfe als Bestandteil von Berufs- und schulischer Ausbildung aufzunehmen und der Altersstufe gemäß zu entwickeln.“ (IMK 2002, S. 38).

³ NRW hat bspw. im November 2006 im Rahmen der Kampagne „Rauchmelder für NRW“ ein Pixi-Buch für die Zielgruppe „Vorschule“ aufgelegt. Kostenlos beziehbar über www.rauchmelder-fuer-nrw.de.

ihrer Schulgemeinschaft engagiert. Die zunehmende Verbreitung dieses Phänomens ist sicherlich auch dem Programm „medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeinhalten“ zu verdanken. Es ist auf Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren zugeschnitten und wird vom Bund gefördert. Im Jahr 2005 nahmen mehr als 85.000 Schülerinnen und Schüler das Angebot einer für sie kostenlosen Ausbildung an – in der Regel in ihrer Freizeit⁴.

Der Erfolg des Konzeptes macht Mut. Es zeigt, dass immer dann, wenn es gelingt, das Interesse der Kinder und Jugendlichen

für Themen des Bevölkerungsschutzes zu gewinnen, dieses auch längerfristig bestehen bleibt.



Die International Civil Defence Organization lockt bereits die Kleinsten mit dem sympathischen Maskottchen Protector. Sowohl

durch Comics als auch Spiele vermittelt Protector grundlegende Inhalte auf angenehme und ansprechende Art und schafft so eine Bindung zu den Inhalten (www.icdo.org).

Generation Gameboy – die Computerkids

Wenn Bevölkerungsschutz die Summe aller Maßnahmen ist, die erforderlich sind, um die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle bewaffneter Konflikte zu schützen sowie zur Verhinderung, Begrenzung und Bewältigung von Schadensereignissen beizutragen, dann müssen auch die Bemühungen um Nachhaltigkeit darunter subsumiert werden. Die anthropogenen Anteile des Klimawandels zu beschränken zählt gewiss zum Schutz der Bevölkerung. Einen interessanten, umfassenden und sicherlich zeitgemäßen Ansatz hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gewählt, um die eigenen Anliegen an Kinder und Jugendliche

zu vermitteln. Es unterhält eine eigene Homepage für Kinder (www.bmu-kids.de) und fördert seit Juli 2005 auch das Forschungsvorhaben „Erlebniswelt Erneuerbare Energien: powerado“. Von Online-Spiel über Materialkisten für den Einsatz in verschiedenen Schulstufen, von Wanderausstellung bis Lehrerausbildung sind alle Bereiche erfasst, die geeignet sind, das Ziel „Förderung von erneuerbaren Energien bei Kindern und Jugendlichen“ zu erreichen. Ein Besuch auf der Seite www.powerado.de lohnt sich. Bereits die Funktion Materialsuche vermittelt einen Eindruck: eine Metadatenbank für Ausbildungshilfen – nicht nur für Lehrer⁵.

Die Vertreter der „Generation Gameboy“ über ihre virtuellen Welten und den Schulunterricht für das echte Leben zu gewinnen ist mindestens überdenkenswert.

Bevölkerungsschutz – ein Kinderspiel

Um Kindern das altersgemäße Rüstzeug zur Katastrophenabwehr mitzugeben, muss man keinen großen Aufwand treiben. In der Schule erreicht eine engagierte Lehrerin unglaublich viel: Die wesentlichen Bestandteile des Notrufes werden in einer Projektwoche gelernt, die durch den Besuch bei der örtlichen Feuerwehr gekrönt wird. In Sachkunde und Chemie wird der richtige Umgang mit giftigen Stoffen gelernt, in Politik über die Ursachen und in Erdkunde die Wirkungen des Klimawandels gesprochen. In Österreich gibt es übrigens eine bundesweite „Kindersicherheits-Olympiade SAFETY-Tour“, in der Kinder ihr erworbenes Wissen und ihre Fähigkeiten in zahlreichen Facetten messen können – 2006 erstmals auch mit deutscher Beteiligung (www.safety-tour.at).

Aber auch zu Hause kann man einiges erreichen: Bei mir ist beispielsweise das Wälzen der Vor-

⁴ Vgl. auch „Neues Konzept des Bundes“ in Rettungsdienst 6/2005 (28. Jahrgang).

⁵ Auch andere deutsche Behörden und Organisationen, die unter dem weit gefassten Begriff Bevölkerungsschutz subsumiert werden können, bieten Hilfen für Lehrer. Die Simulation „Politik und Internationale Sicherheit“ der Bundeswehr wird von Jugendoffizieren geleitet. Sie bietet für bis zu 50 Teilnehmer, in der Regel Schüler ab 16 Jahren, spannendes Lernen für eine Dauer zwischen zwei und fünf Tagen.

räte im Keller wegen der Mindesthaltbarkeit immer Anlass für Eltern-Kind-Gespräche zum Thema Vorratshaltung. Insbesondere dann, wenn diese zuckerhaltigen (hochkalorigen) und klebrigen Getränke,



Kindgerechte Einführung? Die gar traurige Geschichte ...

die für den Notfall gelagert werden, verzehrt werden müssen („warum gibt es die eigentlich nicht immer?“). Das finden Sie perfide? Dann sollten Sie jetzt nicht weiterlesen. Keine Angst, ich bekenne nicht, dass ich meinen Kindern den Struwwelpeter mit seinen Geschichten zum Brandschutz (Paulinchen), Rassismus (die Geschichte von den schwarzen Buben), gesunder Ernährung (Suppen-Kaspar) und Verhalten bei Sturm (fliegender Robert) vorgelesen habe. Nein, ich habe lediglich ihre Lust auf Computerspiele genutzt und sie auf Seiten wie www.mission-blue.planet.de gelotst. Und heute, da alle Kinder bereits Fremdsprachen lernen, verbinde ich die Botschaft auch noch mit „Fremdsprachenunterricht“, denn auch die Kollegen im Ausland haben interessante Angebote für Kinder⁶.

Die skizzierten „Hausmittel“ sind natürlich nur ein Klacks im Vergleich zu den ganzheitlichen (wissenschaftlich fundierten) Ansätzen, die es weltweit gibt. Einen raschen Überblick über das Mögliche gewinnt man bei der Lektüre des Abschlussberichtes des EU-Projektes „Information to the public 2“⁷ oder der Ergebnisse des zweiten internationalen Kongresses „Education and Training for Disaster Prevention“, der im September 2006 in Madrid stattfand⁸ (FN 7). Letztlich geht es immer um die Handlungserfordernisse zur Reduzierung der Vulnerabilität – wie es auch die Schutzkommission schon 1996 festgestellt hat.

Quellen

- IMK 2002: Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 06.12.2002 in Bremen: „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“, in: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 171. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 6. Dezember 2002 in Bremen. S. 36-38, Nr. 28; abrufbar unter http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/ministerium/imk/beschluesse/021206_i_mk.pdf (Zugriff am 02.11.06)
- Heinrich Hoffmann: Die gar traurige Geschichte mit dem Feuerzeug, in: Die Klassiker des Bilderbuches, Der Struwwelpeter, Max und Moritz, Erlangen 1999.
- Lorenz, Erik: Neues Konzept des Bundes: Erste-Hilfe-Lehrgänge für Schüler mit Selbsthilfefähigkeiten, in: Rettungsdienst 6/2005 (28. Jahrgang), S. 42-43.
- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen: Richtlinien und Lehrpläne zur Erprobung für die Grundschule in Nordrhein-Westfalen, Deutsch, Sachunterricht, Mathematik, Musik, Kunst, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, 1. Auflage, Frechen 2003
- Petal, M./Isikara, A.M./Sezgin, R.: Disaster Preparedness education strategies for Turkey's schools, in: OECD (Hrsg.): Educational facilities and risk management, Natural disasters, Paris 2004, S. 75-82
- SK 1996: Schutzkommission beim Bundesminister des Innern: Mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall („Gefahrenbericht“, 1996

⁶ CA: http://safecanada.ca/teachers_e.asp; US: www.fema.gov/kids/index.htm, GR: www.civilprotection.gr/games/; TR: www.ahep.org/ev/cocuklar1_0e.htm; IT: <http://club.protezionecivile.it/intro/index.php>. Auch in Dänemark und Norwegen findet man auf Kinder zugeschnittene Aktionen und Angebote (www.brs.dk; <http://elvett.no/servlet/elvett.hovedside>).

⁷ Download unter: www.srv.se/Templates/SRV_FileListing_____18267.aspx

⁸ Ergebnisse unter www.proteccioncivil.org/enpc/ciedu2006/conclu_ciedu2006.htm abrufbar.

**Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe**
Provinzialstraße 93
53127 Bonn

Liebe Leserinnen und Leser,

uns interessiert wie Sie **Bevölkerungsschutz** nutzen und beurteilen. Deshalb möchten wir Sie bitten, sich einige Minuten Zeit für den folgenden Fragebogen zu nehmen. Sie finden ihn auch auch im Internet als Download unter www.bbk.bund.de/leserbefragung

Den ausgefüllten Fragenbogen können Sie anonym als Brief oder Fax bis zum 16.03.2007 zurücksenden.

1. Welche Informationsquellen sind wichtig, wenn Sie sich über das Themenfeld „Bevölkerungsschutz“ informieren?

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Fachgespräche mit Kolleginnen und Kollegen	☐	☐	☐	☐
Übergreifende Fachzeitschriften	☐	☐	☐	☐
Zeitschriften der Verbände und Hilfsorganisationen	☐	☐	☐	☐
Seminare und Schulungen	☐	☐	☐	☐
Online verfügbare Informationen	☐	☐	☐	☐
Fachbücher und Broschüren	☐	☐	☐	☐

2. Wie viele Ausgaben der folgenden Fachzeitschriften lesen Sie im Jahr?

	alle vier	drei	zwei	eine	keine
Bevölkerungsschutz	☐	☐	☐	☐	☐
Notfallvorsorge	☐	☐	☐	☐	☐
Homeland Security	☐	☐	☐	☐	☐

3. Welche dieser Zeitschriften ist für Sie die wichtigste?

Bevölkerungsschutz	☐
Notfallvorsorge	☐
Homeland Security	☐

4. Wie erhalten Sie **Bevölkerungsschutz?**

- ☐ Ich habe ein eigenes Abonnement
 Meine Dienst-/Einsatzstelle hat ein Abonnement und
☐ ich erhalte ein eigenes Heft
☐ ich erhalte das Heft im Umlauf
☐ ich erhalte das Heft auf Nachfrage
☐ die Hefte liegen aus
☐ Ich bin Mitleser bei jemand anderem
☐ Ich nutze die Download-Möglichkeit von der Internetseite des BBK

5. Welche der folgenden Aussagen treffen auf Bevölkerungsschutz zu?

Bevölkerungsschutz ...	trifft voll zu			trifft nicht zu
... informiert über alle wesentlichen Themen des Bevölkerungsschutzes	☐	☐	☐	☐
... berichtet ausgewogen über die verschiedenen Aufgaben des Bevölkerungsschutzes	☐	☐	☐	☐
... enthält stets fachlich kompetente Beiträge	☐	☐	☐	☐
... ist mir zu kopflastig, ich wünsche mir mehr Praxisberichte	☐	☐	☐	☐
... könnte detailreicher und mit mehr Verweisen auf weiterführende Quellen berichten	☐	☐	☐	☐
... trägt zur Kooperation der verschiedenen Hilfsdienste und behördlichen Stellen bei	☐	☐	☐	☐
... berücksichtigt in der Rubrik Forum alle Hilfsverbände gleichermaßen	☐	☐	☐	☐
... ist Pflichtlektüre für die Arbeit in diesem Bereich	☐	☐	☐	☐

6. Wie nutzen Sie Bevölkerungsschutz?

	trifft voll zu			trifft nicht zu
Die Lektüre von Bevölkerungsschutz ist für mich konkrete Weiterbildung	☐	☐	☐	☐
Über Artikel im Bevölkerungsschutz spreche ich mit meinen Kolleginnen/Kollegen	☐	☐	☐	☐
Ich gebe einzelne Artikel aus Bevölkerungsschutz gezielt an andere weiter	☐	☐	☐	☐
Ich hebe ganze Hefte oder einzelne Artikel aus Bevölkerungsschutz auf	☐	☐	☐	☐

7. Bitte beurteilen Sie die Gestaltung mit Schulnoten von 1 (sehr gut) bis 5 (mangelhaft)

grafische Gestaltung	___	Aufbau und die Gliederung	___
Text-Bild-Verhältnis	___	Verständlichkeit der Artikel	___
Fotos	___	Lesbarkeit des Schriftbilds	___
Titelbilder	___		

8. Wie lange lesen Sie – zusammengezählt – in einer Ausgabe von Bevölkerungsschutz?

insgesamt etwa _____ Minuten

9. Wie viele Seiten einer Ausgabe von Bevölkerungsschutz lesen Sie normalerweise?

alle, fast alle Seiten	☐	etwa ein Viertel	☐
etwa drei Viertel	☐	nur ganz wenige Seiten	☐
etwa die Hälfte	☐		

10. Wie viele Personen lesen außer Ihnen in einer Ausgabe von *Bevölkerungsschutz*?

_____ Personen

11. Wie beurteilen Sie den Nutzen dieser Zeitschrift für Ihre Arbeit im Bevölkerungsschutz?

sehr hoch ☐ hoch ☐ mittel ☐ gering ☐ sehr gering ☐

12. Die Rubriken in *Bevölkerungsschutz* interessieren Sie...

	sehr stark	stark	weniger	gar nicht
Krisenmanagement	☐	☐	☐	☐
Katastrophenhilfe	☐	☐	☐	☐
Notfallvorsorge/-planung	☐	☐	☐	☐
Internationales	☐	☐	☐	☐
Kritische Infrastrukturen	☐	☐	☐	☐
Katastrophenmedizin	☐	☐	☐	☐
Zivilschutzforschung	☐	☐	☐	☐
Zivilschutzausbildung	☐	☐	☐	☐
Baulicher Zivilschutz	☐	☐	☐	☐
Kulturgutschutz	☐	☐	☐	☐
Nachrichten	☐	☐	☐	☐
Technik	☐	☐	☐	☐
Einsatzpraxis	☐	☐	☐	☐
Ehrenamt	☐	☐	☐	☐
Forum	☐	☐	☐	☐
Medien (Buchbesprechungen)	☐	☐	☐	☐
Termine	☐	☐	☐	☐

13. Welche Zusatzangebote fänden Sie attraktiv?

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
auf CD/DVD				
Veröffentlichungen des BBK u. a.	☐	☐	☐	☐
im Internet unter www.bbk.bund.de				
aktuelle Termine	☐	☐	☐	☐
Links/Vertiefungen zu Heftbeiträgen	☐	☐	☐	☐
zusätzliche Fotos	☐	☐	☐	☐

14. Welche Inhalte und Angebote vermissen Sie in *Bevölkerungsschutz*? Welche Anregungen und Verbesserungsvorschläge haben Sie?

15. Welche der folgenden Messen besuchen Sie?

Interschutz ☐

Florian ☐

A+A ☐

Rettmobil ☐

sonstige _____

16. In welcher Organisation/Behörde sind Sie für den Bevölkerungsschutz tätig?

ehrenamtlich _____ beruflich _____

17. Welche Aufgaben nehmen Sie im Bevölkerungsschutz hauptsächlich wahr?

politisch-gesamtverantwortlicher Bereich ☐

administrativ-organisatorische Aufgaben (z. B. Verwaltungs- oder Krisenstab) ☐

operativ-taktische Aufgaben in

Führungsstab ☐

TEL / ÖEL ☐

Einsatzkraft im technisch-taktischen Bereich ☐

planerisch-konzeptioneller Bereich auf Bundes- und Landesebene ☐

Verwaltungsaufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz auf Bundes- und Landesebene ☐

sonstiges _____

18. Fragen zur Person

Sie sind weiblich ☐, männlich ☐

und _____ Jahre alt

Ihr zurzeit ausgeübter Beruf:

Leitende(r) Angestellte(r) ☐

bzw. Beamtin oder Beamter ☐

Angestellte(r)/Beamtin, Beamter ☐

selbständig/freiberuflich tätig ☐

Facharbeiter(in)/sonst. Arbeiter(in) ☐

in Ausbildung ☐

Rentner(in)/Pensionär(in) ☐

anderes _____

Ihr höchster Schulabschluss:

Hochschule/Universität ☐

Abitur/Hochschulreife ☐

Mittlere Reife ☐

Hauptschulabschluss ☐

Ihre Postleitzahl lautet: _____

Vielen Dank für Ihre Zeit und Ihre Mithilfe!

Neuordnung der territorialen Führungsstrukturen

Interview mit Generalleutnant Kersten Lahl

Vor fünf Jahren wurde die Streitkräftebasis (SKB) und mit ihr das Streitkräfteunterstützungskommando (SKUKdo) ins Leben gerufen, um die Bundeswehr einsatzfähiger zu gestalten und Ressourcen einzusparen. In den letzten eineinhalb Jahren haben Sie in vier Bundesländern eine Neuordnung bei der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (ZMZ) begonnen. Wie weit sind Ihre Strukturveränderungen vorangeschritten und ab wann greift diese Regelung in allen Bundesländern?

Im Zuge der Neuordnung der Bundeswehr (Bw) von Grund auf wurden seit 2001 zahlreiche Unterstützungsaufgaben, die früher dezentral durch die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine selbst wahrgenommen wurden, in der Streitkräftebasis konzentriert. Ziel dieses Ansatzes ist, zum einen durch die Ausschöpfung von Synergien die Aufgabenerfüllung zu verbessern und zum anderen personelle wie materielle Ressourcen einzusparen. Es geht also um eine Erhöhung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen.

Zu diesen überwiegend im SKUKdo zusammengefassten Aufgaben zählen unter anderem die Logistik, die Führungsunterstützung, das Feldjägerwesen und die Strategische Aufklärung. Aber auch ABC-Abwehr/Schutzaufgaben und Kampfmittelbeseitigung, Operative Information, Elektronische Kampfführung, Nachrichtengewinnung, Geoinformationswesen sowie die Kraftfahrgrundausbildung gehören dazu. Und nicht zuletzt umfasst unser Spektrum die Bereiche, über die wir jetzt hier sprechen – Zivil-Militärische Zusammenarbeit im In- und Ausland sowie die Sicherstellung der Territorialen Aufgaben der Bundeswehr im Inland.

Die Inhalte dieser territorialen Aufgaben der Bw haben sich erheblich gewandelt. Früher standen für die Landesverteidigung in Deutschland die Unter-

stützung der Kampftruppe, die Sicherung des rückwärtigen Raumes und die Verfügbarmachung von zivilen Ressourcen für die militärische Verteidigung im Vordergrund. Heute ist das anders. Heute liegen die territorialen Schwerpunkte bei der Hilfe für die zivilen Behörden bei Naturkatastrophen und beson-



Generalleutnant Kersten Lahl ist Befehlshaber des Streitkräfteunterstützungskommandos (SKUKdo).

ders schweren Unglücksfällen sowie bei der Unterstützung von alliierten und befreundeten Streitkräften in Deutschland (Host Nation Support).

Zur Erfüllung dieser Aufgaben durch die Bundeswehr ist eine Führungsorganisation erforderlich, deren Verantwortungsbereiche territorial organisiert sind und die das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland umfassen. Unterhalb des Bundesministeriums der Verteidigung liegt die entsprechen-

de Verantwortung beim SKUKdo als oberste Nationale Territoriale Kommandobehörde. Als Befehlshaber SKUKdo nehme ich damit die Aufgaben des Nationalen Territorialen Befehlshabers in Deutschland wahr.

Dem SKUKdo sind die vier Wehrbereichskommandos in Kiel, Mainz, Erfurt und München unterstellt, deren Verantwortungsbereiche jeweils mehrere Bundesländer umfassen. Für die Zusammenarbeit mit den Regierungsbezirken und Landkreisen waren bisher neben dem Standortkommando Berlin insgesamt 27 Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) verantwortlich. Deren Struktur und Dislozierung war noch maßgeblich durch die Erfordernisse des Kalten Krieges, also der Landesverteidigung im engeren Sinne geprägt.

Nun vollziehen wir auch hier eine Transformation. Gemeinsam mit den geänderten Inhalten der Aufgaben richten wir auch die territorialen Strukturen konsequent auf die Aufgaben Hilfeleistungen/ Amtshilfe aus und leisten gleichzeitig einen unverzichtbaren Beitrag zur Einsparungen aktiver Ressourcen.

Das bedeutet im Klartext: Für jedes Bundesland stellen wir ein Landeskommando (LKdo) am Sitz der Landesregierung auf. Zusätzlich erhält jeder Regierungsbezirk ein Bezirksverbindungskommando (BVK). Und vor allem: Jeder Landkreis beziehungsweise jede kreisfreie Stadt erhält künftig ein eigenes Kreisverbindungskommando (KVK). Diese sind mit jeweils zehn ortsansässigen Reservisten besetzt und werden durch den so genannten „Beauftragten der Bw für Zivil-militärische Zusammenarbeit (BeaBwZMZ)“ geführt.

Dieses neue und flächendeckende Territoriale Netzwerk der Bundeswehr soll bis Mitte 2007 realisiert werden. Nur in der Bundeshauptstadt bleibt das Standortkommando Berlin in seiner jetzigen Form erhalten.

Mit Ihrer Neuordnung haben Sie die ZMZ-Inland den föderalen Strukturen Deutschlands angepasst. Zukünftig gibt es flächendeckend jeweils einen Ansprechpartner in den Bundesländern. Zeigen sich erste Erfolge bei dieser Änderung? Wobei versprechen Sie sich eine effektivere Zusammenarbeit?

Ein wesentliches Ziel der Neuordnung der territorialen Führungsstrukturen besteht darin, sich

strikt an die föderalen Strukturen anzulehnen. Das ist vor allem deshalb erforderlich, weil die Verantwortung für die Planung und Sicherstellung der Katastrophenabwehr ausschließlich auf der zivilen Seite liegt, also bei den Landkreisen, Regierungsbezirken und Ländern. Die Ebenen der unteren und auch mittleren Katastrophenschutzbehörden, die in den meisten Fällen die Hauptlast der operativen Führung bei Katastrophensituationen tragen, stehen dabei im Mittelpunkt unserer Neuorientierung. Deshalb richten wir die erwähnten Verbindungskommandos aus Reservisten bei den Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten ein. In der Summe sind dies z.Zt. 31 BVK und 426 KVK, die durch die jeweiligen Landeskommandos aktiv geführt und unterstützt werden.

Dieses Modell wurde seit Oktober 2004 Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern intensiv untersucht und erprobt. Auch im Zuge von zwei großen zivil-militärischen Katastrophenschutzübungen, FLORIAN 04 in Rheinland-Pfalz und ARCHE 05 in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, haben wir gezielt Erfahrungen gewonnen. Sie sind in das neue Konzept eingeflossen. Der erste „scharfe“ Einsatz erfolgte im Zuge der Unterstützung bei der Bewältigung der Vogelgrippe auf der Insel Rügen im Frühjahr 2006. Sowohl bei den Übungen als auch in Hilfeinsätzen konnte die Richtigkeit des neuen Ansatzes bestätigt werden.

Noch einmal zu der Unterstützung der aus Reservisten bestehenden Verbindungskommandos. Wir beabsichtigen, ihnen insgesamt 32 Regionale Planungs- und Unterstützungstrupps zur Seite zu stellen, die wir in der Fläche dislozieren. Dies ist nicht zuletzt für die kritischen Anfangsphasen einer Katastrophenlage vor Ort zwingend erforderlich.

Die Landkreise und Regierungsbezirke verfügen also künftig mit dem Beauftragten der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit über einen festen militärischen Ansprechpartner. Dies sowohl im Grundbetrieb, also im Alltag, als auch im Katastrophenfall. Es handelt sich in der Regel um einen erfahrenen Stabsoffizier, der möglichst ortsansässig sein soll. Kriterium ist aber vor allem auch seine Eignung als Kommandeur. Wir legen also einen möglichst harten Maßstab an bei der konkreten Auswahlentscheidung und halten dies vor dem Hintergrund der Bedeutung und der Attraktivität dieser Aufgabe auch für geboten.

Die Bundeswehr ist nach Artikel 35 Grundgesetz verpflichtet, ihren Beitrag im Rahmen der Abwehr und der Bewältigung von Großschadensereignissen sowie Katastrophenbewältigung in Deutschland subsidiär zu leisten. Auch wenn es während der WM keine Großschadenslagen oder Katastrophen gab, welche Bilanz ziehen Sie für die Zusammenarbeit mit den Ländern während dieser Zeit? Welche Erfahrungen der WM und anderer Hilfseinsätze fließen mit in die Neuordnung der ZMZ ein?

Die Bundeswehr unterstützt in der Regel auf der Basis des Artikels 35 (1) Grundgesetz die zivilen Behörden auf Anforderung bei der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Diese Unterstützung fand in den letzten Jahren immer wieder in beträchtlichem Umfang statt. Wir erinnern uns an das Elbe- und Oderhochwasser im Jahr 2002 quasi als „Feuertaufe“ für das neu aufgestellte SKUKdo. Über 40.000 Soldatinnen und Soldaten kamen damals unter unserer Führung zum Einsatz. Auch 2006 hatte die Bw noch kurz vor der Fußballweltmeisterschaft einen Katastropheneinsatz an der Elbe mit circa 5.200 Soldaten, die sehr kurzfristig in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen eingesetzt wurden.

Die Unterstützung der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland war dagegen ein nationales Großereignis, das eine lange im Voraus planbare Vorsorge möglich machte. Zunächst wurden die verantwortlichen Kommunen und Bundesländer hinsichtlich ihres Unterstützungsbedarfs befragt. Insgesamt gingen circa 140 zivile Amtshilfeersuchen ein. Der Schwerpunkt lag hierbei in den Bereichen Sanitätsunterstützung und ABC-Abwehr. Zur Erfüllung dieser Unterstützungsforderungen war ein Personalansatz von circa 2.000 Soldaten erforderlich.

Um jedoch bei möglichen Schadensereignissen auch kurzfristig auf Anforderung weitere Unterstützung bereitstellen zu können, wurden zusätzlich ca. 5.000 Soldaten präventiv in Bereitschaft genommen. Dies betraf zunächst die Möglichkeiten zum Verwundetentransport unter anderem mit Großraumrettungshubschraubern. Weitere Hubschrauber zum schnellen Transport von Material und Einsatzkräften standen ebenfalls bereit. Weiterhin waren ABC-Spezialisten mit entsprechendem Großgeräte wie dem Spürpanzer Fuchs zum Spüren und Dekontaminieren, Sprengstoffspezialisten, Feldjäger mit Sprengstoffspürhunden, Pionierkräfte zur Unterstützung bei der Trüm-

merbeseitigung sowie „helfende Hände“ zur allgemeinen Unterstützung kurzfristig einsetzbar. An jedem Spielort und Spieltag hatten wir damit – weitgehend unsichtbar für die Öffentlichkeit – ein beachtliches Kräftepaket unter Führung unserer territorialen Kommandos in unmittelbarer Bereitschaft.

Die Erfahrungen bei der FIFA WM 2006 haben einerseits das Zusammenwirken innerhalb der Bundeswehr sehr positiv befördert und andererseits der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen einen deutlichen Entwicklungsschub verliehen. Dies war aus meiner Sicht – neben der grandiosen und zum Glück sicheren WM – ein besonderes positives Ergebnis auch mit Blick auf die Zukunft. Denn die nächste Herausforderung zum Schutz unserer Bürger kommt bestimmt.



Soldaten sichern ein Altenpflegeheim bei Ludwigslust mit Sandsäcken.
(Fotos: Pressestelle Wehrbereichskommando I, Kiel)

Mit durchschnittlich 20 Wochenstunden für die Aufgabenwahrnehmung eines BeaBwZMZ zeigt sich die hohe Bedeutung, die Sie dem Bereich widmen. Im Katastrophenfall beraten Ihre Kräfte die zivilen Entscheidungsträger hinsichtlich der Unterstützungsmöglichkeit der Bundeswehr und der Anforderung von Kräften. Können Sie bitte einige Beispiele für die beratende Funktion aufzählen?

Hinsichtlich der zeitlichen Inanspruchnahme der BeaBwZMZ im Grundbetrieb haben wir noch keine Erfahrungswerte. Dies wird sicherlich von den regelmäßigen Aktivitäten der Katastrophenschutzbehörden in den einzelnen Landkreisen abhängig sein

und letztlich auch davon, in welchem Maße die Kommunen regelmäßig von Gefahrenlagen, wie Hochwasser oder Waldbrände betroffen sind.

Im Grundbetrieb sollen die BeaBwZMZ die verantwortlichen zivilen Einsatzplaner darüber beraten, welche grundsätzlichen Fähigkeiten die Bw in einer Gefahrenlage einbringen kann. Dabei kann es nicht darum gehen, bestimmte Verbände aus den Standortbereichen von vorneherein fest in den zivilen Katastrophenschutzplan einzuplanen, denn die Verfügbarkeit dieser Verbände für eine konkret eintretende Katastrophenlage steht nicht allgemein fest. Der betreffende Truppenteil könnte ja gerade dann, wenn man seine Hilfe braucht, in Auslandseinsätzen gebunden sein. Deshalb sind die territorialen Kommandobehörden ab der Ebene Wehrbereichskommando in der Lage und befugt, in einer Gefahrensituation aus dem Gesamtpool der Bundeswehr die konkret benötigten Kräfte bereitzustellen und dem betroffenen Landkreis zuzuführen.

Im Bedarfsfall bildet der BeaBwZMZ mit den Reservisten aus seinem BVK oder KVK eine schichtfähige „Unterstützungszelle Bundeswehr“ im Katastrophenschutzstab des Landkreises oder des Regierungsbezirkes. Der BeaBwZMZ berät den zivilen Einsatzleiter über die Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung, über die Zuständigkeiten und Verfahren und trägt so dazu bei, dass die Anforderungen an die Bw zielgerichtet und auch ausreichend präzise gestellt werden. Hierzu erhält er eine moderne IT- und Kommunikationsausrüstung sowie eine Anbindung an ein Internetbasiertes Führungs- und Informationssystem der Territorialen Kommandobehörden.

Der BeaBwZMZ ist nicht befugt, der zivilen Seite bestimmte Kräfte der Bw zuzusagen, sondern er leitet die Anforderung an das zuständige Landeskommmando weiter. Die notwendigen Kräfte werden dann durch das WBK in Abstimmung mit den Truppenteilen von Heer, Luftwaffe, Marine und Sanitätsdienst zusammengestellt. Das SKUKdo wiederum hat sich die Planung von Engpassressourcen, zum Beispiel Hubschraubern oder ABC-Abwehr-Spezialisten ebenso vorbehalten wie die Fähigkeit zur länderübergreifenden Schwerpunktbildung mittels Reservisten oder Kräfteverschiebungen.

Wichtig ist mir jedoch ein allgemeiner Hinweis: Beim Engagement der Bundeswehr ist stets das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Das bedeutet, dass eine militärische Hilfe erst dann in Betracht kommt,

wenn die zivilen Kräfte nach Art und Umfang nicht mehr ausreichen. Darauf muss der BeaBwZMZ bereits in seiner Beratungsfunktion rechtzeitig aufmerksam machen.

An der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe werden Bundeswehrangehörige gemeinsam mit Polizeibeamten und Führungskräften aus Feuerwehren, Hilfsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk und aus Verwaltungen der Landes-, Bezirks- und Kreisebene ausgebildet. Wie effektiv ist diese gemeinsame Ausbildung für die ZMZ?

Nach unserer Definition dient die Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Regelung und Koordinierung der Beziehungen zwischen Dienststellen der Bundeswehr und zivilen Stellen und Organisationen. Dies gilt gleichermaßen für das Inland wie auch das Ausland. Um im Bedarfsfall eine reibungslose und möglichst effektive Unterstützung der zivilen Stellen durch die Bundeswehr sicherzustellen, ist es unerlässlich, über Möglichkeiten und Verfahren, vor allem aber auch die Grenzen der beteiligten Stellen informiert zu sein. Aus diesem Grunde wurde im Oktober 2002 diese von Ihnen erwähnte gemeinsame Ausbildung an der AKNZ vereinbart.

Von beiden Seiten wird diese Ausbildung als sehr effektiv beurteilt, da bei den Seminaren nicht nur Informationen über die beteiligten Stellen vermittelt werden, sondern im Rahmen von Übungen auch die Zusammenarbeit in der Praxis geübt wird. Der dabei praktizierte Erfahrungsaustausch zwischen ziviler und militärischer Seite hat zudem eine positive Auswirkung auf das gegenseitige Verständnis.

Gerade unter dem Aspekt, dass ab 2007 die Zivil-Militärische Zusammenarbeit mit der Schaffung von 457 BVK und KVK neu strukturiert wird, kommt dieser gemeinsamen Ausbildung für die Zukunft eine erhöhte Bedeutung zu. Mit der Verdoppelung der Seminare für ZMZ im Inland wurde diesem Umstand bereits Rechnung getragen. Insgesamt circa 800 Lehrgangsplätze stehen für die gemeinsame Ausbildung an der AKNZ ab dem Jahr 2007 zur Verfügung. Ich verspreche mir sehr viel davon für unsere gemeinsame Aufgabe der Zukunftsbewältigung.

Das Interview führte Claire Hughes

Sturmtief über Europa

Orkan „Kyrill“ richtet erhebliche Schäden an

Von Rainer Schramm

Kyrill, dessen Name „der rechte Gebieter“ bedeutet, wird von den Slawen als Heiliger und als Apostel verehrt. Als Sturmtief hat sich Kyrill im Januar 2007 zwar nicht besonders heilig gezeigt, dafür aber seinem Namen alle Ehre gemacht. Innerhalb eines Tages und einer Nacht hat der stärkste Orkan, der seit 20 Jahren über Deutschland hinweggefegt ist, ganze Waldgebiete umgelegt, unzählige Dächer abgedeckt, für Stromausfall gesorgt und das erste Mal in der deutschen Eisenbahngeschichte den Zugverkehr völlig zum Stillstand gebracht.

Wie die Financial Times Deutschland berichtete, belastet Kyrill europaweit die Rückversicherer mit bis zu acht Milliarden Euro. Der Sturm „Lothar“, bis dato Spitzenreiter in den Statistiken, richtete 1999 einen Schaden von etwa sieben Milliarden Euro an.

Durch die sehr präzisen und langfristigen Vorwarnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) konnten sich sowohl die Bevölkerung als auch die für die Katastrophenabwehr in Deutschland zuständigen Stellen auf das Ereignis frühzeitig einstellen. Mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 190 km/h zog das Sturmtief dann am 18. und 19. Januar 2007 von Nordwesten nach Südosten über Deutschland hinweg (Abb. 2).

Wenn man den Prognosen der Klimaforscher folgt, dann werden extreme Winterstürme in Zukunft häufiger auftreten. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat die Problematik „Klimawandel und seine Auswirkungen“ für

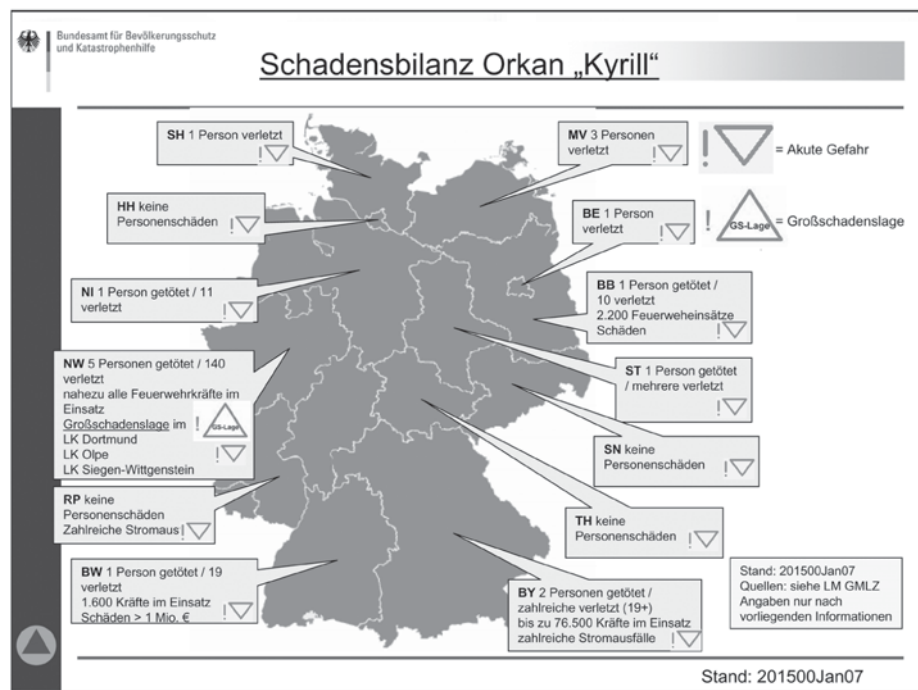


Abb. 1: Deutschland war flächendeckend betroffen.

den Bevölkerungsschutz erkannt und bereits seit längerem fest in seine Planungen einbezogen.

Heftigere Stürme und in deren Folge Stromausfälle, Störungen der Verkehrsinfrastruktur, eine eingeschränkte Versorgung der Bürger unseres Landes mit lebenswichtigen Gütern sind eine Herausforderung an den Bevölkerungsschutz.

Die Fachleute im Zentrum Schutz Kritischer Infrastrukturen des BBK stehen daher auch in engem

Kontakt mit dem Umweltbundesamt und anderen Einrichtungen, die auf diesem Sektor arbeiten und forschen. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerung und Kritische Infrastrukturen werden für die Arbeit des BBK von großer Bedeutung sein. Die Notwendigkeit, sich mit dem Thema zu befassen, hat Kyrill mit seinen erheblichen Schäden und Folgeschäden deutlich unterstrichen.

Ein wichtiger Helfer in der Gefahrenabwehr

Das BBK hatte bereits mehrere Tage vor dem angekündigten Sturmtief mit Mitarbeitern des Amtes einen Krisenstab eingerichtet, durch den die Fachkompetenz des BBK den Partnern in den Ländern sowie allen Kräften der Katastrophenabwehr zur Verfügung gestellt werden konnte, und das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) in besondere Bereitschaft versetzt.

Über Presse und Medien wurde die Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen vor, während und nach dem Sturm informiert. Das GMLZ war rund um die Uhr besetzt und sammelte Informationen aus den Ländern um diese dann auszuwerten; mehr als 200 eingegangene Meldungen wurden bearbeitet und in sechs Lagemeldungen an über 150 Adressaten, u.a. die Lagezentren des Bundesinnenministeriums und der Länderinnenministerien, verteilt.

Darüber hinaus kam das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS II^{plus}) zum Einsatz. Hierbei handelt es sich um ein geographisches Informationssystem zur Unterstützung des Krisenmanagements bei großflächigen Gefahrenlagen, an das alle Lagezentren der Bundesressorts und der Länderinnenministerien angeschlossen sind. Das Informationssystem deNIS II^{plus} verfügt über Werkzeuge, die eine überregionale Lageerfassung und Lagedarstellung sowie die Dokumentation des Einsatzverlaufes wesentlich verbessern.

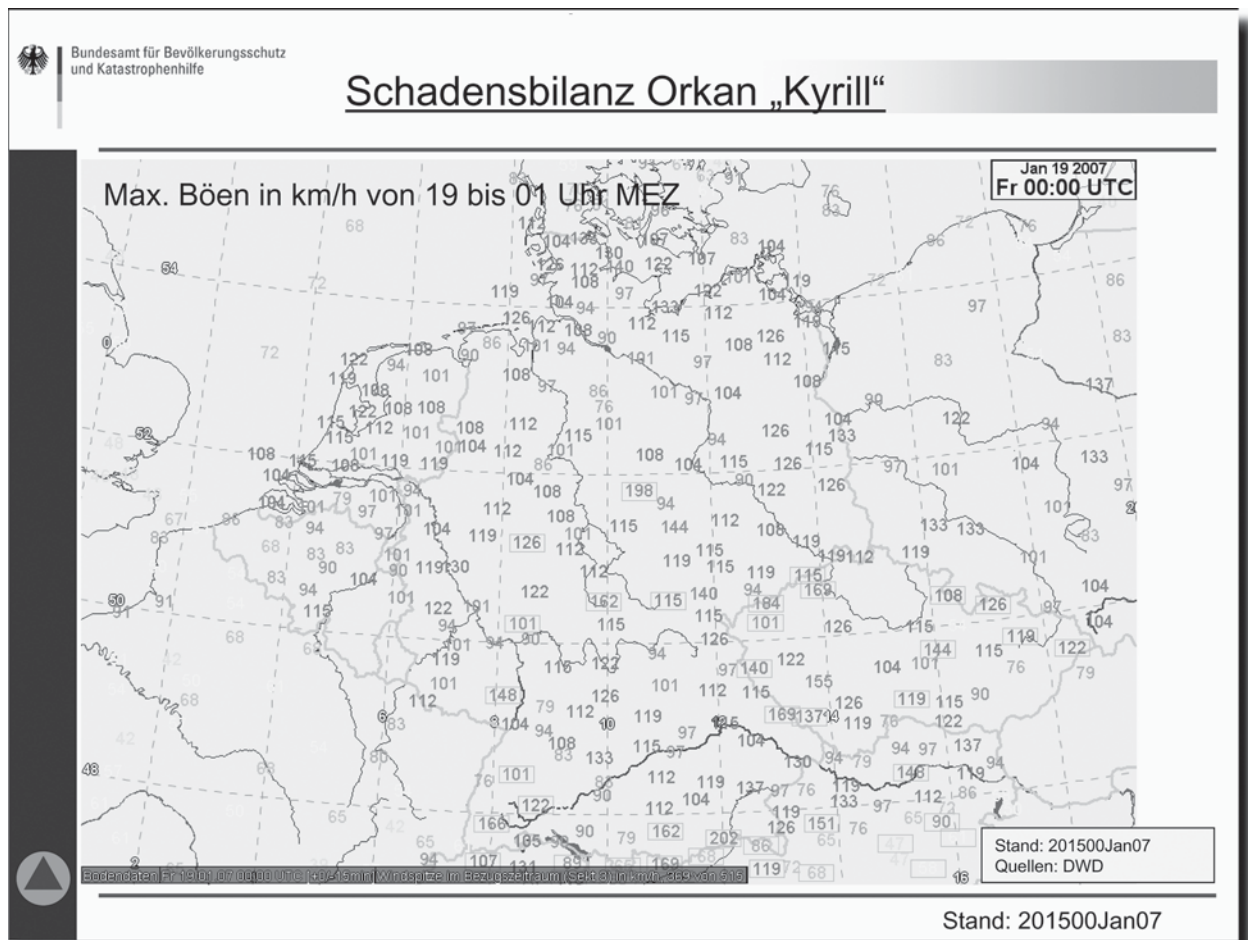


Abb. 2

Am 18.01.2007 wurde um 16:45 Uhr eine „Lage“ in deNIS IIP^{plus} eröffnet. Damit erfolgte u.a. die Aktivierung des systeminternen Lagemanagements. Während des Ereignisses wurden die Nutzer über wichtige Entwicklungen, wie die Einstellung des Bahnverkehrs oder die Auslösung des KatS-Alarmes in einigen Kommunen über das in deNIS IIP^{plus} vorhandene Meldemanagement aktuell unterrichtet. Zusätzlich wurden im System Lagekarten mit Darstellungen über Einsatz- und Gefahrenschwerpunkte eingestellt.

Mit dem Abschluss der „Lage“ wurden alle wichtigen Informationen im Lagearchiv dokumentiert.

Die interessierte Öffentlichkeit konnte sich über das offene Internetportal www.denis.bund.de informieren. Schon im Vorfeld des Orkans wurde in Übereinstimmung mit den Warnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) die Bevölkerung über die Rubrik „Aktuelle Meldungen“ über Selbstschutzmaßnahmen informiert, um auf den Sturm und mögliche Begleiterscheinungen wie starken Windwurf und Windbruch von Bäumen, Blockade von Verkehrswegen, Extremniederschläge, Überflutungen oder auch Stromausfälle adäquat reagieren zu können.

Über die auf der deNIS-Startseite integrierte DWD-Seite über die „Wetter- und Warnsituation“ bestand für jeden Besucher die Möglichkeit, sich über die aktuelle Warnsituation zu informieren.

Überdurchschnittlich viele Menschen haben die Internetinformationen des BBK zu Verhaltensmaßnahmen im Zusammenhang mit Kyrill genutzt. Im Durchschnitt rufen täglich 1.600 Bürgerinnen und Bürger die Internetseiten des BBK auf. Vom 17. bis 19. Januar erhöhte sich die durchschnittliche Besucherzahl auf 2.718.

Ein sehr großes Bürgerinteresse verzeichneten die Mitarbeiter des BBK, die auf der „Internationa-

len Grünen Woche 2007“ in Berlin einen Messestand des Amtes betreuten. Da sich der Messeauftritt mit den Themen Selbstschutz, Lebensmittelbevorratung, Notwasserversorgung und Kritische Infrastrukturen befasste, konnte bei den Standbesuchern das Informationsbedürfnis nach dem Sturm voll befriedigt werden. Die Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“

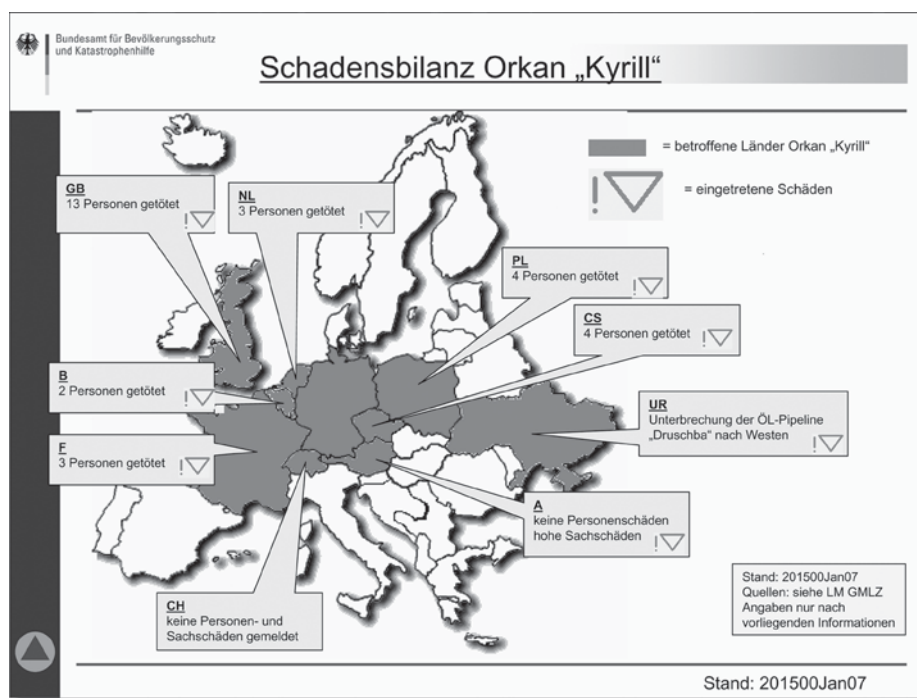


Abb. 3: Schadensausmaß in den betroffenen europäischen Ländern.

und ein Flyer über Unwettergefahren erwiesen sich als aktuellste Messeinformationen.

Zuverlässige Garanten der Hilfeleistung

Rund 107.000 Helfer des Katastrophenschutzes waren während des Sturmes im Dauereinsatz. 100.000 Angehörige der Feuerwehren und 5.500 THW-Helfer bildeten das Rückgrat dieser Hilfsbereitschaft. Nach dem Sturm waren immer noch mehrere Tausend Helfer mit Aufräum- und Absicherungsarbeiten beschäftigt.

Mindestens zehn Menschen kamen in Deutschland durch den Sturm ums Leben, unter Ihnen zwei Feuerwehrmänner in Ausübung Ihres Dienstes.

Arbeiter-Samariter-Bund

Ermutigung für eine bessere Zukunft

ASB engagiert sich in Uganda für Jugendliche und rückkehrende Flüchtlinge



Arbeiter-Samariter-Bund

Krieg, Zerstörung und Vertreibung – etwas anderes kennen die Kinder und Jugendlichen im Norden Ugandas nicht. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Rebellenorganisation „Lord's Resistance Army“ prägen seit 20 Jahren das Leben der Zivilbevölkerung. Mehr als 1,8 Millionen Menschen wurden aus ihren Heimatorten vertrieben, viele von ihnen lebten jahrelang in Camps, in denen es oft am Nötigsten fehlte.



Endlich mal wieder was gelernt: Maisha und ihre Freunde nach dem Englischunterricht beim ASB.

Politische Erfolge und der engagierte Einsatz humanitärer Hilfe haben unter anderem seit Mitte 2005 zu einer deutlichen Verringerung der Rebellenaktivitäten und zu einer Verbesserung der Sicherheitslage und somit auch der Lebenssituation vieler

Menschen geführt. Als Folge kehren die ersten ehemaligen Flüchtlinge in die Distrikte zurück, die heute als relativ sicher gelten. Dies gilt auch für die Distrikte Lira und Pader, in denen der Arbeiter-Samariter-Bund arbeitet.

Kaum Normalität

Die Not der Menschen ist auch weiterhin groß. Vor allem Kinder und Jugendliche leiden unter der Situation. Sie sind in den vergangenen 20 Jahren mit dem täglichen Kampf ums Überleben aufgewachsen und sie haben niemals so etwas wie einen normalen Alltag erlebt. „Die wenigsten Familien sind noch intakt und die meisten Jugendlichen haben kaum etwas gelernt“, beschreibt Ralf Thill, ASB-Projektleiter in Uganda, die Situation im Norden des Distriktes Lira. Nur wenige Schulgebäude stehen nach den Rebellenangriffen noch und die übrig gebliebenen Lernzentren sind völlig überfüllt. Zudem verlassen die meisten Jungen und Mädchen die Schule früh, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Viele junge Frauen prostituieren sich, weil sie keine anderen Möglichkeiten sehen, zu überleben. Auch die hohe Aidsrate im Norden Ugandas wirft ein düsteres Licht auf die Zukunft der Jugendlichen.

Bildung und Aufklärung

„Wenn in Uganda jemals die Folgen des Krieges überwunden werden sollen, müssen wir bei den jungen Menschen beginnen“, so Ralf Thill. „Sie brauchen

Aufklärung über Aids, sie brauchen das Wissen, wie sie sich eine Existenz aufbauen können, und sie brauchen Ermutigung, um positive Lebensentscheidungen zu treffen.“ Bildung und Aufklärung für die Jugendlichen ist deshalb ein Schwerpunkt der ASB-

Arbeit in Uganda. Gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation „Youth Social Worker Association“ (YSA) hat der ASB im Distrikt Lira ein Jugendzentrum gebaut, in dem Jugendliche berufsbezogene Trainingsprogramme besuchen und Englisch lernen können. Außerdem gibt es Praxiskurse, in denen sie z. B. etwas über Bienenzucht, den Bau energiesparender Öfen oder die Nutzung von Regenwasser zur Energiegewinnung zu erfahren.

Neuanfang für junge Menschen

Die neunjährige Maisha ist ganz stolz auf ihre ersten englischen Sätze, die sie sprechen und schreiben kann. Seit einigen Wochen besucht sie mit ihren zwei älteren Geschwistern vom ASB organisierte Englischkurse. Sie musste mit ihrer Familie während der Bürgerkriegswirren das Heimatdorf verlassen und konnte dadurch nicht mehr regelmäßig am Schulunterricht teilnehmen. Heute kann sie nur mit großer Mühe schreiben und ein wenig rechnen. Nun lernt sie mit vielen anderen Kindern und Jugendlichen, die das Gleiche erlebt haben und freut sich über die wöchentlichen Erfolge. Nach dem Unterricht nimmt Maisha außerdem an einem Kurs teil, in dem kleine Theaterstücke eingeübt werden. So kann sie die schlimmen Ereignisse während der Flucht verarbeiten.

Zusätzlich fährt das „Jugendmobil“ des ASB und der YSA in die Camps. Dort klären die Sozialarbeiter mit Informationsmaterial darüber auf, wie man die Ansteckung mit HIV vermeiden kann. Auch über andere Themen wird informiert. Dabei entscheiden die Jungen und Mädchen selbst, worüber sie gern sprechen möchten. Besonders gut besucht sind Filmvorführungen zu Themen wie frühzeitige Schwangerschaft, Schulbesuch oder Aids.

Hilfe für Rückkehrer

Während die Sicherheitslage im Norden des Distriktes Lira noch unsicher ist und die dort lebenden Menschen immer wieder von Kämpfen bedroht werden, ist der Süden Liras mittlerweile so befriedet, dass die ersten 300.000 Menschen wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt sind. Dort stehen sie jedoch zunächst einmal vor dem Nichts: ohne Unterkunft,

Lebensmittel oder Geräte, um ihre Felder zu bestellen. Der ASB hilft diesen Rückkehrern dabei, sich wieder einzurichten: Sie erhalten Saatgut und landwirtschaftliches Gerät, Decken, Essgeschirr, Moskitonetze, Wasserkannen und Seife. Außerdem stellt der ASB Material zum Bau von Waschgelegenheiten und Latrinen zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse bereit. Diese Aktivitäten werden begleitet durch Aufklärungs- und Trainingsmaßnahmen für alle Bewohner der jeweiligen Dorfgemeinschaften. Hier lernen die Menschen die Bedeutung von Hygiene zur



Die Bedeutung von Hygiene zur Verhinderung und Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen ist nicht zu unterschätzen.
(Fotos: ASB/K.Klemm)

Verhinderung und Ausbreitung von Krankheiten kennen, ein Wissen, das ihnen in den sehr beengten und verschmutzten Camps, in denen sie die letzten Jahre verbracht haben, nicht vermittelt wurde und das ihnen dort gefehlt hat.

Neben der direkten Hilfe für die rückkehrenden Flüchtlinge unterstützt der ASB auch die Wiederaufbau von so genannten „Gemeindestraßen“. Diese Straßen verbinden nicht nur die einzelnen Dörfer miteinander, sondern ermöglichen den Schulkindern auch einen sicheren Weg zur Schule. Außerdem binden sie wichtige Gesundheitsstationen wieder an das Straßennetz an. Bisher wurden 74 Kilometer Gemeindestraßen durch die Zusammenarbeit

von lokaler Bevölkerung, rückkehrenden Flüchtlingen und ASB wieder nutzbar gemacht. Als Lohn für ihre Arbeit erhalten alle am Straßenbau beteiligten Menschen Nahrungsmittel für sich und ihre Familien. Weitere Straßen werden folgen, damit noch mehr Dörfer erreicht werden können.

Wenn es den Rückkehrern gelingt, wieder heimisch zu werden, dann gibt es nach den langen Jahren kriegsrischer Auseinandersetzungen erstmals wieder einen Hoffnungsschimmer. Und vielleicht wächst hier eine neue Generation heran, die Krieg, Zerstörung und Vertreibung nur noch aus Erzählungen kennt.

E. Wallmeier, D. Mennicken

Bundesanstalt
Technisches Hilfswerk

Johanniter-Unfall-Hilfe

AMC auf Zypern

Erkundung im Auftrag der Europäischen Kommission

Katastrophen halten sich nicht an Regeln. Wer helfen will, muss aber wissen, was wann, wo, wie und in welcher Reihenfolge zu tun ist. Am Anfang jedes humanitären Hilfseinsatzes steht daher eine Erkundung – die Bewertung des Geschehenen aus der Vogelperspektive. Ein kleines Team von bis zu fünf Personen findet vor Ort heraus, was am nötigsten ist, was warten kann und berät die Behörden bei der Prioritätensetzung.

Die Mitglieder der Erkundungsteams, die künftig im Auftrag der Europäischen Union in ein Katastrophengebiet aufbrechen werden, kennen sich in der Regel noch nicht sehr lange oder begegnen

sich zurzeit zum ersten Mal. Letzteres zum Beispiel auf den Erkundungslehrgängen innerhalb des noch jungen EU-Gemeinschaftsverfahrens – auch EU-Mechanismus genannt, das auf einen EU-Ratsbeschluss aus dem Jahr 2001 zurückgeht.

Wer einen der seit 2003 stattfindenden EU-Lehrgänge besucht, begegnet fast zwangsläufig dem in Slowenien lebenden Österreicher Wolfgang Krajic. Er ist einer der international wohl anerkanntesten Experten im Bereich humanitäre Soforthilfe und in der Regel mit dabei, wenn die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und ihre Partner, wie die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), im Auftrag der Europäischen Kommission einen Lehrgang durchführen. „Erkunden ist ein urmenschlicher Akt, den wir jeden Tag vollführen. In einer Beziehung zum Beispiel erkunden wir das Empfinden und die Laune des Partners, um entsprechend reagieren zu können und so vielleicht Konflikte zu vermeiden“, erklärt Krajic den Teilnehmern des AMC-Lehrgangs, der im Ausbildungszyklus 2006/2007 auf Zypern stattfindet – AMC steht für Assessment (Erkundung) Mission Course.



Drei Partner, eine Insel

Mit dem AMC auf Zypern hat die Europäische Kommission gleich drei Partner in ein Boot geholt. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, die Johanniter-Unfall-Hilfe und die griechische Republik Zypern.

Der Inselstaat ist aus mehreren Gründen intensiv darum bemüht, sich in den EU-Mechanismus einzubringen. Einerseits will Zypern als eines der jüngsten Mitgliedsländer seinen Beitrag leisten, andererseits gehört die Mittelmeerinsel zu den seismisch aktiveren Regionen Europas. „Auf der Insel ereignen sich regelmäßig Erdbeben. Wir müssen optimal vorbereitet sein, wenn sich wirklich eine Katastrophe ereignet“, sagt Christos Kyriakides, Präsident des zypriotischen Zivilschutzes (CCD). Er nutzt die Lehrgänge, deren praktischer Teil eine Erkundung des griechischen Teils der Insel umfasst, um seine Katastrophenstäbe zu schulen. „Jede Polizeistation, jede Feuerwehr und die Zivilschutzseinheiten wissen, dass der AMC stattfindet“, berichtet der CCD-Präsident,



der selbst alle EU-Mechanismus-Lehrgänge besucht hat. Laut Auskunft des Präsidenten sind in Nikosia, Larnaka und Limassol 80 Mitarbeiter in das Szenario eingebunden

„In jüngster Zeit konnte Zypern bereits vom AMC profitieren“, sagt Kyriakides und verweist auf die Rolle Zyperns während der Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Libanon. Der Ansturm der Flüchtlinge sei zwar keine Katastrophe im herkömmlichen Sinne. „Aber wir standen vor einer logistischen Herausforderung, die wir auch mit Hilfe der Europäischen Union meistern konnten.“ Auch das THW hatte im Sommer neben einem Einsatzteam zur Unterstützung der deutschen Botschaft für einige Zeit einen Logistikexperten im Rahmen des EU-Mechanismus auf Zypern im Einsatz.

„Im Prinzip trifft die praktische Übung des Erkundungsteams mit einer Stabsrahmenübung des zypriotischen Zivilschutzes zusammen“, erklärt Claus Höllein, AMC-Kursdirektor und Leiter der Auslandsausbildung im THW.

Darüber hinaus sei die Insel als Standort ideal, um alle Bereiche einer Erkundung abzudecken. „Häfen, Flughäfen und Industrieanlagen liegen auf vergleichsweise engem Raum beieinander. Hinzu kommt die topographische Vielfalt, die ein flexibles und umsichtiges Vorgehen der Teams erfordert“, beschreibt Höllein die Vorzüge. Mit der Teilung der Insel sei zudem ein politisches Spannungsfeld vorhanden, das der Realität bei Auslandseinsätzen entspreche. Ein Grund dafür, warum eine der Übungsaufgaben lautet, den UN-Stützpunkt in der so genannten Buffer-Zone – dem Niemandsland zwischen der griechischen Republik Zypern und dem türkisch besetzten Teil der Insel – zu besuchen.

„Wir sehen deutlich, dass die Experten aus allen Ländern Europas in multinationalen Teams sehr

gut zusammen arbeiten können. Das ist eine wichtige Vorbereitung für den Ernstfall“, sagt Harm Bastian Harms, Leiter des Auslandseinsatzzentrums Nord der Johanniter-Unfall-Hilfe und Codirektor des Kurses. Im Rahmen der „Strategischen Allianz“, die THW und JUH seit 2005 unterhalten, ist der AMC das erste gemeinsame Projekt im Bereich Auslandsausbildung.

Technik im Test

Wichtig für die Arbeit dieser multinationalen europäischen Teams ist eine standardisierte Ausstattung. So wurden für den AMC drei so genannte Er-



Die Standardisierung der Ausstattung erleichtert die Arbeit der multinationalen Teams erheblich.

kundungssets entwickelt. Die Sets, jedes bestehend aus drei Koffern und einem Rucksack, haben prototypischen Charakter. „Mit dem Feedback der Kursteilnehmer wird die Ausrüstung überarbeitet und am Ende des Ausbildungszyklus haben wir dann drei Sets, die der EU sowohl zu Ausbildungszwecken als auch für den Ernstfall zur Verfügung stehen“, erklärt Harms, der die Ausstattung bei einem Erkundungseinsatz in Äthiopien bereits einem ersten Hätetest unterzogen hat. „Die Ausstattung hat sich bewährt, jetzt befinden wir uns sozusagen in der Phase der Feinabstimmung mit dem Endnutzer.“ Die Kursteil-

nehmer bewerten zum Beispiel die Qualität der IT-Ausstattung mit Laptop, Satellitentelefon und Drucker, des GPS-Gerätes und der Digitalkamera. „Was zum Beispiel noch fehlt ist ein Scanner“, stellt Harms, beim AMC zuständig für die Technik, fest. Der könnte u. a. dafür genutzt werden, wichtige Dokumente, wie Verträge oder Karten, einzuscannen und zu versenden.



Der zypriotische Zivilschutz nutzte die praktische Übung des Erkundungsteams für eine gleichzeitige Stabsrahmenübung. (Fotos: THW)

Empfänger dieser eingescannten Daten wäre dann das Monitoring and Information Center (MIC) in Brüssel. „Im MIC laufen alle Informationen einer Erkundungsmission aber auch eines EU-Einsatzes zusammen“, erklärt Claus Höllein. Das MIC ist das Schlüsselement des EU-Mechanismus: Hilfeersuchen laufen hier ein und werden an die Partnerländer in Form von Abfragen weitergegeben. „Der besondere Charme des Mechanismus ist, dass ein Land nicht mehr aus zig verschiedenen Angeboten auswählen muss, sondern ein europäisches Gesamtgebot erhält, das bereits um Mehrfachnennungen bereinigt und auf das Empfängerland abgestimmt ist.“

Dass eine hochmoderne IT-Ausstattung im humanitären Hilfeinsatz des 21. Jahrhunderts eine wichtige Rolle spielt, unterstreicht auch die Tatsache, dass praxisorientierte Lehrgänge wie der AMC zum Austesten neuer Technik genutzt werden. So war der zweite AMC, der im November 2006 stattfand, der Testlauf für eine Erkundungs-Software, die künftig bei

Erkundungen im Rahmen des EU-Mechanismus zum Einsatz kommen könnte.

Wie so oft im Bereich der Hochtechnologie wurde die Software vom Militär – in diesem Fall dem niederländischen – entwickelt und jetzt für nichtmilitärische Zwecke modifiziert. „Die niederländische Polizei, aber auch Katastrophenstäbe setzen die Software bereits ein“, berichtet Harmen van Ginkel vom niederländischen Innenministerium. Seine Aufgabe ist es, das System vorzustellen und die Einsatztauglichkeit während einer Erkundung zu testen. Die niederländische Regierung habe die Notwendigkeit des Einsatzes einer vernetzten Lage-Software nach Ereignissen wie der Explosion von Enschede aber auch nach dem Mord an dem Politiker Pim Fortuyn erkannt.

Für den Laien ist das System ein Buch mit sieben Siegeln. „Vernetzung, schnelle Datenübertragung und Standardisierung sind die Schlagworte, wenn man die Vorteile der Software kurz beschreiben will“, erklärt van Ginkel. Auf den Probelauf auf Zypern bezogen bedeutet das, dass jeder Rechner auf das gleiche Kartenmaterial zugreift. Das Erkundungsteam trägt seine Informationen vor Ort, z. B. Lage und Zerstörungsgrad eines Gebäudes, in das System ein, geht Online und überspielt diese Daten an die Einsatzzentrale. „Habe ich mehrere Teams im Einsatz, wird jeder Datensatz sofort aktualisiert und alle haben ein vollständiges und aktuelles Lagebild.“ Anhand der eingegebenen GPS-Daten werden Wege und zurückgelegte Routen eingetragen. „Man muss also nicht mehr umständlich alles per Hand in die mitgeführte Papierkarte eintragen sondern hat alle wichtigen Daten sofort abrufbar auf dem Schirm.“

Am Ende des AMC haben die Teilnehmer wenig Theorie und sehr viel Praxis hinter sich. „Das notwendige Wissen bringen die Experten alle bereits mit, das frischen wir nur ein bisschen auf. Wichtig ist es vor allem, aus den Teilnehmern multinationale Teams zu formen, die erfolgreich arbeiten können“, formuliert Claus Höllein vom THW die Anforderungen des fünftägigen Lehrgangs.

Der nächste Assessment Management Course findet im Mai 2007 statt. Dann werden erneut Teilnehmer der EU-Mitgliedstaaten die Erkundung nach einer Katastrophe trainieren. Auf dem Programm stehen dann wieder Erkundungen mit dem Helikopter und in der Buffer-Zone.

Nicolas Hefner

Gefahrenanalysen sollen Badestellen sicherer machen

Ertrinken ist weltweit die zweithäufigste Unfallursache nach den Verkehrsunfällen. Allein im Jahr 2000 ertranken in Europa über 37.000 Menschen; die meisten an unbewachten Stellen. In Deutschland ereignen sich 75% aller tödlichen Wasserunfälle an Flüssen und Seen. Das Risiko zu ertrinken ist also sehr hoch. Unkenntnis über objektive Gefahren ist neben Selbstüberschätzung und Leichtsinn eine der Hauptursachen für Bade- und Wassersportunglücke. Mit Gefahrenanalysen, englisch Risk Assessment (RA) und deren Bewertung wollen die International Life Saving Federation of Europe (ILSE) und die DLRG Badestellen sicherer machen.

Risk Assessment (RA) hat das Ziel, Badestellen an Binnen- und Küstengewässern für alle Nutzergruppen sicherer zu machen. Es umfasst die Risiko-

auch die Absicherung des Badebetriebs. Während in Badeanstalten eindeutige Verkehrssicherungs- und Aufsichtspflichten bestehen, müssen diese an zumeist frei zugänglichen Naturgewässern, also Flüssen, Binnenseen und Teichen differenziert betrachtet werden. Risk Assessment ist eine Methode, die auf der Basis einer sorgfältigen Bestandsaufnahme und Bewertung, Aufschluss gibt über das Gefahrenpotenzial der untersuchten Badestelle. Dazu gehören auch Empfehlungen, welche Verkehrssicherungsmaßnahmen erforderlich sind, um die Sicherheit der Nutzer zu gewährleisten.



Die Risikoerfassung

Natürliche Binnengewässer unterscheiden sich grundlegend von Schwimmbecken in Frei- und Hallenbädern. Demzufolge ist eine qualifizierte Risikoerfassung die Grundlage für eine genaue Bewertung des Gefahrenpotenzials. Bei allen Besonderheiten, die jedes Gewässer einmalig machen, gibt es Kriterien, die allen gemeinsam sind, und die erfasst werden müssen.

Dazu gehören z. B. Zugänge und Zuwegungen, Beschaffenheit von Uferzonen und Untergrund, Größe und Struktur des Gewässers, Übersichtlichkeit, Einsehbarkeit, besondere Wassereinbauten, Gewässertiefe, -grund und -profil, Untiefen, Hindernisse, Bewuchs, Muscheln, Unrat etc.. Die Schlüsselfragen der Methode lauten:

Welche Gefahren sind erkennbar, welchen Gefährdungsgrad weisen sie auf, wer ist bedroht und wie oft, wie wahrscheinlich ist ein Unfall, wie schwer können die Folgen sein, welche (Sicherheits-) Einrichtungen sind vorhanden, welche Einrichtungen werden benötigt, wie viele Rettungsschwimmer werden gebraucht, welche Ausrüstung (Anzahl und Qualität) ist erforderlich?

Sicherheitsinformationen

Die Information der Badestellennutzer spielt eine übergeordnete Rolle. Deshalb sind öffentliche Sicherheitsinformationen an allen Zugängen erforderlich. Dazu gehören ein detaillierter Lageplan mit Zoneneinteilung für Schwimmer und Wassersportler,



erfassung, -analyse, -bewertung und die Risikoprävention, also auch vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) regelt in den §§ 823ff die Pflicht zur Absicherung von Risiken für Dritte bei jeglichem Betrieb. Darunter fällt

Sicherheits- und Hilfseinrichtungen, Erklärung der Zeichen und Signale, Angaben zu Aufsichtszeiten, Erste-Hilfe-Hinweise, Baderegeln und aktuelle Hinweise zum Sonnenschutz (UV-Einstrahlung und empfohlener Sonnenschutzfaktor).

Die Kennzeichnung von Zonen an den Übergängen vom Ufer ins Wasser führt zu einer Verringerung der Gefahren. Der Bereich zwischen den rot-gelben Flaggen ist den Schwimmern und Badegästen vorbehalten. Schwarz-weiß geviertelte Flaggen kennzeichnen den Zugang für Wassersportler. In diesem Segment können Segler und Surfer ihre Geräte zu Wasser lassen. Hier herrscht Badeverbot. Mit Bojenleinen können zusätzlich besondere Zonen für



Auch Beobachtungstürme gehören zur wünschenswerten Ausstattung von Badestellen. (Fotos: DLRG)

Kleinkinder und Nichtschwimmer abgegrenzt werden. Ergänzende Gebots- und Verbotszeichen, Hinweiszeichen auf Gefahren und Hinweise über die aktuellen Luft- und Wassertemperaturen geben den Badegästen umfangreiche Informationen über Gefahren und Verhaltenstipps.

Frei zugängliche Rettungsmittel wie Rettungsringe mit Wurfleinen, Wurfbeutel mit Leinen sowie Rettungsstangen ermöglichen Badegästen und Ersthelfern außerhalb der Wachdienstzeiten von Rettungsschwimmern im Notfall schnelle Hilfe.

Wasserrettungsdienst

Wie viel Wasserrettungsdienst ist nötig und welche Mindestausstattung muss vorhanden sein, um eine Badestelle an einem Binnengewässer zu sichern? Die nachstehende Aufstellung ist ein Beispiel für eine Badestelle mit einer Größe von 10.000 Quadratmetern:

- Zwei Rettungsschwimmer mit dem Deutschen Rettungsschwimmabzeichen Silber inklusive Erste-Hilfe-Lehrgang (acht Doppelstunden). Die Rettungsfähigkeit muss jährlich erneut nachgewiesen werden;
- zwei Gurtretter, zwei Paar Flossen, Brillen und Schnorchel;
- eine Erste-Hilfe-Ausstattung inkl. Beatmungsbeutel mit der Möglichkeit der Sauerstoffgabe
- zwei Decken;
- ein oder zwei Beobachtungstürme oder -stühle (gegebenenfalls mobil);
- ein Telefon (gegebenenfalls mobil);
- ein Zelt oder Turm-Raum-Kombination;

Zu den notwendigen oder wünschenswerten Ergänzungen gehören auch Rettungsgeräte für den Einsatz im Wasser. Der Einsatz der Geräte ist primär abhängig von der Wasserfläche, die genutzt wird. Das Ziel besteht darin, den Verunglückten in möglichst kurzer Zeit zu erreichen, um lebenserhaltende Erste Hilfe zu leisten.

Prävention

Über die Gefahrenbeseitigung hinaus setzt das Risk Assessment besonders auf die Gefahrenminderung. Neben den oben genannten Komponenten können über eine Lautsprechanlage aktuelle Informationen gegeben werden. Weitere vorbereitende Sicherheitsmaßnahmen sind

- Information von Rettungsdienst/Leitstelle,
- Einsatz- und Aufsichtspläne sowie
- Übungen für den Rettungsdienst und Aufsichtspersonen.

Zu einem modernen Badmanagement gehören tägliche Rundgänge zur Überprüfung der Sicherheits- und EH-Einrichtungen sowie der Rettungsmit-

tel, Absprachen zur Arbeitsverteilung, Verhalten im Einsatzfall und vieles andere mehr.

Wer darf die Prüfungen durchführen?

Die ILSE hat spezielle Ausbildungs- und Prüfungsseminare für Risk Assessors entwickelt und bereits durchgeführt. Auch die DLRG verfügt über diese Fachleute, die befähigt sind, Gefahrenanalysen für Badestellen durchzuführen und zu bewerten. Je Badestelle führen zwei Assessoren die Prüfung durch. Im Anschluss daran begutachtet eine nationale Kommission den Prüfbericht und leitet ihn an das zuständige Gremium der ILSE weiter. Die ILSE entscheidet abschließend über die Zertifizierung der Badestelle und vergibt auch das Symbol des „Lifeguarded Beach“ (bewachter Strand). Dies bestätigt, dass die Konzeption der beurteilten Badestelle dem europäischen Sicherheitsstandard entspricht.

Weitere Informationen über Risk Assessment erteilt das Referat Einsatz und Medizin in der DLRG-Bundesgeschäftsstelle.

Deutscher
Feuerwehrverband

Brandschutzerzieher ziehen Erlebnis der Schule vor

Erlebnisorientierte Konzepte für die Brandprävention sind bundesweit im Kommen – diesem Trend ist auch das Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung von DFV und vfdB gefolgt: Am diesjährigen Veranstaltungsort Augsburg soll das Bildungszentrum „Feuerwehr Erlebniswelt Bayern“ entstehen.

„Unsere Idee ist es, Feuer erlebbar zu machen, das Freizeitverhalten auszunutzen und einen Kick

zu geben, aber auch Aufklärung zu leisten und etwas fürs Leben mitzugeben“, sagt Leitender Branddirektor Frank Habermaier, Chef der Feuerwehr Augsburg. Höhepunkt der Einrichtung soll ein „Flash-Over-Raum“ werden, in dem Besucher gefahrlos erleben können, wie sich ein Brand entwickelt und eine Feuerwalze über sie hinwegrollt. Ergänzend sind Tagungsräume, Unterkünfte und ein Feuerwehrmuseum vorgesehen. Ein Förderverein ist gegründet.

Mit dem Forum 2006 wurde deutlich, wie groß der kontinuierliche Bedarf an Ideenaustausch und Fortbildung weiterhin ist: Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zweitägigen Veranstaltung konnte Organisator Dr. Volker Meyer in der Reilschen Wirtschaftsschule begrüßen. Das Forum



Auch praktische Vorführungen waren Teil des Angebots: Trainer der Deutschen Montan Technologie (DMT) erläutern ihr Konzept. (Foto: S. Jacobs/DFV)

bleibt damit Deutschlands größtes Expertentreffen für Brandprävention und Sicherheitsaufklärung.

Klassisches Material für die Arbeit – etwa die Brandschutzfibel der Feuerwehr Dortmund – stieß

ebenso auf Resonanz wie völlig neue Herangehensweisen, zum Beispiel durch die kindgerechte Verknüpfung der Brandschutzerziehung mit Spielformen und Bewegungsarrangements im Sportunterricht. Ein aktuelles Thema ebenfalls: Möglichkeiten so genannter Kinderfeuerwehren, dargestellt am Konzept der „Feuerbären“ der Freiwilligen Feuerwehr Hofheim-Wildsachsen.

Handwerklichen Rat bot das Forum beim Erstellen von Unterrichtsmedien und Präsentationen per PC, zudem praktische Anleitung für ein Brandschutzspiel. Nicht jedermanns Sache, aber von einem interessierten Kreis ausführlich diskutiert: Die ganzheitliche und provokative Herangehensweise des Berliner Feuerkünstlers Kain Karawahn. Für ihn sind Lust auf Feuereroberung, Freude über Feuerbesitz, Angst vor Feuerverlust, Trieb zum Feuerspiel, Bildung durch Feuermachen und Verantwortung mit Feuer ganz wesentliche Elemente in der Bildungsarbeit mit Kindern.

Schon jetzt steht der Termin für das nächste Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung fest: Es ist am 9. und 10. November 2007 in Aachen geplant. Auch dort macht Brandprävention erlebnisorientiert Schule: Im Floriansdorf unter dem Motto Erleben – Begreifen – Lernen. sö

Bundesweiter Rauchmeldertag ins Leben gerufen

Mit Unterstützung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) wurde anlässlich der Fachmesse Security in Essen der erste bundesweite Rauchmeldertag ins Leben gerufen. Mit dabei war auch Dr. Dieter Nüss-

ler, Leiter der Feuerwehr Aachen und Ideengeber der Aktion »Freitag, der 13. wird Ihr Glückstag, wenn Sie sich heute für Rauchmelder entscheiden«. Nüssler vertritt den DFV auf internationaler Ebene im Bereich der Rauchmelder und hatte im Januar auf diesen Tag hingewiesen, den er selbst seit sechs Jahren als Rauchmeldertag in der Stadt Aachen durchführt.

Eindrucksvoll wurde anhand eines Modellhauses die Wirkungsweise eines Rauchmelders vorgeführt. Schon nach einer geringen Verrauchung der



Für den Deutschen Feuerwehrverband nahm Vizepräsident Bernd Pawelke (2. v. r.) an der Vorstellung des ersten bundesweiten Rauchmeldertages teil.
(Foto: Friedrich Kulke, DFV)

Räume meldete ein Rauchmelder den entsprechenden Alarm. »Wenn Sie ein Auto kaufen, wollen Sie auf einen Airbag nicht verzichten. Warum dann auf einen Rauchmelder beim Kauf eines Hauses?«, fügte Nüssler hinzu und sprach sich gleichzeitig dafür aus, dass mit derartigen Aktionstagen die Bekanntheit von Rauchmeldern in der Bevölkerung verbessert werden kann.

Bisher haben lediglich erst sechs der 16 Bundesländer die Installation von Rauchmeldern in der jeweiligen Landesbauordnung festgeschrieben. Der DFV will in Zusammenarbeit mit den Landesfeuerwehrverbänden erreichen, dass die zehn anderen Länder bald folgen werden. Vizepräsident Bernd Pawelke, der als Vertreter des DFV am Aktionstag teilnahm, will sogar noch einen Schritt weiter gehen. Er möchte erreichen, dass Rauchmelder zusätzlich

noch mit einem Empfangsteil ausgerüstet werden. Dieses soll dann extern von den Behörden der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr über ein Signal angesteuert werden: „Wenn dann der Rauchmelder anspringt, soll die Bevölkerung das Radio einschalten“ sagte Pawelke. So könnte ein Großteil der Bevölkerung bei örtlichen Schadenlagen informiert werden.

Die Feuerwehr Essen nutzte den Tag ebenfalls, um auf die Notwendigkeit von Rauchmeldern hinzuweisen. Sie verteilte an sechs zentralen Plätzen 300 Rauchmelder an die Bürger. Aufmerksam wurde aber auch der WDR auf den besonderen Aktionstag. Eigens in der Satire-Serie über Kanzlerin Angela Merkel sagte die »Angi« der Serie, dass heute bundesweiter Rauchmeldertag ist.

F. Kulke

Deutsches Rotes Kreuz

EQ: Qualitätsmanagement für das Ehrenamt im DRK

Im DRK wird das Netz derer, die in hauptamtlich dominierten Tätigkeitsfeldern ein Qualitätsmanagementsystem eingeführt haben und sich der Zertifizierung unterzogen haben immer enger. Seit Kurzem besteht auch für rein ehrenamtliche Bereiche die Möglichkeit, Qualitätsmanagement (QM) zu betreiben.

Das System „Ehrenamt und Qualität“ (EQ), hat prinzipiell dieselbe Zielsetzung wie alle anderen Qualitätsmanagementsysteme (QMS). Die wichtigsten Prozesse sollen identifiziert und in Verfahrensbeschreibungen als „Soll-Zustand“ beschrieben werden. Weiterhin sollen Aufzeichnungen belegen, dass entsprechend den Vorgaben gearbeitet wird. Damit werden die Abläufe transparent und nachvollziehbar, Fehler werden festgestellt, korrigiert und vermieden, was eine Arbeitserleichterung und Qualitätssteigerung zur Folge hat.

Dennoch unterscheidet sich EQ wesentlich von den etablierten Systemen.

Während diese lediglich einen Rahmen vorgeben und Anforderungen festlegen und meist keine konkrete Hilfestellung für die Umsetzung anbieten, liegt EQ ein lösungsorientierter Ansatz zugrunde. Den ehrenamtlichen Gliederungen werden bislang für folgende Tätigkeitsbereiche komplette „Muster-Module“ zur Verfügung gestellt:



- Sanitätsdienste
- Einhaltung der Bestimmungen des Medizinprodukterechts
- Krisenintervention
- Personalmanagement innerhalb einer Gemeinschaft
- Schnelleinsatzgruppe (SEG) Wasserrettung
- Wachdienst an Wasserrettungsstationen

Im Jahr 2007 werden noch Module für folgende Bereiche bereitgestellt:

- Rotkreuz-Kleiderläden
- Jugendarbeit

Hierbei werden für jede sich ergebende Anforderung zugleich passende Werkzeuge in Form von Checklisten, Arbeitshilfen und Musterformularen für deren Erfüllung mitgeliefert.

Weiterhin legt EQ einen Schwerpunkt auf Praxistauglichkeit. So wurde der bürokratische und finanzielle Aufwand im Gegensatz zu den marktgängigen QM-Systemen wesentlich reduziert, was es den ehrenamtlichen Gliederungen erst ermöglicht, sich sinnvoll und nutzbringend mit QM zu beschäftigen.

Die Anwendung des Systems EQ ist grundsätzlich freiwillig. So kann jede Gliederung ohne äußere Beeinflussung selbst entscheiden, ob und wie viel QM sie betreiben möchte. Durch das Angebot



von Arbeitshilfen und den modularen Aufbau des Systems wird den fachlichen und zeitlichen Kapazitäten ehrenamtlicher Gliederungen Rechnung getragen. Weil bei EQ „der Weg das Ziel ist“, ist es freigestellt, einzelne Checklisten zu verwenden, ganze Verfahrensbeschreibungen umzusetzen oder auch ein komplettes oder gar mehrere EQ-Module zu implementieren. Durch den vielfältigen Nutzen und die Berücksichtigung der Möglichkeiten der ehrenamtlich Engagierten macht die Umsetzung Freude und motiviert zur Arbeit mit EQ. Trotz aller Unterschiede ist EQ aufwärtskompatibel zur DIN EN ISO 9000:2001. Deshalb können auch entsprechende personenbezogene Qualifizierungen anderer QMS problemlos anerkannt werden.

Nach einer Selbstüberprüfung haben Gliederungen, die ein ganzes Modul in Anwendung bringen die Möglichkeit, ihre Arbeit und ihr QMS durch Rotkreuz-Auditoren begutachten zu lassen. Schwer-

ve Aspekte deutlich gemacht werden und motivierend festgestellt wird, welche Möglichkeiten sich für weitere Entwicklungen im Sinne des Systems daraus ergeben können.

Das mit dem geschützten Markenzeichen „EQ“ versehene Zertifikat bestätigt die erfolgreiche Implementierung des betreffenden EQ-Moduls durch die Gliederung. Es gilt für zwei Jahre und kann nach erneutem „CheckUp extern“ für denselben Zeitraum verlängert werden.

Die Internetplattform www.EQualitaet.de bietet den DRK-Gliederungen die Möglichkeit, sich umfassend über das System zu informieren, sich an Internetsprechstunden zu beteiligen, die Antworten auf häufig gestellte Fragen zu lesen sowie alle EQ-Module und Arbeitshilfen abzurufen.

Weitere Unterstützung bieten einerseits die Landesverbände des DRK, die sich dem System angeschlossen haben, und andererseits das Kompetenzzentrum Ehrenamt und Qualität des DRK-Generalsekretariats, das im Rahmen eines Modellprojekts im Bezirksverband Schwaben des Bayerischen Roten Kreuzes angesiedelt ist.

Jan Hofer, Chefsprecher der Tagesschau, der als Schirmherr für EQ gewonnen werden konnte, spricht von einem in der täglichen Arbeit gelebten Qualitätsmanagement, von dessen Einführung die Empfänger der Hilfeleistung, die ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer und das DRK gleichzeitig profitieren.

Da EQ ein System ist, das von Ehrenamtlichen für Ehrenamtliche betrieben wird, verstehen sich die Verfahrensbeschreibungen und Arbeitshilfen keineswegs als starre Vorlagen. Alles was nicht verbindlich von extern vorgegeben ist, steht in Form von frei bearbeitbaren Dokumenten zur Verfügung. So hat jede Gliederung die Freiheit, die Unterlagen, die verwendet werden sollen, einer Bewertung hinsichtlich des Nutzens und der Relevanz für sich zu unterziehen und jedes Dokument dahingehend zu bearbeiten, dass es der individuellen Situation und den entsprechenden Anforderungen gerecht wird.

Die Initiatoren freuen sich über die Hohe Akzeptanz und den Erfolg des Modells, die die Erwartungen bei Weitem übertreffen. So wurden mittlerweile über 2.500 Module abgerufen und über ganz Deutschland verstreut sind Gliederungen auf allen Ebenen dabei, „Ihr“ EQ-System zu entwickeln und voran zu treiben. Das war auch Motivation für das Kompetenzzentrum Ehrenamt & Qualität, das Sys-



Jan Hofer, der Chefsprecher der Tagesschau (2. v. r.), konnte als Schirmherr für EQ gewonnen werden. (Foto: Ralf Nachtmann)

punkt der Betrachtung hierbei ist weniger die formale Erfüllung von Dokumentationsanforderungen, als die Lebendigkeit des Systems. In diesem Sinne werden nicht „Fehler“ oder „Abweichungen“ gesucht, sondern vielmehr in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Gliederung eine Positionsbestimmung dahingehend getroffen, als das bisher Erreichte und positi-

tem zu erweitern und Hilfestellungen für einen weiteren QM-Ansatz zu bieten. Diese werden alle ehrenamtlich und freiwillig aktiven Gruppierungen unabhängig von deren jeweiliger Aufgabe nutzen können. Nähere Informationen hierzu finden sich ab März unter www.EQualitaet.de. *Ralf Nachtmann*

Malteser Hilfsdienst

„Überall, wo etwas los ist, helfen die Malteser!“

Der Papst in München und Freising

Wochenlang hatten sie sich auf den Besuch vorbereitet. Am 9. September, einem Samstag, war es dann soweit: Papst Benedikt XVI. kam zum Start seiner Bayern-Rundreise nach München.

1.000 Helfer der Malteser aus der ganzen Bundesrepublik standen bereit, Tausende von Pilgern sanitätsdienstlich zu versorgen. Mit 20 Unfallhilfsstellen, zehn Sanitätsstationen, 40 Erstversorgungstrupps in der Münchner Innenstadt und auf dem Neuen Messegelände.

Ein ruhiger Beginn bei herrlichem Sonnenschein. „Zwischen Marienplatz und Residenz. Knapp über 70 Hilfeleistungen“, lautete das Einsatzfazit des ersten Tages. Doch während des Festgottesdienstes auf dem Neuen Messe-

gelände am Sonntagvormittag stieg die Zahl rasant in die Höhe. Bis auf „über 280 Hilfeleistungen“, wie Benedikt Liefänder, Gesamteinsatzleiter für den Sanitätsdienst, bei der anschließenden Pressekonferenz den nationalen und internationalen Medienvertretern berichtete. Erschöpfung und Kreislauf-Beschwerden seien die Hauptursachen gewesen, die Unfallhilfsstellen der Malteser aufzusuchen. Elf Patienten mussten in Krankenhäuser transportiert werden.

Eigentlich hatte Angelika Gärtner, die bei der Unfallhilfsstelle auf dem Promenadeplatz ihren Dienst tat, nur ihren Einsatz im Kopf. Doch als der Papst zum ersten Mal in unmittelbarer Nähe mit dem berühmten Papamobil vorbeifuhr und freundlich lächelte, gab es für die Hobby-Flötistin nur zwei Dinge zu tun: Dem Heiligen Vater laut zujubeln und mit dem Handy ein Erinnerungsfoto schießen. Beides gelang.

Bundespräsident wendet sich spontan an die Malteser

Überrascht war man allerdings schon etwas, als am Sonntag Morgen plötzlich Bundespräsident



Bundespräsident Horst Köhler mit MHD-Helfern.



Malteser

Horst Köhler vor den Zelten stand und Unfallhilfsstellen-Leiter Martin Draheim freundlich zurief: „Es fällt mir auf: Überall, wo etwas los ist, helfen die Malteser!“ Womit bewiesen wäre, dass der Bundes-



Erschöpfung und Kreislauf-Beschwerden waren die Hauptursachen, die Unfallhilfsstellen der Malteser aufzusuchen. Elf Patienten mussten in Krankenhäuser transportiert werden.

präsident den Weltjugendtag, die Katholikentage, die Love-Parade und die Fußballweltmeisterschaft sowie diverse andere Sport- und Kulturveranstaltungen in Deutschland genau verfolgt hat.

Papst Benedikt:

„Meine Malteser, schön, dass ihr da seid!“

Wer ihm helfend zur Seite stand, hatte auch Papst Benedikt XVI. während seines Besuches in Bayern genau verfolgt. „Hattet Ihr viele Einsätze?“ erkundigte er sich am Tage des Abflugs, 14. September, auf dem Freisinger Domplatz beim Malteser Einsatzabschnittsleiter Thomas Auerbach. Als dieser ihm die ruhige Lage schilderte, antwortete der Papst mit einem schlichten „Danke“. Zwei Helfer aus Ebersberg und Freising hatte der Papst zuvor mit einem strahlenden „Meine Malteser, schön, dass ihr da seid!“ begrüßt.

Stefan Meetschen

Premiere gelungen

Weltjugendtag, Fußball-WM, Papstbesuch: In kurzer Zeit haben die Malteser drei Großeinsätze im Sanitätsdienst bewältigt. Über das Besondere beim Papstbesuch in Bayern sprach Christoph Zeller mit Gesamteinsatzleiter Benedikt Liefänder.

Was war der wesentliche Unterschied beim Papstbesuch jetzt zum Weltjugendtags-Einsatz im letzten Jahr?

Das Reiseprogramm des Heiligen Vaters gab uns vier räumlich getrennte Einsatzorte vor, die wir mit drei weitgehend selbstständig handelnden Einsatzleitungen abgedeckt haben. So waren etwa die Einsatzplanung, die Vereinbarungen mit dem Veranstalter sowie die operativ-taktische Einsatzleitung jeweils deren Sache.

Aber es gab ja auch eine Gesamt-Einsatzleitung.

Selbstverständlich. Nur haben wir beim Papstbesuch jetzt erstmals, als Premiere sozusagen, eine so dezentrale Organisationsform gewählt, dass die Gesamt-Einsatzleitung vorwiegend beratend und im Coaching aktiv war, für die Qualitätssicherung sorgte, Personal und Material von außerhalb Bayerns organisierte und natürlich auch die Gesamt-Handlungsfähigkeit sicherte.

Und – Premiere gelungen?

Auf jeden Fall. Diese Form hat sehr gut funktioniert. Wir konnten überall auf einem einheitlichen Qualitätsniveau arbeiten und damit die Früchte unserer inzwischen fast 17-jährigen, auf einem einheitlichen Konzept basierenden Ausbildung der Führungskräfte ernten.



Benedikt Liefänder(mi.) war in München Gesamteinsatzleiter.
(Fotos: MHD)

Bei fast 3.000 Einsatzkräften waren Sie auf alle Dörfer angewiesen. Waren Sie mit der Unterstützung aus dem übrigen Bundesgebiet zufrieden?

Ja, wir hatten keine Probleme, das erforderliche Personal und Material zu akquirieren. Wir sind überall auf offene Ohren gestoßen. Wobei allerdings die Verlässlichkeit zwischen Meldung und Erscheinen am Einsatzort durchaus noch besser werden kann. In beide Richtungen übrigens: einige sind trotz Meldung nicht gekommen, andere vor Ort erschienen, ohne gemeldet zu sein.

Wie haben Sie selbst bei den Veranstaltungen den Unterschied zum Weltjugendtag erlebt?

Das große Jugendtreffen war geprägt von überbordender, manchmal auch ausgelassener Freude. Jetzt waren auch viele ältere Menschen dabei, die ihre Freude, dabei sein zu dürfen, ein wenig ruhiger, innerlicher ausdrückten.

Was nehmen Sie für die Zukunft aus diesem Einsatz mit?

Wir sollten den hohen Leistungsstandard, der für ein großes Renommee der Malteser in diesem Bereich gesorgt hat, engagiert weiterführen und ausbauen. Das heißt konkret, die Ausbildung weiter forcieren und so die wertvollen Erfahrungen an die zukünftigen Führungskräfte weitergeben.

Verband der Arbeitsgemeinschaften
der Helfer in den Regieeinheiten/-ein-
richtungen des Katastrophenschutzes
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.

Desorganisation im Katastrophenschutz vermeiden

2006 führten einige Vorstöße auf Bundes- und Landesebene zu teilweise erheblichen Irritationen bei den die Aufgabe tragenden Organisationen und Verbänden. Eigentlich sollen Reformen zu einer Verbesserung des Bestehenden führen. Sonst sind es nur Veränderungen ohne innovativen Wert und Fortschritt. Wirkliche Reformen setzen eine regelmäßige und vertrauensvolle Kooperation und Konsultation der Beteiligten voraus, um diese nachhaltig erfolg-



reich umzusetzen. Die überwiegend ehrenamtlich im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen werden jedoch noch zu wenig in die Weiterentwicklung des deutschen Hilfeleistungssystems eingebunden.

So bot sich mit dem neu aufgebauten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gerade erst eine ermutigende und disziplinübergreifende strategische Plattform für Innovationen in der Gefahrenvorsorge. Doch schon schmiedete man im Bundesinnenministerium Pläne, diese inzwischen wieder mit hoher Kompetenz ausgestattete Bundesoberbehörde mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) zu verschmelzen. Nahezu alle Hilfeleistungsträger im Katastrophenschutz nahmen hierzu kritisch Stellung. Zu befürchten waren Interessenkollisionen, die auch zu einer Beeinträchtigung der Neutralität des Amtes führen könnten, wenn das Bundesamt sich an nur eine der in Deutschland mitwirkenden Katastrophenschutzorganisationen binde. Insbesondere die Verzahnung der politisch-strategischen Planungs- und Konzeptionsebene, welche in einem Bereich komplexer Sicherheitsvorsorge alle Kompetenzfelder der zivilen Gefahrenvorsorge beinhalten sollte, mit dem fachlich begrenzten Leistungsprofil des THW auf der operativen Schutzebene, würde auch nach Auffassung der ARKAT dem Anspruch der Aufgabe nicht gerecht werden können. Nach der Erklärung von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble auf dem 3. Deutschen Feuerwehr-Verbandstag am 4. 11. 2006 in Büsum ist das Thema hoffentlich endgültig vom Tisch.

Ebenfalls für Verstimmung sorgte in Niedersachsen zum Jahreswechsel das Vorhaben von Innenminister Uwe Schünemann, den bisher in seinem Ministerium angesiedelten Sachverstand für den Brand- und Katastrophenschutz künftig in das Landespolizeipräsidium zu verlagern. Wie bereits in der Frage der in Niedersachsen geplanten „Bunten Leitstellen“ für Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst intervenierten zunächst die Feuerwehren. Die Integration der komplexen Aufgabe Katastrophenschutz in die Organisationshoheit der Polizei mit ihrem in den Prioritäten klar definierten Auftrag würde diese vermutlich nicht nur überfordern, sondern im Bewusstsein der Öffentlichkeit auch den Eindruck einer Redelelegation von Aufgaben mit Verfassungsrang auf nachgeordnete Fachbehörden vermitteln. Die polizeiliche Gefah-

renabwehr unterscheidet sich deutlich von der nichtpolizeilichen. Auch hier ist die Büsumer Erkenntnis von Bundesminister Schäuble zu teilen, der für seinen Verantwortungsbereich erkannt hatte, daß es „institutionell falsch sei, einen Teil des Gesamtbereiches, der koordiniert werden soll, mit der Koordinierung zu beauftragen: Da gäbe es immer Missverständnisse.“

Die Diskussion der Schnittstellen zwischen militärischen, polizeilichen und zivilen Sicherheitsfunktionen nimmt gegenwärtig in Politik und Medien einen breiten Raum ein. Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit überschneiden sich zunehmend. Da ist es nicht nur legitim, sondern auch Verpflichtung, sich mit veränderten Gefahrenszenarien und deren Risiken für Staat und Gesellschaft zu befassen. Die dringend notwendige Beschäftigung mit diesem Thema darf jedoch nicht „Strategen“ überlassen bleiben, die in der Regel über keine operativen Erfahrungen auf diesem Feld verfügen. Auch dürfen nachhaltige Veränderungen unserer Sicherheitsarchitektur nicht weiterhin durch vermeintliche Denkbarrrieren (Zuständigkeiten) blockiert werden.

Der Aufbau einer wirklich integrierten und modularen Sicherheitsarchitektur ist nicht von heute auf morgen erreichbar. Integration darf dabei auch nicht als bloße Eingliederung von Teilelementen der Gefahrenabwehr in andere Organisationsformen verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, in dem weiterhin autonome Organisationen, Einheiten und Einrichtungen in einem Gesamtsystem der Gefahrenabwehr und -vorsorge kommunikativ, logistisch und führungstechnisch flexibel miteinander vernetzt zusammenarbeiten. Vor nicht ganzheitlich durchdachten „Schnellschüssen“ kann also nur gewarnt werden. Die großen Herausforderungen in der Katastrophenvorsorge stehen Deutschland und Europa vielleicht erst noch bevor. Staat und Politik haben sich der Aufgabe deshalb mit Kompetenz und Verlässlichkeit zu widmen.

Klaus-Dieter Kühn

Bundesvorsitzender der ARKAT

Bundesinnenministerium finanziert neue Zivilschutz-Hubschrauber

Flächendeckend werden in Deutschland an über 50 Standorten Hubschrauber in der primären Luftrettung (Notfallversorgung direkt am Unfallort und Transport ins nächstgelegene zuständige Krankenhaus) eingesetzt. An 12 Stationen fliegen Hubschrauber des Bundes.



Der neue Zivilschutz-Hubschrauber vom Typ EC 135T2i.
(Foto: eurocopter)

Die orangefarbenen Zivilschutz-Hubschrauber (ZHS) sind Teil des Ausstattungspotenzials, das der Bund den Ländern für den Katastrophen- und Zivilschutzfall zur Verfügung stellt.

Die Bundespolizei ist für den gesamten Flugbetrieb verantwortlich. Sie wartet die Hubschrauber mit eigenem Personal in fünf Bundespolizei-Fliegerstaffeln und stellt die Piloten. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe nimmt alle Aufgaben der Verwaltung wahr, die sich aus dem Betrieb ergeben.

An den 12 Stationen stehen zurzeit 16 Hubschrauber der Typen BO 105 CBS-5 und Bell 212 zur Verfügung.

Das Bundesministerium des Innern wird das bewährte System der Luftrettung durch die Beschaf-

fung neuer Zivilschutz-Hubschrauber (ZSH) des Typs EC 135 T2i der Firma Eurocopter maßgeblich und zukunftsorientiert erneuern. Die EC 135 T2i wird in den Jahren 2007 und 2008 die bisher eingesetzten Maschinen der Typen BO 105 CBS-5 und Bell 212 ablösen.

Dr. Rüdiger Kass, im Bundesinnenministerium Abteilungsleiter für Angelegenheiten der Bundespolizei übernahm am 31. Januar 2007 die ersten zwei der insgesamt sechzehn ZSH bei Eurocopter in Do-

nauwörth. Dr. Kass:

„Wenn die Rettung aus der Luft kommt, ist diese schnell, kompetent und in Zukunft auch mit bester Technik ausgestattet.“

Eine Vielzahl technischer Neuerungen sind Merkmale in der Ausstattung der neuen ZSH. Diese sind unter anderem generelle Produktverbesserungen wie höhere Zuladung, erhöhte Startleistung, verbesserte Leistung für Höhen- und Hochtemperaturflüge, Anti-Kollisions-Warnsystem, Terrain-Mapping/Navigations-system EuroNavIV, modernste kombinierte Na-

vigations-/Flugfunksysteme, Satellitenfunknetztelefon für Sprache/Daten, HS-Datenaufzeichnungssystem, Sanitätsschnellwechselausstattung, geringes Gewicht und schnelle Ausbaubarkeit für Hubschrauber-Profiländerung bei anderen Missionsaufgaben.

Zusätzlich werden alle Zivilschutz-Hubschrauber des Bundesministeriums des Innern mit dem aktiven Hinderniswarnsystem HELLAS (Helicopter Laser Radar) ausgestattet. Dieses weltweit einzigartige System warnt vor dem Einflug in Hindernisse unter Sichtflugbedingungen bei Tag und Nacht und leistet so einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Flugsicherheit.

Termine 2007

27. Februar bis

03. März 2007:

Didacta – die Bildungsmesse

Ort: Köln

Info: www.didacta.de

*

15. bis

16. März 2007:

7. Tagung FB Brandschutzaufklärung und -erziehung

Ort: Celle

Info: www.dfv.org

*

15. bis

21. März 2007:

CeBIT. Messe für Informationstechnologie und Telekommunikation.

Ort: Hannover, Messe

Info: www.cebit.de

*

17. bis

19. April 2007:

IPOMEX – international police meeting and exhibition, daran angebunden Kongress „Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr“

Ort: Münster

Info: www.ipomex.com

*

21. April 2007:

13. First Responder Symposium

Ort: Unterschleißheim

Info:

www.first-responder.de

*

21. bis

22. April 2007:

Jahreskongress der dt. Gesellschaft für KatMed

Ort: Würzburg

Info: www.dgkm.org/de

*

10. bis

12. Mai 2007:

RettMobil. Europäische Leitmesse für Rettung und Mobilität.

Ort: Fulda

Info: www.rettmobil.com

*

13. bis

16. Mai 2007:

15th World Congress on Disaster and Emergency Medicine

Ort: Amsterdam

Info: www.wcdem2007.org

*

14. bis

16. Mai 2007:

17. Münchner Gefahrgut- Tage

Ort: München

Info: www.m-i-c.de

*

25. bis

26. August 2007:

Tag der offenen Tür der Bundesregierung
Ort: Berlin

17. bis

18. September:

Berliner Sicherheitskonferenz

Ort: Berlin

Info: www.european-defence.com

*

18. bis

21. September 2007:

A+A. Sicherheit bei der Arbeit

Ort: Düsseldorf

Info: www.aplus-online.de

*

21. bis

23. September 2007:

5. ZMZ-Symposium CIMICCON-MED

Ort: Regensburg

Inf: www.dgkm.org/de/

*

30. bis

31. Oktober 2007:

3. Europäischer Katastrophenschutzkongress
Ort: Bonn

*

13. bis

14. November 2007:

3. Berliner Fachkongress zur nationalen Sicherheit und Bevölkerungsschutz

Ort: Berlin

Info:

www.cpm-st-augustin.de

*

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postf 1867, 53008 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Verlag: BBK,
Internet:
<http://www.bbk.bund.de>
E-Mail:
redaktion@bbk.bund.de

Erscheint im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredaktion:
Alexander Krapf
Tel.: 01888-550-3300
Redaktion:
Nikolaus Stein
Tel.: 01888-550-3306
Rainer Schramm
Tel.: 01888-550-3305
Claire Hughes
Tel.: 01888-550-1140

Fax 01888-550-3340

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Moeker Merkur Druck GmbH
Niehler Gürtel 102
50733 Köln
Postf. 600569, 50685 Köln
Tel.: 0221-74908-0
Fax: 0221-74908-18

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.
Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

NACHRICHTEN

Früherer DGzRS-Vorsitzer	
Hermann C. Helms verstorben	1/S. 2
Rundblick	1/S. 51
Zum Tod von Peter Eykmann	2/S. 2
Innenminister beruft	
neuen THW-Präsidenten	2/S. 37
Rundblick	2/S. 54

EHRENAMT

Bevölkerungsschutz in Deutschland	
heißt Ehrenamt	1/S. 3
Schneewittchen und die sieben Zwerge	1/S. 6
Veränderungen der Persönlichkeit	1/S. 9
Wildwuchs des guten Willens	1/S.15

INTERNATIONAL

Ein Click in die Zukunft	3/S. 16
--------------------------	---------

NOTFALLVORSORGE

Was ist mit dem Verwaltungsstab?	1/S. 25
Zusammenspiel	3/S. 2
Bilanz nach dem Abpfiff	3/S. 5
„Sich zu kennen ist die halbe Miete“	3/S. 9
Dekontamination Verletzter	3/S. 13

FORSCHUNG

Dekontaminationstechnologien	1/S. 18
Personendekontamination	1/S. 23

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

GSL.net	2/S. 3
Schnelle Auskunft für Angehörige	2/S. 7

GAST/EPIC	2/S. 9
Neues Krisenzentrum	2/S. 13
Internationales Ereignis	
in lokaler Verantwortung	2/S. 18
Vogelgrippe in einem	
Nutztierbestand in Sachsen	3/S. 21
„Tower an Christoph ILA“	3/S. 31

KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Checkliste für den Basisschutz	1/S. 30
Vorsorge für den Stromausfall	3/S. 25

KRISENMANAGEMENT

Strategische Krisenmanagementübungen	2/S. 19
Integriertes Ressourcenmanagement bei	
komplexen Lagen	2/S. 26
GMLZ befragt seine „Kunden“	2/S. 33

BUND UND LÄNDER

Nachbetrachtung	4/S. 2
BBK meistert Fußball-WM	4/S. 5
Einbindung der Bundeswehr	4/S. 39
Die Fußball-WM als Test für	
den Bevölkerungsschutz	4/S. 53

WM-STÄDTE

Die WM in der Hauptstadt,	
ein einmaliges Fußballfest	4/S. 11
WM-Stadt Gelsenkirchen	4/S. 15
WM-Stadt Hannover	4/S. 18
FIFA-WM 2006 in Köln	4/S. 21
WM-Stadt Leipzig	4/S. 25
WM-Stadt München	4/S. 29
WM-Stadt Nürnberg	4/S. 31
WM-Stadt Stuttgart	4/S. 35

ARBEITER-SAMARITER-BUND

Ein Jahr nach dem Tsunami	1/S. 35
Just in Time	2/S. 38
ASB-Helfer im Einsatz	
wie die Weltmeister	3/S. 34
Hilfe für Erdbebenopfer in Indonesien	3/S. 35
Erfolgreicher ASB-Einsatz	4/S. 41

TECHNISCHES HILFSWERK

Expertenwissen auf Abruf	1/S. 37
Das THW und die WM 2006	2/S. 40
Einer für alle Fälle	3/S. 36
„Gemeinsam in der ersten Reihe“	4/S. 43

DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS- GESELLSCHAFT

Bundestagung der DLRG	1/S. 39
905 Retter und Spezialisten der DLRG im Hochwassereinsatz	2/S. 42
Bundespräsident begeistert von der Leistungsfähigkeit der DLRG	3/S. 38

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND

Fachempfehlungen zur Kortisontherapie und Brandwundenbehandlung	1/S. 41
Bundesinnenminister setzt auf die Feuerwehren	2/S. 45
Brandschützer überzeugt: WM-Stadien sind sicher	2/S. 47
Forum Brandschutzerziehung hat Angebote für jeden	3/S. 39
Sichere WM	4/S. 45

DEUTSCHES ROTES KREUZ

Rund 700 Helfer im Großeinsatz in Bad Reichenhall	1/S. 43
---	---------

Katastrophentest im Daimlerstadion	2/S. 47
WM und Auskunftswesen: Erfolgreiche Bilanz des DRK-Suchdienstes	3/S. 40
Deutschlands beste Rettungsschwimmer ermittelt	3/S. 41
Erfahrungen aus dem Rotkreuz-Einsatz	4/S. 47

JOHANNITER-UNFALL-HILFE

Wenn die Knie weich werden	1/S. 45
Bundesweiter WM-Einsatz	2/S. 49
GEMAESS - ein Spickzettel für chemische Gefahrenlagen	3/S. 42
Ein Aug', das alles sieht	3/S. 43
WM-Bilanz der Johanniter	4/S. 49

MALTESER HILFSDIENST

Seuchengeschehen, Epidemien, Pandemien – Pflegedefizit in der Bevölkerung	1/S. 47
Zwei Päpste, die Liebe und der Fußball	2/S. 51
Malteser Hausnotruf rettet WM-Abend	3/S. 44
Sanitätsdienst für den Katholikentag 2006 in Saarbrücken	3/S. 44
Malteser Kradfahrer: Fortbildung in Theorie und Praxis	3/S. 45
190.000 Einsatzstunden für weltmeisterliche Fans	4/S. 51

ARKAT

Ehrenamt im Bevölkerungsschutz – Quo vadis?	1/S. 49
Renaissance des Veterinärdienstes durch die Geflügelpest	2/S. 52

KULTURGUTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

Albrechtsburg Meißen, Sachsen	1/S. 57
Quedlinburg, Sachsen-Anhalt	2/S. 57
Hansestadt Lübeck	3/S. 49
Citadelle Petersberg, Thüringen	4/S. 57

Heute: Kloster Maulbronn, Baden-Württemberg



Das etwa 30 Kilometer östlich von Karlsruhe zwischen Schwarzwald und Odenwald im Salzbachtal gelegene Kloster Maulbronn geht auf eine Gründung aus dem Jahr 1147 zurück. Damals sollen zwölf Zisterziensermönche aus Neuburg im Elsass mit dem Bau des Klosters entsprechend den Bauregeln und stilistischen Vorgaben ihres Ordens begonnen haben. Schon 1178 konnte die Klosterkirche, eine dreischiffige romanische Pfeilerbasilika, geweiht werden.

Da die Mönche auch in der Folgezeit eine rege Bautätigkeit entfalteten, entstand eine Anlage, die von verschiedenen Stilen, von der Romanik bis zur Spätgotik und ihren verschiedenen Übergangsstilen, geprägt ist, aber dennoch ein geschlossenes Bild bietet (Panoramafoto unten). Wegen dieser Geschlossenheit und Vollständigkeit gilt die Gesamtanlage als das am besten erhaltene mittelalterliche Kloster nördlich der Alpen.

1504 wurde Maulbronn, das bis dahin unter kaiserlichem Schutz gestanden hatte, mit Waffengewalt dem Herrschaftsbereich der Herzöge von Württemberg eingegliedert und schließlich im Zuge der

Reformation säkularisiert und in eine Ausbildungsstätte für den evangelischen Pfarrernachwuchs umgewandelt. Diese Schule, seit 1806 Evangelisches Seminar, ist, mit wenigen Unterbrechungen, bis heute im Kloster untergebracht.

Darüber hinaus beherbergt die Anlage heute das Rathaus von Maulbronn, eine Polizeidienststelle sowie mehrere Restaurants, wobei jedoch keine gravierenden baulichen Eingriffe erfolgten, und ist Veranstaltungsort der über die Region hinaus bekannten „Klosterkonzerte Maulbronn“.

Seit Dezember 1993 steht das Kloster Maulbronn auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes. Bei dieser Entscheidung dürfte auch die umgebende, immer noch durch das ausgeklügelte zisterziensische Be- und Entwässerungssystem geprägte, Kulturlandschaft eine erhebliche Rolle gespielt haben. *nps*

(Foto: Stadt Maulbronn)





Orkan Kyrill hat im Januar drastisch vor Augen geführt, wie verletzlich unsere Infrastrukturen tatsächlich sind, insbesondere der Verkehr war in ungewöhnlicher Weise beeinträchtigt (oben und Titelbild). Inwieweit sind derartige Risiken überhaupt abschätzbar und welche Möglichkeiten haben wir, uns darauf einzustellen?

Diesen und anderen Fragen im Zusammenhang mit Risikoanalysen und den daraus resultierenden Folgerungen geht diese Ausgabe von Bevölkerungsschutz schwerpunktmäßig nach (Seiten 2 bis 26).

(Titelbild: Günter Fenchel/DFV; Foto oben: THW)